

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen

Erziehung, Bildung, Forschung

Heft 3 März 2012



Für gelingende Inklusion

Fachtagung der GEW Hessen am Donnerstag, 22. März 2012
DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

10 Uhr

Wie kann Inklusion gelingen? *Professor Vera Moser*, Humboldt-Universität Berlin, Institut für Rehabilitationswissenschaften

11.30 bis 13 Uhr

Open Space – Ein Rundgang durch Hessen: Schulen und regionale Initiativen präsentieren ihre Arbeit

- Infos und Anmeldung: www.gew-hessen.de; info@gew-hessen.de

14 bis 15 Uhr

Es geht auch anders: Das Beispiel Italien, mit *Rosa Anna Ferdigg*, Inspektorin für Integration, Schulamt Bozen

15 bis 16.30

Podiumsdiskussion mit LAG, Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, Elternbund, Landesschülerinnenvertretung, GEW u. a.



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeiter:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen:

Axel Träger (Titel, S. 9, 13, 15, 17), Thomas Plaßmann (S. 11, 23), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos: digitalstock (S. 27), GEW (S. 6, 18, 34), Herbert-Quandt-Stiftung (S. 33), Angela Schmidt-Bernhardt (S. 31)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel



GEW-Demo für inklusive Bildung Dienstag, 27. März 2012 um 15.30 Uhr in Wiesbaden

Weitere Informationen bekommt man auf der Homepage der GEW Hessen www.gew-hessen.de und bei den GEW-Vertrauensleuten.

Termine vor Ort:

- **Fachtagung in Marburg:** „Inklusion als Illusion?“ ist das Thema einer Fortbildungsveranstaltung der GEW Marburg am Donnerstag, dem 14. März 2012 ab 16 Uhr in der Theodor-Heuss-Schule in Marburg. Die Einführung übernimmt *Johannes Batton*.
- **Aktionswoche in Frankfurt vom 19. bis 23. März 2012** mit einer Demonstration von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften am Donnerstag, dem 22. März (Start an der Hauptwache um 10 Uhr). Weitere Infos: www.netzwerkinklusionffm.wordpress.com

Recht auf Inklusion

Auf einer Versammlung von 90 Personalräten aus 65 Grund- und Förderschulen in Kassel und im Landkreis Kassel forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „die sofortige Umsetzung des Menschenrechts auf inklusive Bildung“. Sie kritisierten den Entwurf für eine neue Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung, die selbst hinter den unzureichenden Bedingungen des Gemeinsamen Unterrichts (GU) zurückbleibe „mit weniger Lehrerstunden, größeren Klassen und komplizierteren bürokratischen Verfahren“. Die allgemeine Schule brauche zusätzliche personelle Ressourcen und „multiprofessionelle Teams aus Regelschullehrerinnen und -lehrern, sozialpädagogischen Fachkräften und Lehrkräften mit besonderen Kenntnissen und Erfahrungen im Bereich der Förderdiagnostik und Förderpädagogik“.

Aus dem Inhalt

Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Briefe
- S. 6 Meldungen
- S.35 Recht: Jahressonderzahlungen
- S.36 Magazin

Titelthema: Medien

- S. 8 Medienerziehung
- S. 10 Trash-TV: Scripted Reality
- S. 12 Eine Lehrplaninitiative
- S. 14 Digitale Lernszenarien
- S. 16 Computerabhängige Kinder
- S. 17 Facebook und Politik

Einzelbeiträge

- S. 7 Die neue Dienstordnung
- S.18 Kürzen bei der Lehrerausbildung
- S.19 Einigung bei Lehrerkooperative
- S.20 Pro & contra Bildungsstandards
- S.22 Schulen für Erwachsene
- S.24 Revisionistisches Geschichtsbild
- S.26 Bundeswehr als Einsatzarmee
- S.28 Friedenserziehung in Kassel
- S.29 Fragwürdige Extremismusstudie
- S.30 Straßenkinder im Senegal
- S.32 Gender und Diversity
- S.33 Dialog der Kulturen
- S.34 Danke, Hartwig Schröder

Habermas lesen

In der hessischen Bildungspolitik wird gegenwärtig ein Prozess deutlich, den Jürgen Habermas in seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ als „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Frankfurt 1981) bezeichnet hat. Habermas versteht darunter das Phänomen, dass die Bereiche Kultur und Gesellschaft sowie die Persönlichkeitsbildung des Einzelnen als Akteur in einer demokratischen Gesellschaft den Imperativen von Geld und Macht unterworfen werden. Drei Beispiele seien genannt:

1. Beispiel: Sparen bei Arbeit der Schülerversretung

Die Anrechnungsstunden für die Tätigkeit der Verbindungslehrerinnen und -lehrer sind im geplanten Entwurf der Pflichtstundenverordnung nicht mehr separat im Schuldeputat ausgewiesen. Die Entlastungsstunden für Verbindungslehrer der Landesschülerversretung (Landesbeiräte) sollen um mehr als die Hälfte gekürzt werden, die Kassenverwaltung der Landesschülerversretung soll ein Schulamt übernehmen. Dies bedeutet im Klartext, dass die Arbeit der Schülerversretung und der Verbindungslehrkräfte, nach dem Hessischen Schulgesetz „bei der Verwirklichung der Bildungs- und Erziehungsziele der Schule“ mitzuwirken (§ 121 Abs.1), durch gekürzte Ressourcen und durch Kämpfe mit den Schulleitungen um eine Anrechnungsstunde aus dem Schuldeputat erschwert wird.

2. Beispiel: Sparen in Aus- und Fortbildung

Die Ausbildung angehender Lehrerinnen und Lehrer wird durch ein Paket drastischer Einsparmaßnahmen im Haushalt 2012 belastet. Dazu gehören die Kürzung der Ressourcen pro Lehrkraft im Vorbereitungsdienst (LiV), die zur Verdichtung der Arbeit der Ausbilderinnen und Ausbilder und zur Verlängerung ihrer Arbeitszeit führt, und die Erhöhung der Anrechnung der LiV an den Schulen, die die Möglichkeiten für ausbildungsförderliche Doppelbesetzungen verringert. Dazu gehört auch, dass die durch die Verkürzung der Ausbildung gewonnenen Mittel nicht zur Entlastung von Mentorinnen und Mentoren verwendet werden. Die Einsparmaßnahmen führen entweder zu einer Senkung der Ausbildungsqualität oder zu verstärkter Selbstausbeutung aller an Ausbildung Beteiligten. Die in der Fortbildung tätigen Ausbilde-

rinnen und Ausbilder erfuhren sehr kurzfristig Ende Januar, dass auch diese Stunden gestrichen seien: Der Imperativ der Ökonomie bedroht den Bereich der „kulturellen Reproduktion“.

3. Beispiel: Sparen bei der Inklusion

Im März 2009 ratifizierte der Bundestag die UN-Behindertenrechtskonvention. In Artikel 24 verpflichten sich die Vertragsstaaten, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, das das Recht von Menschen mit Behinderung auf Bildung ohne Diskriminierung gewährleistet. Und was passiert in Hessen? Das hessische Schulgesetz formuliert in § 54 Abs. 4 einen Ressourcenvorbehalt, der Ausnahmen von der Beschulung der Kinder in der Regelschule zulässt, wenn personelle, räumliche oder sächliche Voraussetzungen an einer Schule fehlen. Der Entwurf einer Verordnung über sonderpädagogische Förderung lässt befürchten, dass Inklusion unter schlechten Bedingungen realisiert werden soll: Die neue Verordnung sieht keine Klassenhöchstgrenzen mehr vor. Pro Kind gibt es nur noch eine Zuweisung von vier Lehrerstunden – eine deutliche Verschlechterung gegenüber der bisherigen Versorgung im Gemeinsamen Unterricht. Die Vorschriften zur Arbeit von Förderausschüssen sind bürokratisiert und zeitaufwändig. Eltern müssen ein kompliziertes bürokratisches Verfahren durchlaufen.

In der „Zeit“ vom 6. November 2008 betonte Jürgen Habermas in Anbetracht der ersten Finanzkrise, dass nicht der Markt, sondern die Politik für das Allgemeinwohl zuständig sei: „Das ganze Programm einer hemmungslosen Unterwerfung der Lebenswelt unter Imperative des Marktes muss auf den Prüfstand.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Franziska Conrad



Franziska Conrad,
Referat Aus-
und Fortbildung im
GEW-Landesvorstand

„Und die Lehrer schauen weg!“

Lange habe ich meine wahren Intentionen hinter einem Minimum an Engagement und Eifer verborgen. Habe neben meinem Unterricht ein paar Förderpläne geschrieben, einen Hausbesuch durchgeführt und eine dreitägige Klassenfahrt organisiert. Aber die Presse ist mir auf die Schliche gekommen: Kern aller politischen, ökonomischen und sozialen Probleme sind die Lehrer. Bis auf wenige Leuchtturmpädagogen, die mit Prämien und Preisen belohnt werden. Aber die meisten meiner Kolleginnen und Kollegen sind laut Presse Künstler im Ignorieren und Wegschauen.

Wozu sich also weiter verbiegen? Genau – am liebsten unterrichte ich biodeutsche Mädchen, die Katharina oder Marie heißen. Die sind pflegeleicht, haben eine schöne Handschrift, kennen keine F-Wörter und lieben Pferde. Sie gehen nach der Schule zum Ballett-, Hockey- und Klavierunterricht. Sie malen mir zum Geburtstag Bilder von Lillifee und freuen sich, wenn ich was in ihr Poesie-Album schreibe. Testosteron im Klassenzimmer nervt mich nur. Kevin, Kenan und Kolya sind anstrengend und betreuungsintensiv. Sie quälen mich mit ihrer notorischen Unruhe, machen keine Hausaufgaben und krakeln bei Klassenarbeiten nur un-

serlich rum. Kein Wunder, dass sie keinen vernünftigen Abschluss bekommen.

Ich bin Lehrerin geworden, weil ich es bequem und sicher haben wollte. Sisyphos stand nie auf meiner Vorbildliste. Der Mann beim Arbeitsamt fand damals auch, dass es keinen besseren Beruf gebe: Wo sonst habe eine Frau soviel Freiraum für Haushalt und Kinder? Leider heckt die Presse täglich neue Zumutungen aus, denen sich Lehrer gefälligst stellen sollen. Alles, was Kindseltern, RTL, FDP und Verfassungsschutz versaubert, sollen die Lehrer richten. Nicht mit mir.

Ich beherrsche mittlerweile den peripheren Blick über das große Ganze und zerreiße mich nicht in Kleinkram. Habe ich Outdoor-Pausenaufsicht, drehe ich der Kletterwand den Rücken zu und unterhalte mich mit dem neuen Physikkollegen. Warum soll ich meine wertvolle Pause damit verbringen, Prügeleien zu verhindern? Lieber schließe ich Wetten darüber ab, wer gewinnt. Und anstatt den Rauchern und Kiffern in ihren Nischen die Stimmung zu verderben, rauche ich eine mit ihnen zusammen und beschwichtige aufgeregte Eltern: „Kiffen ist in dem Alter ganz normal. Machen Sie sich keine Sorgen um Benny, er ist ein souveräner User!“

Journalisten wünschen sich auch inbrünstig, dass Lehrer gemeinsam mit den Schülern Mittag essen. Sehen die lieben Kleinen nämlich Vollkornreis und Möhrchen auf dem Lehrerteller, ernähren sie sich prompt auch gesund. Glücklicherweise kann ich bei unserem Mensabetreiber im Lager essen, ganz in Ruhe, ohne dass mir jemand auf den Teller schießt. Ich habe keine Lust, rund um die Uhr Vorbild zu spielen.

Zeitgleich mit dem Klingeln schnappe ich meine Taschen und lasse sämtliche Schüler, die mich mit ihren Extrawünschen und Klagen behelligen wollen, einfach stehen. Ich wähle den Hinterausgang beim Sportplatz. Dort kann ich unbemerkt enteilen und werde nicht mit Mobbing-Opfern und Komatrinkern konfrontiert, muss nicht in religiöse oder politische Auseinandersetzungen eingreifen.

Meine Lieblingsjournalistin regt sich immer wieder darüber auf, wie viele Schüler schwänzen und wie wenig Lehrer dagegen unternehmen. Warum sollte ich auch Schüler zurück ins Boot zerren, die mir und ihren Mitschülern nur auf den Keks gehen? Ich bin froh, wenn Mandy und Bruce während des Unterrichts ins Einkaufszentrum gehen. Dort lernen sie so viel für ihr späteres Konsumentenleben. Schade, dass ich von den Arcaden keine Provision für schwänzende Schüler bekomme. Ein weiser Herr vom Jugendamt hat mir, als ich Schwänzern noch aufgeregt hinterherjagte, geraten, das Problem auszusitzen. Irgendwann habe auch ein Schwänzer seine Schulpflicht erfüllt. Ein toller Tipp, für den ich mich hier ausdrücklich bedanken möchte! Auch dem Postboten, der keine Lust hatte, seine Briefe auszutragen, und sie im Keller zwischenlagerte, ein großes Dankeschön. Seit ich seinen Trick kenne, lege ich alle Klassenarbeiten im Keller ab. Erst, wenn übereifrige Schüler danach fragen, beginne ich zu korrigieren oder rede mich damit raus, dass mein Hund den Stapel zerkaut hat.

Ein inniger Dank auch an meine Lieblingsjournalistin, die mir den Zugang zu meinem wahren Ich ermöglicht hat. Steter Tropfen höhlt den Stein. Seitdem ich realisiert und umgesetzt habe, dass es unter Lehrern haufenweise Flaschen, Feiglinge und Versager gibt, unterrichte ich viel entspannter. Denn: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt's sich gänzlich ungeniert.“

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 1-2/2012 Bundeswehr in der Schule

Kein Verständnis

Wir sind entsetzt darüber, in der HLZ den Artikel eines Jugendoffiziers der Bundeswehr zu finden. Unser Kollegium lehnt die Kooperationsvereinbarung des Landes Hessen mit der Bundeswehr ab und setzt sich dafür ein, Jugendoffizieren den Zugang zu unserer Schule zu verweigern. Und dann kommt ausgerechnet in der Zeitung unserer Gewerkschaft ein Jugendoffizier der Bundeswehr zu Wort. Was wir an unserer Schule verhindern wollen, nämlich dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann, das ermöglicht ihr die HLZ. Wir haben dafür keinerlei Verständnis.

Und die Titelseite der HLZ mit Kindern, die auf einem Panzer spielen, könnte auch die Titelseite eines Bundeswehr-Magazins sein.

„Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden“ – so begründet unsere Schulkonferenz ihren Beschluss. Von der GEW erwarten wir, dass sie in Wort und Tat klar Stellung gegen Krieg und Militarismus bezieht.

32 Kolleginnen und Kollegen der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach

Kein Forum für Jugendoffiziere

Wir begrüßen, dass die HLZ 1-2/2012 dem Schwerpunkt Antimilitarismus gewidmet ist. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Militarismus ist gerade heute besonders wichtig. Die Bundeswehr wird zu einer weltweit eingesetzten Interventionsarmee umstrukturiert. Sie beteiligt sich an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen wie im Kosovo. Erklärtes Ziel ist es, durch den „Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum“ der deutschen Wirtschaft weltweit „den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“, wie es in den jüngsten Verteidigungspolitischen Richtlinien festgehalten wurde. Um speziell die Jugendlichen für diese Politik zu gewinnen und gleichzeitig genug Nachwuchs für ihr todsicheres Handwerk zu rekrutieren, schickt die Bundeswehr ihr Korps der Jugendoffiziere in die Schulen und Hochschulen. Umso erstaunter und entsetzter sind wir daher darüber, dass in der HLZ eben diesen Jugendoffizieren ein Forum ge-

boten wird, um in einem ganzseitigen Interview ihre Ideologie zu verbreiten und die Bundeswehr als Friedensarmee zu präsentieren. Auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz wurde ohne Gegenstimme der Antrag „Keine Militarisierung von Schulen und Hochschulen“ beschlossen. Darin heißt es unmissverständlich: „Wir protestieren gegen die verstärkte Einbeziehung von Jugendoffizieren im Schulunterricht, zur Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie zur Fortbildung von Lehrkräften.“ Was für die Schulen und Hochschulen gilt, muss erst recht für die Gewerkschaftsmedien und unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit gelten!

Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) und Junge GEW Hessen

Kooperationsabkommen kündigen

Auf immerhin 13 Seiten findet man Beiträge zum Titelthema „Bundeswehr in Schulen und Hochschulen“. Die Bedeutsamkeit der Thematik ist in GEW-Kreisen also erkannt worden. Ein ausdrückliches Lob dafür! (...)

Aber wie ist das Titelfoto mit den auf einem Panzer spielenden Kindern zu deuten? Sensibilisiert es die KollegInnen gegen oder vielleicht doch mehr für die Nähe der Schülerinnen und Schüler zum Militär? Man hätte zumindest gewünscht, dass seitens der GEW eine Ablehnung solcher Rattenfängermethoden der Bundeswehr optisch sichtbar präsentiert worden wäre.

Völlig unverständlich ist es, dass einem „Jugendoffizier in Hessen“ in der Publikation einer Gewerkschaft Raum gegeben wird, seine abstrusen Vorstellungen von „Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“ darzustellen. (...)

Wolfgang Buff und *Helmut Stein* kann man zwar gute Absichten unterstellen, jedoch dürfen ihre Forderungen nach einem zusätzlichen Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerium und Friedensnetzwerk nicht die Forderungen unserer Gewerkschaft sein. Die GEW sollte sich nicht dahin drängen lassen, mit der gleichzeitigen Präsenz von Bundeswehr und Vertretern der Friedensinitiativen für „die notwendige politische Ausgewogenheit“ einzutreten. Das Ziel der GEW muss es vielmehr sein, die Kündigung des Kooperationsabkommens zu erreichen.

Gerhard Kern, Hofheim

Betr.: HLZ 1-2/2012 Bundeswehr in der Schule

Gewerkschaften im DGB

Die HLZ hat ein äußerst wichtiges Thema aufgegriffen und in vielen Facetten vorgestellt, hilfreich für eine hoffentlich gelingende Erziehung zum Frieden.

Ergänzend möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der die Position anderer DGB-Gewerkschaften betrifft, mit denen unsere GEW oft an einem Tisch sitzt. So ist zum Beispiel für die IG Metall „der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau (...) von nationaler Bedeutung“. Weiter heißt es in ihrem Gutachten zu „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffbaukapazitäten im europäischen Kontext“ wörtlich:

„Das neue sicherheitspolitische Umfeld des 21. Jahrhunderts wird bestimmt von dem Konzept weltweit mobiler Streitkräfte, die flexibel an wechselnden Schauplätzen für militärische Einsätze zur Verfügung stehen. In der Praxis haben alle drei Teilstreitkräfte der Bundeswehr – Luftwaffe, Heer, Marine – Einsatzaufgaben übernommen, die in Kooperation im NATO-Bündnis, im Rahmen der gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik oder in UN-Missionen durchgeführt werden.“ (www.igmetall.de)

Was tut hier unser Partner im DGB anderes als das neue „Out-of-Area“-Konzept der Bundesregierung einfach hinzunehmen und damit zu argumentieren? Was hat das mit den Friedensbekundungen zu tun, die ritualhaft von Gewerkschaften zum Beispiel am Antikriegstag vorgebracht werden?

Unsere Partnergewerkschaft ver.di bekennt sich in einem Flugblatt ihrer Bundesfachgruppe Bundeswehr von 2009 „zur Funktion und Aufgabenstellung unserer Bundeswehr“. Angesichts der „internationalen Verpflichtungen der Bundeswehr“ sei „über die politischen Konsequenzen einer Neuausrichtung zu diskutieren“. Zusammen mit „Mitgliedern und zahlreichen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen“ engagiere sich ver.di „für eine leistungsstarke Bundeswehr, die bei den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Stellenwert einnimmt“. (<http://bund-länder.verdi.de>)

Solange es die dargestellten Widersprüche gibt, ist für die GEW im DGB und für gewerkschaftlich organisierte Kolleginnen und Kollegen nicht nur im Schulbereich viel zu tun.

Jürgen Scherer, Alsbach-Hähnlein

X Lehrerfortbildung 2012 ersatzlos gestrichen

Das Sparen bei der Lehrerbildung und bei den Lehrkräften geht weiter. Wegen fehlender Geldmittel wird die Fortbildung der Lehrkräfte für das Haushaltsjahr 2012 auf Weisung des Kultusministeriums gestrichen.

Ab 1. Februar 2012 werden die Fortbildungsangebote aller Studienseminare ausgesetzt. Lediglich bereits genehmigte und vertraglich einzuhaltende Fortbildungen können durchgeführt werden. Das Amt für Lehrerbildung (AFL) teilte diese Hiobsbotschaft den Studienseminaren am 19. Januar mit, so dass die Planungen der Ausbilderinnen und Ausbilder für die bereits genehmigten Fortbildungsveranstaltungen im 2. Schulhalbjahr 2011/12 im Papierkorb landeten.

Hintergrund der Sparaktion ist das Fehlen von zwei Millionen Euro, um etwa 1.500 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV), die noch in 24 Monaten ausgebildet werden, zu finanzieren.

Die Kultusministerin muss sich der Frage stellen, warum diese allseits bekannte Tatsache nicht bei der Erstellung des Haushaltsplans für 2012 berücksichtigt wurde.

X Demo für Inklusion in Wiesbaden

„Inklusion ohne Wenn und Aber“ – unter diesem Motto stand die Demonstration am 3. Februar auf dem Schlossplatz in Wiesbaden. Veranstalter waren die Kreisverbände Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus der GEW, der Stadtschülerrat und der Landesschülerrat, der Stadelternbeirat und der Verein



X Tür zu für GEW und Verbände

Zum Einstellungstermin 1. November 2011 verwehrt die Leiterin des Studienseminars für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Hanau erneut der GEW und anderen Lehrerverbänden, die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) über ihre Rechte und Pflichten im Referendariat aufzuklären.

Auch die Leiterin des Darmstädter Studienseminars für Gymnasien lehnte das Vorstellungsgespräch mit der Begründung ab, dafür sei aufgrund der Neuorganisation der Einführungswoche „keine Zeit“.

Diese Vorstellungsgespräche gibt es seit mehr als 40 Jahren, auch in dieser Form.

Die Verpflichtung zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Dienststelle nach § 60 Hessisches Personalvertretungsgesetz beinhaltet auch den Zugang zu den Studienseminaren. Der Personalrat hat ausdrücklich das Recht, „die Gewerkschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Dienststelle zu unterstützen“. In einem Schreiben hat der GEW-Landesvorsitzende *Jochen Nagel* Staatsministerin *Dorothea Henzler* um Intervention gebeten.

„Gemeinsam-lernen-in-Wiesbaden“ Pepino e.V.

Die Bodelrocker, die Schülerband der Friedrich-von-Bodelschwinghschule, spielten mit heißen Rhythmen gegen die Eiseskälte an.

Um „5 vor 12“ flogen die Luftballons mit Postkarten an Kultusministerin *Dorothea Henzler* in die Luft.

Gegen die Sparpolitik in Sachen Inklusion wandten sich die stellvertretende Landesschulsprecherin *Natalie Pawlik*, Vertreter des Stadtschülerrats, *Antje Pfeifer*, stellvertretende Vorsitzende des Stadelternbeirats und Gründerin von Pepino e.V., und GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel*.

Gemeinsamer Tenor aller Reden war die deutliche Kritik an der Umsetzung der Inklusion im Entwurf der neuen Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung (VOSB) unter schlechten Rahmenbedingungen sowie die Forderung nach der sofortigen Rücknahme des Entwurfes.

X Mitgliederentwicklung: Erneut positive Bilanz

Auch im achten Jahr in Folge traten mehr Menschen (1.446 Zugänge) in die hessische GEW ein, als sie verließen (1.185 Abgänge). Der Nettosaldo im Jahr 2011 bedeutet ein Plus von 261 Mitgliedern. Infolge des Anstiegs um 1,1% waren Ende 2011 23.356 Menschen in der GEW Hessen organisiert. Auch bei den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) verlief die Entwicklung ähnlich positiv wie im vergangenen Jahr. Mit 377 neuen LiV wurde das vierbeste Ergebnis seit 1989 erzielt.

X DGB-Veranstaltung: Ein Jahr Schuldenbremse

Ein Jahr nach der Volksabstimmung über eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung führt der DGB Hessen eine Diskussionsveranstaltung durch, zu der Finanzminister *Thomas Schäfer*, *Gustav Horn* vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung sowie Vertreter der Landtagsfraktionen ihr Kommen zugesagt haben:

- **Dienstag, 27. März, 18 Uhr, DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77**

Panne beim HLZ-Versand

Mehrere hundert GEW-Mitglieder in Hessen haben die Januar-Ausgabe der HLZ, die normalerweise der „Erziehung und Wissenschaft“ (E&W) beiliegt, leider nicht erhalten. Die Druckerei hat einen Teil der Auflage der HLZ den E&W-Heften beigelegt, die für die saarländischen Kolleginnen und Kollegen bestimmt waren. Als der Fehler dem Controlling auffiel, war er bedauerlicherweise nicht mehr zu korrigieren. *Ulf Rödde*, Redaktionsleiter der E&W, bittet – auch im Namen der Druckerei –, den Fehler zu entschuldigen. Die Druckerei hat den Vorgang mittlerweile aufgearbeitet und so organisiert, dass dieser Fehler künftig nicht mehr auftreten kann.

- *Kolleginnen und Kollegen, die die HLZ 1-2/2012 mit dem Titelthema „Bundeswehr in Schulen und Hochschulen“ nicht erhalten haben, können diese bei der GEW Hessen anfordern (info@gew-hessen.de).*

Kämpfen und Verhandeln lohnt



Die neue Dienstordnung für Lehrkräfte ist in Kraft

Als großen Erfolg können wir die Abwehr von erheblichen grundlegenden Verschlechterungen für die Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der Novellierung der Dienstordnung werten, ein Grund sich zu freuen, dass sich konsequente Personalrats- und GEW-Arbeit gelohnt haben.

An der im Amtsblatt 12/2011 veröffentlichten Dienstordnung (DO) gibt es sicher noch viele kritische Punkte, wer aber den Weg der Auseinandersetzungen verfolgt hat (HLZ 5 und 7/2011), weiß, wie viele große Brocken wir dabei aus dem Weg geräumt haben. Selbst in der allerletzten Runde gab es noch positive Änderungen:

- Begriffe wie „pädagogische Freiheit“, „kooperative Arbeitsweisen“ und „psychologisches Einfühlungsvermögen“ der Lehrkräfte und ihr „Recht auf Fortbildung“ wurden nach beabsichtigter Streichung wieder aufgenommen. Hier hätte eine Änderung nicht so sehr reale Konsequenzen nach sich ziehen müssen, eine Streichung dieser Passagen hätte aber das Signal ausgesendet, dass differenzierte und individuelle Arbeitsweisen, das gemeinsame Erarbeiten der Grundlagen schulischer Arbeit nicht mehr gefragt sind und Lehrkräfte vor allem Vorgaben Folge zu leisten hätten. Einen solchen Tenor einer DO wollten wir nicht.

- Die beabsichtigte Regelung, dass Schulleiterinnen und Schulleiter die Jahresgespräche führen und dies auf Schulleitungsmitglieder übertragen können, wurde so geändert, dass die Jahresgespräche jetzt als „Recht der Lehrkräfte“ bezeichnet werden, wobei die von uns kritisierte Option der Delegation auf Schulleitungsmitglieder allerdings nicht zurückgenommen wurde.

- Ein besonders wichtiger Erfolg ist die Rücknahme des doch unerträglichen Vorhabens, dass Schulleiterinnen und Schulleiter bei jeder Lehrkraft „mindestens einmal in jedem Schulhalbjahr“ einen Unterrichtsbesuch durchführen müssen und diese Dienstpflicht auf andere Schulleitungsmitglieder und von ihnen beauftragte Lehrkräfte (!) delegieren können. Im zweiten Entwurf wurde zunächst der halbjährige Turnus ge-

strichen, nach der letzten Erörterung mit dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) auch die Möglichkeit zur Delegation auf Lehrkräfte. Diese Unterscheidung zwischen Unterrichtsbesuchen durch Schulleitungsmitglieder und kollegialen Hospitationen von Lehrkräften untereinander war dem HPRL sehr wichtig. Zwar steht die Möglichkeit zur kollegialen Hospitation in der Endfassung der DO, obwohl sie eher in ein Schulentwicklungskonzept gehört, doch ist sie klar von den Unterrichtsbesuchen durch Schulleitungsmitglieder abgegrenzt.

- Auch die bisherige Vorschrift, dass Unterrichtsbesuche „rechtzeitig anzukündigen“ sind, wurde – anders als im ersten Entwurf – wieder aufgenommen.

- In der Endfassung der DO wurde die geplante Regelung, dass Krankmeldungen auch an Wochenenden und in Ferienzeiten vorzulegen sind, wieder gestrichen. Für die Kolleginnen und Kollegen ist das sicher keine substanzielle Frage, in der Umsetzung für Schulen aber wenigstens keine Erhöhung von Regelungsvorgaben.

Diese Auseinandersetzung um die neue DO lief auf zwei Schienen – und das war erfolgreich. Die GEW hatte in den Schulen sehr schnell über den ersten Entwurf der DO informiert, damit berechtigte Empörung ausgelöst und zum Protest aufgefordert: „Diese Schule wollen wir nicht!“ Die Zahl der Resolutionen, die aus den Schulen kamen, war erheblich und hat Wirkung gezeigt. Der HPRL konnte diesen Druck bei der Erörterung mit der Dienststelle nutzen und positive Veränderungen erreichen.

Nicht alle Verschlechterungen konnten abgewehrt werden. Bisher enthielt die DO detaillierte Aufgabenbeschreibungen für alle Funktionsstellen an Schulen. Dies hatte den Vorteil, dass Bewerberinnen und Bewerber auf eine bestimmte Funktionsstelle als Studienleiter oder Abteilungsleiter vorher wussten, worauf sie sich einlassen, und dass das Kollegium klare Ansprechpersonen für bestimmte Aufgabenfelder hatte. Zukünftig entfällt dieser Aufgabenkatalog, werden Funktionsstel-

len außer der des Schulleiters oder der Schulleiterin und des ständigen Vertreters nur noch „zur Wahrnehmung von Schulleitungsaufgaben“ ausgeschrieben. Die genaue Aufgabenstellung wird dann in einem Geschäftsverteilungsplan festgelegt, so dass die Arbeitsfelder in den Schulen immer wieder neu austariert werden mit dem Risiko einer gewissen Beliebigkeit und einer immer stärkeren Rolle der Schulleiterinnen und Schulleiter.

Geblichen ist auch der „Maulkorb“ für die Schulleiterinnen und Schulleiter, die bei öffentlichen Erklärungen in Angelegenheiten von „übergeordneter Bedeutung“ zunächst mit der Schulaufsicht Rücksprache zu halten haben.

Die Diskussion über besondere Befugnisse von Schulleitungen „selbstständiger (allgemeiner) Schulen“ oder „selbstständiger beruflicher Schulen“ wird an anderer Stelle geführt – und das ist gut so!

Die Auseinandersetzung um die DO macht deutlich, dass es immer wieder lohnt, die eigenen Vorstellungen von Schule zu diskutieren und sich dafür dann auch einzusetzen.

Angela Scheffels

Vorsitzende des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer





Medienerziehung

Generation Kassettenrekorder meets Digital Na(t)ives

Keine technische Entwicklung hat die Lebenswelt Heranwachsender auch nur annähernd so rasant und einschneidend verändert wie die multimedialen Bildschirmmedien. Im Vergleich zum technischen Umfeld der achtziger Jahre offenbart sich heute ein wahrer digitaler Quantensprung. Eltern sind in dieser neuen Welt als Ratgeber und Kontrollinstanz dringend gefordert, aber in der Regel damit weitgehend überfordert.

Anders als bei früheren technischen Neuerungen hat sich die Nutzung von Internet, Handys, Computern und Spielekonsolen durch Kinder und Jugendliche dermaßen verselbstständigt, dass vielen Eltern der „Generation Kassettenrekorder“ angesichts der Mediennutzung ihrer „Digital Natives“ (Digitale Eingeborene) nur ungläubiges Staunen bleibt. Die Frage nach der Medienfitness ihrer Eltern beantworten 80% der Jugendlichen mit einem überlegenen „Die haben keinen Plan!“, häufig gefolgt von dem Nachsatz „...und die sollen auch keinen kriegen!“

Unbeaufsichtigt und unaufgeklärt

Bedingt durch fehlendes technisches Know-How und die Tatsache, dass nur 8 % der Jugendlichen zuhause von negativen Medienerfahrungen erzählen, nimmt nur ein Bruchteil der Elterngeneration wahr, dass die schöne neue digitale Welt neben faszinierenden und nahezu grenzenlosen positiven Möglichkeiten auch vielfältige Grenzüberschreitungen in hoch problematische Bereiche eröffnet. Während Kinder an andere Kulturtechniken wie das Radfahren oder die Nutzung von Werkzeug, Messer und Gabel fürsorglich unter elterlicher Aufsicht herangeführt werden, haben sie millionenfach unbeaufsichtigt und unaufgeklärt Vollzugriff auf die digitale Welt, noch dazu ohne jeglichen technischen Schutz vor jugendgefährdenden Inhalten. Da selbst Virenschutz auf jedem fünften privaten Rechner fehlt, haben Cyberkriminelle

leichtes Spiel: Deren Palette reicht von Spam-Versand über das Ausspähen von Zugangsdaten bis zur Übernahme der Webcam im Kinderzimmer!

Unter „Medienkompetenz“ verstehen Eltern wie Pädagogen vorwiegend Bedienkompetenzen: Umgang mit Maus und Tastatur, Office-Anwendungen, Urlaubsfotos bearbeiten oder Informationen „googeln“. Mangels Problembewusstsein bleiben elementare Sicherheitsaspekte dagegen in der Regel außen vor. Zwar werden grundlegende EDV-Kenntnisse inzwischen zumeist vermittelt, doch selbst der ECDL (Europäischer Computerführerschein) unterschlug bis 2011 das Thema Internetsicherheit, vergleichbar einer Führerscheinprüfung ohne Kenntnis der wichtigsten Verkehrsregeln und -zeichen. Folglich befahren viele „Digital Natives“ den Datenhighway als ahnungslose „Digital Naives“ in digitalen Multimedia-Sportwagen ohne jegliche Sicherheitsausstattung und lernen dabei mit „Trial and Error“.

Nur sehr schleppend entwickelt sich die Einsicht, dass Medienkompetenz insbesondere auch den verantwortungsvollen, kritischen und sicherheitsbewussten Umgang mit der digitalen Welt bedeutet.

Freizeitbeschäftigung Nummer Eins

Und so melden sich zunehmend bereits Grundschüler, häufig unbemerkt von ihren Eltern, in sozialen Netzwerken an und breiten dort ihr ganzes Leben in Wort und Bild aus, 12-Jährige spielen Gewaltspiele ohne Jugendfreigabe und 15-Jährige sehen sich Hardcore-Pornofilme und Tötungsvideos im Internet an. In Facebook & Co. mobbt sich eine Schülergeneration, dass die Fetzen nur so fliegen: In aktuellen Umfragen outet sich jeder zweite Jugendliche als Täter! Zahlreiche Websites verherrlichen Magersucht und Bulimie und stellen mit verharmlosenden Begriffen wie „Thinspiration“ („Ich bin nicht krank, das ist mein Lifestyle!“) einen gefährlichen Katalysator für Autoaggressionen in Form von Essstörungen dar; ebenso wirken Selbstmordforen und „Emo“-Seiten (Stichwort „Ritzer“) auf labile Jugendliche. 40 % der Jugendlichen wurden in Chats sexuell angesprochen, ebenso viele nach persönlichen Daten gefragt. Der tägliche Bildschirmkonsum von 15-jährigen Mädchen (6 Stunden am Tag) und Jungen (7,5 Stunden am Tag) beeinträchtigt den Schulerfolg insbesondere der Jungen unübersehbar. Während Ende der achtziger Jahre Jungen und Mädchen noch gleichauf lagen, sind heute zwei Drittel der Sitzenbleiber und Schulabbrecher Jungen, nur jeder dritte Junge erhält noch eine Gymnasialempfehlung und im Abitur liegen die Mädchen inzwischen mit 55 % und einer um 0,9 Punkte besseren Durchschnittsnote klar vorne! Während viele Mädchen nach wie vor gerne lesen, sind für immer mehr Jungen Videospiele Freizeitbeschäftigung Nummer Eins.

Durch die zunehmende Vollausrüstung immer jüngerer Kinder mit Handys, Computern und Spielekonsolen betrifft diese Problematik inzwischen auch immer stärker den Grundschulbereich. Das digitale Einstiegsalter sinkt konti-

lea-Fortbildung: Medien im Unterricht

- Einsatz interaktiver Whiteboards im Unterricht, Oberursel, 10.5. und 14.6.2012, 14-17.30 Uhr, Referent: Holger Menzel, 79 Euro, GEW-Mitglieder 64 Euro
- Interaktive Whiteboards im Fremdsprachenunterricht, Oberursel, 26.9.2012, 10-15 Uhr, 79 Euro, GEW-Mitglieder 64 Euro
- Präsentieren mit PowerPoint für Anfänger/innen, Gießen, 29.8.2012, 10-17 Uhr, Referent: Walter Otto-Holthey, 79 Euro, GEW-Mitglieder 64 Euro
- Wie mache ich erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit? Klassische Medien - Homepage - Soziale Netzwerke, Darmstadt, 25.9.2012, 10-17 Uhr, Referent: Rolf Gamm und Heinz-Ludwig Nöllenburg, 59 Euro, GEW-Mitglieder 38 Euro

Informationen und Anmeldung: www.lea-bildung.de

nuierlich pro Kalenderjahr um etwa ein Lebensjahr. Da sich vor allem Multimedia-Handys und mobile Spielekonsolen zu wichtigen Statussymbolen entwickelt haben, wird dem Quengeln schon der Kleinsten allzu schnell und unüberlegt nachgegeben, schließlich haben es „die anderen doch auch alle“.

Unbedarfte Internetnutzung birgt zudem erhebliche finanzielle Risiken: Gerichte bescheinigen Eltern eine „Belehrungs- und Prüfungspflicht“ in Bezug auf die Nutzung des Internets durch ihre Kinder, doch den meisten Eltern ist weder bewusst, welche Rechtsverletzungen Kinder im Internet begehen könnten, noch dass sie für diese in vollem Umfang haftbar sind. Insbesondere der Download urheberrechtlich geschützter Inhalte kann hier für böse Überraschungen sorgen.

Wie Goethes Zauberlehrling

Wie Goethes Zauberlehrling sind Eltern in der Regel völlig hilflos, wenn das digitale Spielzeug unversehens Probleme bereitet: Die medialen Geister, die sie riefen, indem sie ihren Kindern arglos und in bester Absicht – man weiß ja schließlich, wie wichtig Medienkompetenz heutzutage ist! – Handys, Spielekonsolen und PCs kauften und die Kinderzimmer mit DSL-Anschlüssen versahen, werden sie nun alleine nicht mehr los. Und der Zauberstab schwingende alte Meister aus Goethes Klassiker, der dem digitalen Spuk ein Ende machen könnte, ist nirgends in Sicht.

Was sich in den Köpfen von Eltern abspielt, die plötzlich realisieren, dass sie die ungezügelt Mediennutzung ihres pubertierenden Kindes erheblich einschränken müssen, um den schulischen Super-GAU zu verhindern, lässt sich ebenso erahnen wie die Reaktion des Nachwuchses auf elterliche Ambitionen, den Computer samt Facebook, Skype und Co. aus dem Kinderzimmer zu verbannen, damit Hausaufgaben ohne digitale Ablenkung erledigt werden können.

Leider haben viele moderne Eltern Probleme damit, dem Nachwuchs gegenüber in Erziehungsfragen, für die sie die alleinige Verantwortung tragen, mit der erforderlichen Bestimmtheit und Konsequenz aufzutreten und suchen ihr Heil in demokratisch organisierten Familienkonferenzen, doch problematischer Medienkonsum lässt sich damit sicherlich nicht bändigen.

Dass die Medienerziehung die meisten Eltern überfordert, belegt auch die Auswertung von 1.147 Fragebögen zu meinen Elternabenden: Jeweils über 90 % geben hier an, Neues erfahren zu haben, das ihr zukünftiges Handeln beeinflussen wird, und dass sie die Vermittlung von Medienkompetenz schon in der Grundschule für dringend erforderlich halten.

Aufklärung der Eltern dringend erforderlich

Es ist demnach dringend erforderlich, Kindern wie Eltern über schulische Medienbildungskonzepte einen kompetenten und verantwortungsbewussten Umgang mit den digitalen Medien nahe zu bringen. Aber während Aufklärungsarbeit mit Schülern und Schülerinnen sowohl leicht zu organisieren als auch effektiv ist, sind im Erwachsenenbereich beträchtliche Hürden zu überwinden:

Zum einen gibt es auch im Lager der Pädagogen nur wenige, die in dieser Materie wirklich zuhause und damit in der Lage sind, diese heutzutage unverzichtbare Schlüsselkompetenz zu vermitteln. Eine EU-Studie aus dem Jahr 2006 bescheinigt deutschen Lehrkräften im europäischen Vergleich sehr geringe Medienaffinität und einen Rückstand in puncto



schulische Medienbildung von zehn Jahren. Im OECD-Vergleich liegt Deutschland bei der Nutzung digitaler Medien im Unterricht auf dem letzten Platz (Stichwort „Fachkräftemangel“), was nicht verwundern kann, wenn schon der technische Support diese Bezeichnung nicht verdient: In Hessen kommt eine Administratorenstelle auf 1.500 Systeme – die Schmerzgrenze liegt bei 1:100.

Zum anderen kommen nur wenige Eltern freiwillig zu Infoveranstaltungen über Neue Medien, da die Mehrheit der festen Überzeugung ist, sie hätten kein Problem mit der Thematik. Um mehr als 10 % der Eingeladenen zu erreichen, muss man sie mit Vehemenz geradezu „vorladen“. Besonders schwierig gestaltet sich hier der Zugang zu Eltern, die der deutschen Sprache kaum oder gar nicht mächtig sind, doch gerade bei deren Kindern gibt es einen eindeutigen statistischen Zusammenhang zwischen Bildschirmkonsum, Übergewicht und Schulerfolg.

Umfangreiche Aufklärung und Prävention sind also dringend notwendig, denn auch die Schule fordert zunehmend Computernutzung im häuslichen Umfeld ein. Ein flächendeckendes Fortbildungskonzept mit einem angemessenen Stundendeputat für IT-Fachberater und Medienberaterslehrer ist kostspielig. Doch Sparpolitik im Bildungsbereich ist auf lange Sicht nicht nur pädagogisch, sondern auch wirtschaftlich betrachtet ein gefährlicher Holzweg, da Therapie bekanntlich deutlich teurer ist als Prävention.

Günter Steppich

Der Autor ist IT-Fachberater für Jugendmedienschutz am Staatlichen Schulamt für Wiesbaden und den Rheingau-Taunus-Kreis.

Ausgewählte Quellen:

www.medien-sicher.de: Website des Autors
 www.kfn.de: Studien zum Medienkonsum Jugendlicher
 www.klicksafe.de: EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz
 www.mpsf.de: KIM- und JIM-Studien 1998 bis 2011
 W. Bergmann und G. Hüther: Computersüchtig. Beltz 2011



Die raffinierte Versuchung

„Scripted Reality“ und ihre falsche Wirklichkeit

Inas Augen leuchten voll Bewunderung, wenn Erwachsene sie auf ihre Lieblingssendung ansprechen. „Was, du kennst Berlin – Tag und Nacht? Voll cool!“ Ina ist zwölf Jahre alt. Das Leben in der „geilsten WG von Deutschland“ (ein Claim der Sendung) verfolgt sie mit Begeisterung. Denn es sind Geschichten, die sie abholen in ihrer Wirklichkeit, Geschichten, die spannend und aufregend sind, bei denen sie mitfiebern kann, die sie eben voll cool findet. *Scripted Reality* heißt das Format bei den Machern und Medienleuten, die Sendungen dazu heißen „Super Nanny“, „Bauer sucht Frau“, „X-Diaries – Love, Sun & Fun“, „Die Schulumittler“, „Mieten, Kaufen, Wohnen“, „Mitten im Leben“, „Familien im Brennpunkt“ oder „Schwer verliebt“.

Scripted Reality heißt soviel wie „Realität nach Drehbuch“. Die Sender nennen es *Lifestyle-TV* oder *Realtainment*, also eine Mischung aus Realität und Unterhaltung, Entertainment. Manche sagen auch *Pseudo-Doku* oder *Dokusoap*. Immer ist es aber inszenierte Realität, die ganz bewusst so aussehen soll wie das richtige Leben, bewusst gewählte Klischeegeschichten.

Billig und trotzdem erfolgreich

Ob es jetzt die Super-Nanny ist oder der heiratswillige Bauer, die Teenies auf Ibiza oder die WG in Berlin, die Machart der Sendungen folgt einem bestimmten Muster. Es gibt kurze Spielsequenzen, dann erklärende Einblendungen und einen Off-Sprecher, der die Handlung noch mal zusammenfasst. Das wirkt dokumentarisch und irgendwie unperfekt. Aber alles daran ist gestellt, die Handlungen sind vorher überlegt und in einem Drehbuch festgehalten. Bei näherem Überlegen ist das logisch, denn Fernsehen zu produzieren ist sehr teuer. Da ist es nur konsequent, nichts dem Zufall zu überlassen. Ein weiteres Kennzeichen der Scripted Reality-Sendun-

gen: Die Darstellerinnen und Darsteller sind sämtlich Laien. Das ist billiger als ausgebildete, professionelle Schauspieler zu verpflichten. Wer als Schauspieler oder Schauspielerin einen Namen hat, nimmt schon mal mehrere tausend Euro pro Drehtag. Ein Sendungsmacher sagt: „Was es mich allein kostet, wenn sich *Katja Riemann* ins Flugzeug setzt, damit kann ich die gesamte Show für einen Tag finanzieren.“ Billig und trotzdem erfolgreich, das ist die Devise. Und das funktioniert. Die Zuschauer schalten ein. Was es auch ist, immer ist es dramatisch: die sogenannte Schulumittlerin, die jungen Leute auf Ibiza, die Jugendlichen in der Berliner WG oder der Wohnungstester. „Verdichtete Erzählweise“ nennen das die Macher.

Die klassische Reportage, die klassische Dokumentation, streng an der Wirklichkeit orientiert, das sei alles schön und gut, aber es fessele die Menschen nicht mehr. Die Wirklichkeit sei oft viel zu langweilig, deshalb wähle man bewusst die Klischeegeschichten, die man gut zuspitzen kann. Vom wirklichen Leben sei das nicht weit entfernt, denn die Geschichten stammten ja aus eigener Beobachtung oder sogar aus eigenem Erleben. Die Kritiker sprechen von „Schrei- und Krawallfernsehen der ordinärsten Form“. Fernsehmacher entgegen dann gern, *Shakespeare* habe sich früher auch Anfeindungen gegenüber seinen Stücken ausgesetzt gesehen.

Aber selbst wer nicht auf die bildungsbürgerliche Hochkultur eingeschworen ist und sich selbst durchaus als offen für Unterhaltung bezeichnet, der braucht eindeutig eine gute Portion Medienkompetenz, um die Shows als das sehen zu können, was sie sein möchten: als bloße Unterhaltung.

Einige Versammlungsmitglieder der Landesanstalt für privaten Rundfunk in Hessen haben einen Selbstversuch unternommen und ohne Kenntnisse über Hintergründe und Formate ein paar Folgen solcher Sendungen angeschaut. Das Ergebnis: Sie fühlten sich unterhalten. Aber sie glaubten, es wurden echte Geschichten gezeigt, echte Schicksale. Etwas dramatisiert vielleicht, aber durchaus glaubwürdig – selbst für mittelalte Erwachsene. Damit stehen sie nicht allein da. Eine kürzlich vorgestellte Studie der Gesellschaft zur Förderung des internationalen Jugend- und Bildungsfernsehens belegt, dass knapp die Hälfte der Zuschauer glaubt, sie sähen im Fernsehen echte Fälle, die nachgespielt werden. Vor allem Kindern und Jugendlichen sei keineswegs klar, dass es sich um rein erfundene Geschichten handelt.

Da genau liegt das Problem für Jugendschützer. Wenn schon Erwachsene das für echt halten, wie sollen Kinder und Jugendliche das Echte vom Inszenierten unterscheiden können? Und was geschieht mit den Kindern oder Jugendlichen, wenn sie oft stark klischeehafte, zugespitzte, nicht sofort als Spielszenen zu erkennende dramatische Sendungen sehen?

Irreführung und Desorientierung

Erwachsene können wir für so gefestigt halten, dass ein paar derbe Schimpfwörter oder auch sexuelle Szenen sie nicht aus der Bahn bringen. Aber Kinder und Jugendliche müssen ihre

Die Landesmedienanstalt

Die Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) ist Aufsichtsbehörde für den privaten Rundfunk in Hessen. Dazu gehören die privaten Radioveranstalter und der Fernsehsender RTL II, nichtkommerzielle Lokalradios und die offenen Fernsehkanäle in Kassel, Fulda, Gießen und Offenbach. Die LPR vergibt Sendefrequenzen und kümmert sich um die Einhaltung des Jugendschutzes und die Förderung der Medienkompetenz. Die LPR geht dazu auch direkt in die Schulen. Es gibt Computerkurse für Kita-Kinder, einen Interneteinsteigerkurs, Handykurse für Kinder und Jugendliche, ein Training für das Verstehen von Werbung, einen Chatkurs für Jugendliche und regelmäßige Informationsveranstaltungen für Eltern. Die DVD „Schule des Sehens und des Hörens“ führt in das Thema „Neue Medien im Unterricht“ ein. Jedes Jahr schreibt die LPR den Preis „Mediensurfer“ aus.

- weitere Infos unter www.lpr-hessen.de

Rolle erst finden. Sie sind noch geistig und moralisch in der Entwicklung und orientieren sich dabei an dem, was sie sehen und erleben. Sendungen mit vielen Klischees und Stereotypen könnten ihre Rollenfindung negativ beeinflussen. Sie könnten das, was sie da sehen, für normal halten und sich auch so benehmen. Die Medienforschung hat herausgefunden, dass Fernsehhalte verstärkend wirken. Grob gesagt, Gewaltszenen im Fernsehen machen keinen friedliebenden Jugendlichen zum Schläger. Wo aber charakterliche Tendenzen bereits vorhanden sind, da können sich Neigungen negativ verfestigen.

Jugendschützer argumentieren ganz grundlegend mit Irreführung und Desorientierung, wenn es um Scripted Reality-Formate geht. Ihnen gefällt nicht, wie Sexualität und Gewalt dargestellt werden. Das ist ihnen oft zu holzschnittartig, zu hart und somit grenzwertig. Fernsehmacher halten dagegen: die Jugendlichen von heute wüssten sehr genau, was gespielt sei und was nicht, sie seien viel kompetenter im Umgang mit Medien als ihre Elterngeneration.

Der Jugendschutz greift aber in diesen Fällen in Deutschland. Es gibt klare rechtliche Kriterien dafür, was erlaubt ist und was nicht. So musste sich die hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk als zuständige Aufsichtsbehörde kürzlich nach Beschwerden intensiv mit der Sendung „X-Diaries“ auseinandersetzen. Bei dieser Sendung geht es um wechselnde Urlaubergruppen, die nach Ibiza, Mallorca oder Rimini fahren. Im Mittelpunkt stehen Partys, Strand, Spaß und natürlich jede Menge dramatischer Beziehungskonflikte. 60 Folgen der Serie wurden geprüft. Die Kommission für Jugendschutz beanstandete dann 47 wegen entwicklungsbeeinträchtigender Inhalte für Kinder unter zwölf Jahren. Bei 17 Sendungen war die Kommission der Ansicht, sie beeinträchtigten Kinder bis unter 16 Jahren. Die Begründung: aufdringliche Darstellung der Themen Sex und Alkohol und „derbzigte Sprachwahl“. Der Sender musste ein Bußgeld zahlen und die Folgen der nächsten Staffel vor der Ausstrahlung der Freiwilligen Selbstkontrolle vorlegen.

Trash-TV macht Quote

Fernsehmacher sagen, die gescrripteten Sendungen liefen besser als die mit echten Fällen und realen Menschen. Kritiker wenden ein, dann sollten die Sendungen gekennzeichnet werden, einen passenden Namen bekommen, dann wisse jeder von vornherein, womit er es zu tun habe. Kennzeichen müssen die Sender aber nicht. Es handelt sich nicht um Journalismus, sondern um Unterhaltung und da ist erlaubt, was gefällt und nicht gegen das Jugendschutzgesetz verstößt. Erfahrene Medienwissenschaftler und -praktiker betonen bei Diskussionen immer wieder, wie wichtig in diesem Zusammenhang die Vermittlung von Medienkompetenz ist. Wenn Kinder und Jugendliche wissen, es handelt sich um eine hundertprozentig inszenierte Sendung, dann haben sie mehr Distanz dazu und identifizieren sich nicht so leicht.

In der Geschichte des deutschen Privatfernsehens hat es eine ähnliche Diskussion schon einmal gegeben. Damals ging es um die nachmittäglichen Talkshows. Auch die waren durchgeplant und gestellt, auch damals mit Laienschauspielern und Laienschauspielerinnen, auch damals viele Be-



denken wegen der klischeehaften, zugespitzten Darstellung der Probleme von Menschen. Damals handelten die Landesmedienanstalten mit den Fernsehveranstaltern einen „Code of Conduct“, einen Verhaltenskodex aus. Die Fernsehmacher gingen eine Selbstverpflichtung ein, sich an bestimmte Regeln zu halten. Die Nachmittags-Talkshows sind Vergangenheit. Gegenwart ist Scripted Reality. Und da gibt es dank der neuen Medien viele interessante Möglichkeiten, die Sendungen noch lebensnäher erscheinen zu lassen. Kommen wir dazu zu der 12-jährigen Ina zurück und zur WG der Sendung „Berlin – Tag und Nacht“. Ina muss nicht auf die Fernsehsendung abends warten, um an den spannenden Abenteuern von *Ole, Carlos, Sofi, Jessica* und den anderen teilzuhaben. Sie kann sich die Sendung wann sie will (und an den Rechner darf) in der Mediathek auf der Homepage von RTL II ansehen. Ina kann die WG aber auch auf Facebook besuchen. Dort stehen Postings, Fotos oder kurze Filmchen der Figuren von „Berlin – Tag und Nacht“. Die kann Ina teilen, kommentieren oder einfach nur liken (Gefällt-mir-Button). Als ob sie doch echt wären, die Figuren. Die Sendung ist für RTL II eine Cross-Media-Erfolgsgeschichte. Das heißt, sie funktioniert nicht nur im Fernsehen. Das ist eine neue Qualität. „Berlin – Tag und Nacht“ wird rekordverdächtig oft zeitversetzt im Internet angesehen – zeitweise mehr als 670.000 Mal in der Woche und hat auf Facebook eine Fangemeinde von über 1,2 Millionen. Von solchen Zahlen können Gewerkschaften nicht mal träumen. Zum Vergleich: die GEW hat auf Facebook an die 1150 Freunde, der DGB-Bundesvorstand knapp 1350.

Ina weiß ganz genau, dass das alles kein echtes Leben ist, was da gezeigt wird. Dass *Sofi, Meike, Francesco* und *Jessica* Schauspielerinnen und Schauspieler sind und Geld dafür bekommen, dass sie auf Facebook posten. Und dass die Filme dort nicht spontan gedreht sind, sondern irgendwie zur Sendung gehören. Trotzdem, so Ina, ist alles irgendwie „voll cool“. Aber wenn sie Rechner und Fernsehen ausmacht, dann ist es auch „voll schön“, sich mal bloß so mit Mama und Papa zu unterhalten, was heute in der Schule alles passiert ist.

Ute Fritzel

Die Autorin ist Pressesprecherin des DGB Hessen-Thüringen und für die GEW und den DGB in der Versammlung der LPR. Dort ist sie stellvertretende Programmausschussvorsitzende und in diesem Jahr Jurymitglied beim „Mediensurfer“.



Medienbildung für Multiplikatoren

Konzeptionelle Vorüberlegungen für eine Lehrplaninitiative

Bei der Verkehrserziehung gibt es die Nervosität wie in der Medienpädagogik nicht. Man orientiert sich am wissenschaftlichen Kenntnisstand zur Entwicklung der Kinder: Es hat keinen Sinn, einem Dreijährigen das alleinige Überqueren der Straße beibringen zu wollen, weil das Kind erst das Abschätzen von Geschwindigkeit lernen muss. Also vermittelt man das wahrnehmungsgerecht mit dem Schuleintritt. Auch den Führerschein macht es erst im reiferen Alter und niemand hätte Angst, dass die Kleine es nicht erlernen würde, wenn sie nicht schon mit vier am Steuer sitzt.

Ohne Rücksicht auf die Kinder

Ganz anders bei der Medienerziehung: Auf die Wahrnehmungsentwicklung der Kinder kann hier keine Rücksicht genommen werden, wenn es um die Ausrüstung von Bildungseinrichtungen und Kinderzimmern mit PCs geht. Sogar in Kindergärten soll das Bildschirmangebot schon Wunder wirken. Im Sinne der Bildungschancen unserer Kinder ist es Zeit, eine ehrliche Debatte zu führen und uns auf die Entwicklungsschritte zu besinnen.

Die heutigen neurobiologischen Forschungen bestätigen die Erkenntnisse von Psychologen wie *Jean Piaget*: Die kognitive Entwicklung läuft in bestimmten Phasen ab, die durch Anregungen verkürzt werden können, deren Reihenfolge aber nicht verändert werden kann. Nach der sensomotorischen folgt eine präoperative Phase. Auch wenn hier bereits erstes symbolisches und vorbegriffliches Denken erlernt wird, so sind beide Phasen stark auf die Erfahrung mit allen Sinnen

angewiesen. Die Entwicklung etwa von mathematischem Verständnis steht mit räumlichem Erfahren direkt in Relation. In der Stufe der ersten konkreten Operationen bleibt das Denken immer noch stark anschaulich. In dieser Phase macht es frühestens Sinn, Bildschirmmedien einzuführen. Wobei allgemein gilt, je später umso besser – denn Kinder verpassen mit diesen mehr als ohne: Elektronische (Bildschirm-)Medien reduzieren die Erfahrungswelt kleiner Kinder, erschweren den Erwerb von Kompetenzen wie Sprechen, Lesen und Schreiben – wie unabhängige Langzeitforschung belegt.

Medienerziehung beginnt spätestens mit dem ersten Bilderbuch. Bereits hier bietet man Piktographien an, die mitentscheiden, ob das Kind später mehr Tiere oder Pokémons kennt. Bücher, die Bildfolgen enthalten, stellen im Kleinkindalter ein reduzierendes Angebot für die Phantasieentwicklung dar. Man kennt das: Liest man eine Geschichte erst, nachdem man die Figuren irgendwo gesehen hat, so sind die Charaktere festgelegt. Einmal gesehene Bilder wird man nicht mehr los. Gerade die wertvollen Effekte des Vorlesens werden durch die heutige Bilderflut gefährdet, Vorstellungskraft und eigene Anstrengung abgebaut.

Medienerziehung beginnt beim ersten Bilderbuch

Es scheint keine Zeit zu sein, sinnvoll Lehrangebote auf die Entwicklungsschritte der Kinder abzustimmen. Dabei weiß man, dass es bis zum Schuleintritt Probleme gibt, Bildsequenzen etwa im Fernsehen richtig in Beziehung zu setzen, so dass ein Ursache-Wirkungsverhältnis erkannt werden könnte. Auf der anderen Seite entwickeln sich die Sinne im späten Vorschulalter sprunghaft und bedürften Anregungen auf allen Ebenen, nicht nur reduzierter visueller. Wenn Kinder aufgrund eines Überangebots zudem ständig „Antworten auf nicht gestellte Fragen“ erhalten, werden Neugier, Ausdauer, Interesse am Hinterfragen von Zusammenhängen und Frustrationstoleranz abgebaut, wie dies *Neil Postman* richtig vorausgesagt hatte. Wichtige reflektierende Kompetenzen werden dann nur schwer erworben. Bildschirmangebote im Vorschulalter machen zwar nervöser, lassen den Kindern aber nicht die gewünschten Inhalte zuteilwerden, wie nicht nur *Manfred Spitzer* belegt. Eine durch flache Monitore reduzierte Erfahrungswelt der Kinder reduziert ihre Entwicklungschancen. Eine andere Reizreduktion ist hingegen sehr sinnvoll: schnittarme, thematisch einheitliche Sendungen für Fernsehanfänger wie z. B. Tennis, eine Sendung pro Woche für Grundschul Kinder und viele Wiederholungen.

Aber nicht die Bildschirmmedien sind das Problem, sondern deren Missbrauch. Die Mängel, die das zu frühe Fernsehen verursacht, können nicht durch vermeintlich aktivere PC-Angebote ausgeglichen werden. Natürlich behauptet Microsoft, Lernsoftware für Kindergarten Kinder würde deren Sprachfähigkeiten erhöhen. Die Broschüre einer Elterninitiative aus der Schweiz „Die trojanische Maus“ klärt auf, dass „Bildungsangebote“ wie „Schlaumäuse“ oder „Schulen ans Netz“ Microsoft-Kampagnen sind, die sich des Bundesforschungs-

Medientag im hr

Medienpädagogische Fachtagung für Grundschullehrkräfte
Donnerstag, 3. 5. 2012, 9–17 Uhr, im Hessischen Rundfunk, Frankfurt, Bertramstraße 6

Der Hessische Rundfunk, die Stiftung Zuhören und der Arbeitskreis Radio und Schule laden ein zur praktischen Zuhörförderung mit Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Audioarbeit mit Kindern (Aufnahmen und Schneiden am Laptop),
- Kinderfunkkolleg, interaktives Wissen für Kinder,
- neue auditive Kindermedien im Unterricht und für Hörclubs,
- Einführung in die Hörclubarbeit,
- Zuhör- und Literacy-Projekte für den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule.

Die Veranstaltung ist akkreditiert. Für die Teilnahme wird eine Gebühr in Höhe von 10 Euro mit Verpflegung erhoben.

- *Anmeldung: www.wissen.hr-online.de, schule@hr-online.de, Fax: 069-1554825, Arbeitskreis Radio und Schule, Bertramstraße 8, 60320 Frankfurt (bitte Namen, Schul- und E-Mail-Adresse angeben)*

und Bundesfamilienministeriums bemächtigt haben. Wenn man den Geldflüssen von Unternehmen wie Microsoft, Nintendo und Electronic Arts (EA) folgt, die im Bundesverband Interaktiver Unterhaltungssoftware (BIU) vertreten sind, wird vieles klar. Der BIU fährt eine ausgeklügelte PR-Strategie: finanziert Studien, fördert „Wissenschaftler“, Messen, Wettbewerbe und Preise, macht Pressearbeit gekoppelt mit Lobbying auf Regierungsebene und im Bundestag. Viele PR-Aktivitäten und Websites (wie z. B. *bildungsklick* und *lernklick.de*) führen zum Redaktionsbüro von *Ute Diehl*. Die Politiker *Dorothee Bär* und *Jörg Tauss* förderten 2007 die Bundestagsinitiative „Wertvolle Computerspiele fördern, Medienkompetenz stärken“, wo der Text verrät, dass es um Wirtschaftsförderung für die IT-Branche und nicht um Medienkompetenz geht. Bär ist für die LAN-Party im Bundestag 2011 mitverantwortlich und wirbt für „Computerspielepädagogik“, wie es auch die Eltern-LAN-Parties tun, die die Bundeszentrale für politische Bildung mit *Turtle Entertainment* ausrichtet. Die bpb gibt medienpädagogische Leitlinien heraus und suggeriert eine offene Diskussion, dabei kooperiert sie mit sämtlichen Institutionen, deren „Forschung“ durch Sponsoringgelder begünstigt wird – wie etwa das Spielraum-Institut der FH Köln, welches von EA und Nintendo finanziert wird. Auch das Sponsoring von AOL und *CompuServe Europa* für die Deutsche Gesellschaft für Medienwirkungsforschung passt ins Schema.

Die Bundestagsenquete zur Fragestellung von Medienkompetenz im Internet zeugt ebenfalls von einer einseitigen Ausrichtung, wo Ausstattungsfragen von Einrichtungen stark im Vordergrund stehen. Die im Zwischenbericht formulierte wichtige Forderung nach Evaluation bezieht sich nur auf neue Projekte, so dass falsche Weichenstellungen fortgeführt werden. Und während von medienscheuen Pädagogen die Rede ist, werden nicht die fehlenden Lehrpläne oder das Fehlen von evaluiertem didaktischem Material moniert. Lehrpläne und geprüfte Materialien zu erstellen, ist die Aufgabe der Kultusministerien und nicht der Landesmedienanstalten oder gar der Industrie (z. B. Mediasmart). Hingegen wird es *Achim Berg* von Microsoft in der FAZ ermöglicht zu behaupten, dass Computer die Bildungsschere zwischen Arm und Reich schließen, obwohl Langzeitstudien das Gegenteil beweisen. Beratungsangebote wie *klicksafe.de* sind ebenfalls gesponsert und lassen, neben einigen nützlichen Tipps, Eltern und Pädagogen oft im Stich, weil bestimmte Prämissen nicht in Frage gestellt werden, wie etwa die Frage nach der Wirkung von Gewalt sowie der Werbetrick, dass der Zugang zu Bildschirmmedien „so früh wie möglich“ geschehen solle. Und wer Antolin einsetzt, sollte an die Einführung in den digitalen Datenschutz denken. Grundsätzlich gilt die Leitfrage: Wird Technik eingesetzt, um vorhandene Fragestellungen zu lösen, oder werden Fragestellungen erfunden, um Technik einsetzen zu können? Die systematische Entwertung von Lehrkräften und Eltern durch Behauptungen der Medienindustrie führt immer früher zum Konsum elektronischer Spiele und Netzwerke oder gar in eine Suchtproblematik.

Es mag enttäuschend sein für die Beschwörer des technischen Fortschritts, dem *sui generis* bildende Implikationen nachgesagt werden. Das Erlernen von Lesen und Schreiben, am besten mit zehn Fingern auf der Tastatur, bleibt einem nicht erspart. Ausdauer und Kritikfähigkeit fördert man nicht durch das Zuschütten mit fertigen Produkten und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Die nötigen Kompetenzen, die jemand, wenn sie gebraucht werden, lernt, sollten nicht länger davon ablenken, dass wir einen Lehrplan für



eine systematische Medienbildung in Schulen benötigen, der sich an der Wahrnehmungsentwicklung der Kinder orientiert. Neben einer Evaluation bereits vorhandener Module bedarf es auch der Ergänzung fehlender Aspekte, die bisher auf Grund der IT-gesteuerten Ausrichtung fehlen. Zum Lehrstoff muss mindestens gehören:

- Medienberufe und das Wirken von Medienmachern
- Auswahl und Bearbeitung von Medienmaterial (Print, Audio, TV, Online)
- Effekte von Schnittfolgen, Vertonung, Musikeinspielungen, Lichteffekte, Layout etc.
- Fähigkeit zur Recherche und Quellenbewertung sowie zum Erkennen und Analysieren offener und subtiler Werbung
- Medienrecht, Medienwirtschaft und Medientechnik
- Mediensucht
- Datenschutz, Recherchespuren und selbstbestimmte Mediennutzung
- Kostenfallen (TV-Shopping, Kauf-Items in Browser-Games, Handy, Apps etc.)
- Rollenstereotype und Rollenmodelle in Darstellungen
- Gewaltverherrlichung und -verharmlosung
- Image-literacy (Bildlehre, Symbolik)
- Moderne Formen von Propaganda oder Public Relations
- Lobbying: Vierte und Fünfte Gewalt und Desinformationskampagnen in Wirtschaft und Politik

Während man fast alle Inhalte sowohl rezeptiv als auch produktiv im Sinne von *learning by doing* vermitteln kann, darf in einer demokratischen Gesellschaft die Reflexion von Meinungsbildungsprozessen nicht zu kurz kommen.

Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung

Eine Langfassung des Artikels mit Quellenangaben und weiterführenden Literaturhinweisen findet man auf der Homepage der GEW Hessen: www.gew-hessen.de > Publikationen > HLZ

Fortbildung zur Medienbildung

Ein Seminar des Instituts für Medienverantwortung (IMV) „Was Multiplikatoren über Medienbildung wissen müssen“ findet am 20.7.2012 von 13 bis 18 Uhr in den Räumen des IMV in Erlangen statt. Die Seminarleitung hat *Dr. Sabine Schiffer*, der Beitrag beträgt 80 Euro (ermäßigt 50 Euro). Anmeldeschluss ist am 13.7.

- *Infos und Anmeldung:* info@medienverantwortung.de, www.medienverantwortung.de



Digitale Lernszenarien

Social Media als pädagogische Herausforderung

Unsere Mediengesellschaft befindet sich im Umbruch. Der bisher passive Konsument von Produkten und Dienstleistungen kann zum aktiven und mündigen Kommunikator werden. Während bisher ein Unternehmen, eine Institution oder eine Organisation Nachrichten an viele schicken konnte (one-to-many), ergibt sich jetzt für alle aktiven Nutzer des Web 2.0 (neuerdings Social Media genannt) die Möglichkeit, mit Hilfe von Sozialen Netzwerken (z.B. Facebook), Weblogs und Wikis Informationen in das Netz zu stellen und sich in den Diskurs gesellschaftlicher Kommunikation einzumischen (many-to-many). Die Web-2.0-Bewegung stellt die Partizipation der Nutzer in den Vordergrund.

Neue Formen des dezentralisierenden Dialogs eröffnen sich, neue individuelle und kollektive Kommunikationsformen bilden sich heraus. Kommunikationsformen wie Soziale Netzwerke (SNS), Blogs, Twitter, Instant Messaging (IM), Podcasts und Wikis verkörpern eine neue Partizipationskultur, die nicht an reale Orte gebunden ist. Mit Handys, Smartphones, MP3-Player und (Video-)iPods ist mobile Kommunikation möglich. Dies führt zu einer Auflösung des Raums als Bedingung für Kommunikation. Es ist zu vermuten, dass diese Entwicklung auch Auswirkungen auf die Pädagogik haben wird. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man sich die Web-2.0-Generation genauer anschaut. Doch zuvor möchte ich auf einige strukturelle Veränderungen aufmerksam machen.

Eine veränderte Kommunikationskultur

Ein Blick auf die strukturellen Veränderungen verweist auf sich verändernde gesellschaftliche Anforderungen und eine veränderte Kommunikationskultur:

- Die Massenausbildung ist ein Produkt der Industriegesellschaft. In der Wissensgesellschaft dominieren individuelle Produktionsabläufe und Flexibilität, die durch einen molekularen Ansatz geprägt sind.
- Der effiziente Umgang mit Wissen wird in Zeiten von globalisierten Märkten zusehends zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil.
- Infolge dieser Entwicklung kommt es zu einer Entgrenzung des Lernens. Raum und Zeit als Bedingung für Lernen lösen sich auf. Gelernt werden kann überall.

GEW-Studie und Tipps zum Thema Cybermobbing

Die GEW hat sich mit dem Phänomen des Internet-Mobbing auseinandergesetzt und eine Umfrage durchgeführt, die das Ausmaß der Betroffenheit von Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern zeigt. Ebenso hat die GEW nützliche Tipps und Hinweise zum Umgang mit Internet-Mobbing zusammengestellt.

- www.gew.de > Suche: *Internet-Mobbing*

- Die Ausbildung in der Jugendphase genügt nicht mehr, um sich lebenslang zu qualifizieren.
- Das Internet ist geprägt von Hypertexten, die als Fragmente delinear miteinander verknüpft sind. Es gibt keine lineare, hierarchisch gegliederte Struktur.
- Durch Weblogs, Wikis und RSS-Feeds (really simple syndication) werden die digitalen Info-Stückchen immer kleiner.
- Die Metaerzählung verliert an Bedeutung. An ihre Stelle treten Heterogenität, Mikroelemente und eine fraktale Dynamik.
- Intersubjektivität tritt verstärkt an die Stelle der Vermittlung objektiven Wissens.
- Das kooperative und kollaborative Lernen erhält eine immer größere Bedeutung. Damit wird die soziale Konstruktion der Wissensgenerierung stärker hervorgehoben.

Individualisierung im Web 2.0

Die gegenwärtige Jugend-Generation ist vom Web 2.0 geprägt. Individualisierung und Subjektorientierung werden durch den Umgang mit Kommunikationsstrukturen im Web 2.0 gefördert. Im Internet vermischen sich nicht nur Öffentlichkeit und Privatheit, sondern auch Professionalität und Amateurhaftigkeit. Bezüge werden nicht über fachliche Kompetenz, sondern über gleiche Interessen oder Zugehörigkeiten zu Communities hergestellt. Authentizität wird gesucht, die subjektiv nachvollziehbare Information. Der Freund eines Freundes (schwache Beziehung) wird als glaubwürdiger angesehen als die Webseite einer seriösen Tageszeitung. Durch Rückkanäle gibt es Austausch und Feedback (Trackback, Feeds, RSS), somit entstehen dialogische Kommunikationskulturen und eine höhere Transparenz.

Die Matrix von Web 2.0 lautet gemeinsame Intention, Personenorientierung, Freiwilligkeit der Teilnahme, eine auf dem Tauschprinzip beruhende Beziehung und ein personenbezogenes Beziehungsgeflecht, das ein gemeinsames Basisinteresse hat, das bei aktuellen Anlässen aktiviert wird. Beteiligung und Engagement sind somit Grundprinzipien der Kommunikationskultur im Web 2.0.

Die User erzeugen in den sozialen Netzwerken Inhalte und tauschen sie untereinander aus. Ganz wesentlich wird hier mit Hilfe der digitalen Medien Beziehungsarbeit geleistet. Tauschdienste fördern die Bildung von Communities. Es gibt keinen Gatekeeper, jeder kann sich beteiligen und die ins Netz gestellten Daten kommentieren, womit eine dialogische Kommunikationskultur gefördert wird.

Open Source nennt man eine Anwendung, bei der der Quelltext einer Software (z.B. das Betriebssystem Linux) und Inhalte von allen Interessierten verändert werden können. Die Nutzer (ProdUser) werden zu Ko-Entwicklern der Plattformen. Open-Source-Anwendungen und -Produkte zeichnen sich durch Unfertigkeit und Vorläufigkeit aus (Beta-Versionen). Die Formung und Entwicklung geschieht durch eine wachsende Community. So entstehen z. B. in den Wikis (u.a.

Wikipedia) „Lernende Texte“ (kollektive Intelligenz), da sie jeweils nur den gegenwärtigen Stand eines Bearbeitungsprozesses abbilden.

Web 2.0 für neue Lernkulturen nutzen

Bereits ein Viertel der Jugendlichen beteiligt sich aktiv am Web 2.0 und produziert mehrfach die Woche eigene Inhalte, stellt Bilder, Videos oder Musikdateien ins Netz oder verfasst Beiträge in Blogs und Newsgroups. Weit mehr Jugendliche nutzen Web-2.0-Angebote. Sie sind es gewohnt, dass ihr Zugang zu Wissen und Information interessegeleitet ist, dass Interaktion und Kommunikation wesentliche Aspekte bei der Aneignung neuer Wissenskomponenten bilden. Im Umgang mit dem Web 2.0 werden sie zu aktiven Produzenten. Nicht kognitiv-rationale Entscheidungen (lineare Klassifikationen) oder sequentielle Wahrnehmungsprozesse (wie z. B. beim Lesen) werden durch das Web 2.0 gefördert, sondern eher das assoziative und kombinatorische Denken. Vor allem haben sie die Erfahrung gemacht, dass es möglich ist, individuell und bezogen auf das Eigeninteresse Neues zu erkunden. Das prägt ihre Erwartungshaltung.

In ihrem Wahrnehmungssystem konstituieren sich durch die Nutzung dieser Technologien synaptische Verschaltungen in ihrem Gehirn, die ihr Lernverständnis und damit auch ihre Aneignungsweise von „Wirklichkeit“ nicht unberührt lassen. Will man Lernende da abholen, wo sie sind, bedarf es der produktiven Auseinandersetzung mit deren durch Web 2.0 geprägten Art und Weise der Aneignung von Wirklichkeit. Die Integration von Web-2.0-Technologien (u. a. Wikis, Weblogs, RSS, SNS, Podcasts, Social Bookmarking) in den Lernprozess könnte somit innovative Impulse für den pädagogischen Alltag eröffnen. Doch der Einsatz dieser Technologien alleine genügt nicht. Entscheidend dabei ist die Akzeptanz der durch Web 2.0 zum Ausdruck kommenden neuen Lernphilosophie.

Unser Bildungssystem steht vor der Herausforderung, auf diese Entwicklung zu reagieren. Die Nutzbarmachung der Web-2.0-Philosophie erfordert ein Lernverständnis, das insbesondere aus konstruktivistischer Perspektive seit Jahren gefordert wird, aber sich in der Praxis kaum durchgesetzt hat. Lernen wird ausgehend von diesem Verständnis als Aufbau, Ergänzung oder Umbau eines in der Wahrnehmung der Lernenden subjektiven Konzeptsystems über die Welt verstanden. Demgemäß bedarf es der Notwendigkeit, sich an den vorhandenen Einstellungen, Deutungen, Lernpräferenzen und Wahrnehmungsstrukturen der Lernenden zu orientieren. Die Verknüpfung neuen Lernens mit den Konzeptsystemen der Lernenden wird zur großen Herausforderung.

Nicht der Lehrende, sondern der Lernende steht im Mittelpunkt der didaktischen Bemühungen. Das Lernen ist ein selbstgesteuerter und sozialer Prozess. Es kommt zu einem Zusammenspiel von Lehrenden, Lernenden und Inhalt. Nicht nur die Inhalte, sondern auch die pädagogischen Arrangements sind dabei entscheidend.

Selbstgesteuert ist ein Prozess, bei dem die Lernenden bereit und fähig sind, ihr Lernen eigenständig zu planen, zu organisieren, umzusetzen, zu kontrollieren und zu bewerten, sei es in Kooperation mit anderen oder als Einzelne. Selbstgesteuertes Lernen erlaubt:

- Autonomie erleben
- Kompetenz erleben
- das beglückende Gefühl des Selbstmachens
- das Erleben sozialer Einbindung



- eine egalitäre kommunikative Beziehungskultur
- neue Umgangsweise mit der Welt
- Produktionslust und Faszination

Während bei den konstruktivistischen Lernphilosophien eher ein individualistisches Lernverständnis im Hintergrund steht, fördern die Kommunikationskulturen im Sozialen Web das kooperative und das kollaborative Lernen, daher bedarf es neuer Lernmodelle.

Konnektivismus als Lernmodell der Zukunft

In naher Zukunft ist zu erwarten, dass Konnektivismus das neue Lernmodell der Zukunft sein wird. Konnektivismus versteht sich als eine Lerntheorie, die sich auf digitale Lernszenarien stützt. Letztlich geht es um den Einfluss von Technologie auf unser Leben, unsere Kommunikation und unsere Art und Weise zu lernen. Der Lernende wird nicht als isoliertes, sondern als vernetztes Individuum gesehen. Im Kontext des Lernprozesses bilden sich Netzwerke zu anderen Menschen. Auf diese Menschen, aber auch auf nicht-menschliche Quellen kann jederzeit „zugegriffen“ werden.

Die Vernetzung geschieht über Knoten und Verbindungen. Der Knoten wird als zentrale Metapher für das Lernen angesehen. Ein Knoten kann die lernende Person sein oder auch andere Personen, aber auch Quellen wie Internetseiten, Grafiken und Bücher. Lernen wird als Prozess angesehen und bedeutet, neue Verbindungen zu anderen Knoten anzulegen und somit ein Lernnetzwerk aufzubauen. Das Lernverständnis des „Wissen wie“ und des „Wissen was“ wird durch das „Wissen wo“ ersetzt, das Verständnis darüber, wo Wissen zu finden ist, wenn man es braucht. Somit wird das Lernen des Lernens und damit das Meta-Lernen immer wichtiger.

Der *Horizon-Report 2012* (Trends im E-Teaching) identifiziert sechs aktuelle Technologie-Trends, die vermutlich diesen Prozess fördern werden: mobile Apps, Tablet-Computer, Game based Learning, Learning Analytics (Analyse der Lernkontexte des Lerners), Gesture based Computing (Gesten steuern den Computer) und das *Internet of Things* (Vernetzung von Gegenständen mit dem Internet).

Prof. Franz-Josef Röhl

Der Autor ist seit 1999 Professor im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt mit dem Schwerpunkt Neue Medien und Medienpädagogik.



Computerabhängige Kinder

Jede Sucht ist eine Sehnsucht und eine Vereinseitigung

Der moderne Mensch verbringt den Großteil seiner Freizeit im Internet, vor dem Fernseher, am Handy, hinter Zeitungen. Wir lassen uns medial überfluten.

Der Alltag wird vom Terminkalender unserer Smartphones und Notebooks bestimmt, wir haben keine Ruhe und Muße mehr und unsere Kinder ahmen uns nach. Ihre Lese- und Erlebnisfähigkeit verkümmert. Was tun? Mathias Jung analysiert in seinem neuen Buch „Keine Zeit. Atempausen im

Tatsächlich beschert uns die Digitalrevolution kommunikative Errungenschaften, von denen der utopische Schriftsteller Jules Verne (1828-1905) noch träumte: das Bildtelefon. Wenn wir zum Beispiel mit unserer Tochter, die als Au-pair-Mädchen ein Jahr in den USA lebt, mitsamt ihrer Gastfamilie auf dem Bildschirm sprechen, also *skypen* können, ist das schon eine verdammt tolle Sache. Aber was ist, wenn im Fernsehen jede Banalität rund um die Uhr kommuniziert und zur Unkenntlichkeit zerschwätzt wird? Der frühere Bundespräsident Johannes Rau drückte sein Unbehagen 2004 so aus: *„Meine Sorge ist, dass wir zu sehr in eine Talkshow-Gesellschaft kommen, in der alles zum Event gemacht wird, in der nicht mehr das Ereignis und das Nichtereignis voneinander unterschieden werden. Und meine Sorge ist, dass wir uns zu Tode plaudern.“*

Noch schwieriger wird es bei Kindern und Jugendlichen. Computer, Satellitenfernsehen, Spielekonsolen und Smartphones verändern ihr Leben. Etwa fünfeinhalb Stunden am Tag verbringen Jugendliche in Deutschland im Durchschnitt mit digitalen Medien. Im ZEIT-Magazin (34/2010) bezeichnet sich die 18-jährige Julia tapfer als *digital native*, als digitale Einheimische. Sie konstatiert:

„Ein Leben ohne Internet können wir uns nicht vorstellen. Wir chatten statt zu reden, lesen Nachrichten auf dem Bildschirm statt in der Zeitung und verbringen täglich unzählige Stunden auf Facebook. Das alles machen wir beinahe gleichzeitig, denn wir sind Meister des Multitasking. Wir Vernetzten, das sind 97,5% unserer Altersgruppe in Deutschland.“

Wie das aussieht, schilderte mir eine andere Mutter:

„Moritz (Name geändert, M. J.) hockt am sonnigsten Sommermittag nach der Schule bis zum Abendessen in seinem abgedunkelten Zimmer vor dem Computer. Er ist fixiert auf diesen, verzeih mein Wort, Scheißkasten. Er spricht nicht mit uns. Er treibt nicht mehr wie früher Sport. Noch vor zwei Jahren lief er jeden zweiten Tag im Winter in der Eissporthalle Schlittschuh, im Sommer spielte er dreimal in der Woche Handball. Jetzt versinkt er in die Welt seiner magischen Computerspiele. Gewiss, dieser künstliche Kosmos ist fantastisch. Er entwickelt, glaube ich, viel Freude in Parallelwelten. Aber all das ist fiktiv, unwirklich, führt ihn von der Realität in eine Wunschwelt. Dagegen stinkt ihn die Schule an, wie er sagt. Sie ist natürlich im Vergleich zu seinen virtuellen Paradiesen grau und eintönig. Dort ist er nicht mehr der Held seiner Größenfantasien, der Weltraumritter und Rächer aller Unterdrückten, sondern der 15-jährige Problemschüler mit einem ‚genügend‘ in Deutsch und einem ‚ungenügend‘ in Mathematik. Körperlich mache ich mir in letzter Zeit um ihn Sorgen. Moritz ist bleich wie ein Engerling. Er schläft

Zeitalter der Beschleunigung“ die Gefährdungen und Chancen des neuen digitalen Zeitalters aus psychologischer und kulturphilosophischer Sicht und anhand zahlreicher Fallbeispiele. Sein besonderes Augenmerk gilt dem Phänomen Zeit im Zusammenhang mit Alter und Tod, sozialem Engagement und Liebe. Wir veröffentlichen im Folgenden einen Auszug aus dem zweiten Kapitel „Zeitspender und Zeitdiebe: Internet, Blackberry, Spielekonsolen“.

schlecht, weil er noch bis in die Nacht vor dem Bildschirm sitzt. Er hat zugenommen, weil er dabei ständig Schokoriegel isst und dazu Cola trinkt. Ich fühle mich machtlos dagegen.“

Was passiert im Gehirn?

Was passiert im Gehirn dieser Kinder und Jugendlichen, die Tag für Tag stundenlang vor ihren Monitoren sitzen? Antwort: Ihr Gehirn spezialisiert sich einseitig. Nach Gerald Hüther prägt das Gehirn dieser Computerkids einseitig bildhafte Vorstellungen, das heißt „Visuelle Kompetenz“ (Hüther), aus. Das geht auf Kosten der übrigen Sinne. Sie werden nicht oder kaum in das zerebrale Netzwerk integriert. Die kognitiven Leistungen des Jugendlichen werden einseitig auf den Monitor fixiert. Moritz' Mutter, Lehrerin und studierte Germanistin, erläuterte mir:

„Moritz' Wortschatz und Begrifflichkeit verringern sich sichtbar. Er liest praktisch nicht mehr. Er tut sich bereits schwer, eine Erzählung, die sie im Schulunterricht durchnehmen, zusammenzufassen und wiederzugeben. Ich erkenne ihn nicht wieder.“

Selbstverständlich kann das Internet auch eine geradezu klassische moderne Instanz zur Förderung der Demokratie sein. Mit Hilfe dieser sozialen Medien wurden im Jahr 2011 unverrückbar scheinende nordafrikanische Diktaturen wie in Ägypten, Tunesien und Libyen gestürzt. Die Völker erhalten durch die neuen technischen Möglichkeiten Formen der Beteiligung im Sinne einer Basisdemokratie. Onlinesein oder Nicht sein, das ist hier die Frage.

Ermahnungen und Überredungskünste verfehlen ihr Ziel. Es ist sinnlos, den computersüchtig gewordenen Söhnen oder Töchtern den Computer wegzunehmen oder einfach nur die Nutzungszeiten einzuschränken. Dann macht der Erziehungsberechtigte den zweiten vor dem ersten Schritt. Denn jede Sucht ist eine Sehnsucht und zugleich eine Vereinseitigung.

Es ist ein Teufelskreis: Die Erlebnisarmut projiziert die Computerflucht. Die Computerflucht führt zur Erlebnisverarmung. Und so dreht sich der verhängnisvolle Zirkel weiter. Dem derart reduzierten Kind geht es, pointiert formuliert, wie den drei viel zitierten Affen: Es sieht nichts, hört nichts, redet nichts. Schmecken, Riechen, Tasten, Greifen verkümmern. Das Gehirn, genauer der Assoziationskortex, hat gleichsam nur noch einen Eingang; er ist stur auf den flimmernden Bildschirm gerichtet. Augenärzte berichten inzwischen verstärkt von Augenschäden und sich vorzeitig erhöhenden Dioptrienzahlen der Jugendlichen. Demgegenüber

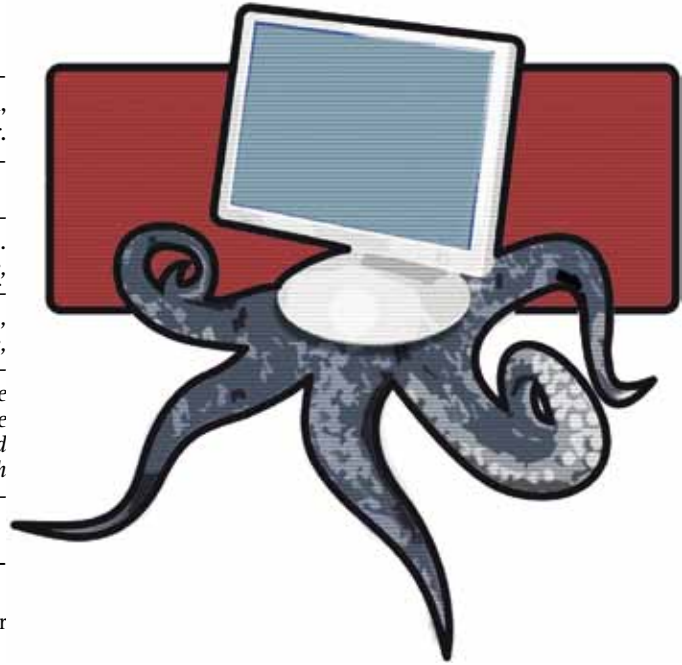
ist das Gehirn häufig spielender, sportlicher und mit Freunden direkt agierender Kinder, wie Gehirnforscher beobachten, komplexer, intensiv verschalteter und modifikationsfähiger.

Hier wird deutlich, worin die Heilung der Computersucht liegt:

„Man kann Kompetenzen entwickeln und Vertrauen in die Fähigkeit, sich im realen Leben zurechtzufinden, wieder stärken. Aber es geht nicht, solange alles so bleibt wie es ist – zu Hause, in der Schule, in der Freizeit, also im realen Leben der betreffenden Kinder und Jugendlichen. Sie brauchen echte Aufgaben, an denen sie wachsen können. Sie brauchen konkrete Probleme, die sie meistern können. Sie brauchen interessante Entdeckungen, die sie machen können, auch eigene Entscheidungen, die sie treffen können. Sie brauchen also eine andere Lebenswelt, eine Welt, die sie sicher erschließen können, in der sie wichtig sind und in der sie sich mit ihren Begabungen und Fähigkeiten auch wirklich angenommen fühlen, in der sie sich nicht benutzt fühlen, sondern gebraucht werden.“ (Gerald Hüther)

Mathias Jung: Keine Zeit. Atempausen im Zeitalter der Beschleunigung, 204 Seiten, 15,80 Euro

mit freundlicher Genehmigung von Autor und Redaktion aus: Der Gesundheitsberater 12/2011, emu-Verlag



Keine neue Qualität

Jugend und Politik in Zeiten des Web 2.0

Erhöht die Kommunikation im Web 2.0 die Möglichkeiten zur Partizipation?

Heinz Moser: Viele Jugendliche lesen Botschaften von unterschiedlichen sozialen oder politischen Gruppen auf Facebook und schreiben dort kurze Mitteilungen. Mitunter schauen sie sich Filme auf YouTube an – auch das Schneiden eines kleinen Filmes über YouTube ist Jugendlichen heute geläufig. Die aktive Partizipation nimmt zu, denn es wird immer leichter, eigene Beiträge ins Netz zu stellen, etwa indem man einen eigenen Blog mit wenigen Klicks einrichtet. Doch oft wird die aktive Beteiligung am so genannten „Mitmach-Web“ überschätzt.

Kann man vom Web 2.0 eine Wiederbelebung der politischen Beteiligung bei jungen Leuten erwarten?

Da die Popularität von SchülerVZ und StudiVZ nachgelassen hat und Facebook nun Millionen junger Internetnutzer in seinen Bann zieht, wird dieses Portal bei Wahlen – nach dem Beispiel von Obamas Kampagne – eine wichtige Rolle spielen. Charakteristisch ist, dass man über Facebook keine langen Botschaften transportieren kann. Vielmehr will die Botschaft kurz und knapp sein. Das liegt daran, dass der Sprachgebrauch bei Sozialen Medien anders ist als in der herkömmlichen Politik. Ob Facebook wirklich neue Wählerschichten anziehen kann, ist eher fraglich. Bei meiner Studie wurde deutlich, dass sich vor allem jene jungen Leute bei Facebook politisch artikulierten, die sich ohnehin schon für Politik interessieren. Die politischen Parteien beauftragen immer häufiger Werbeagenturen, Strategien zu entwickeln, die junge Wähler über Soziale Medien an sie binden.

Wie kann es sein, dass Jugendliche, die die Programme der politischen Parteien kaum kennen, im Internet politisch Einfluss nehmen können?

Man klickt mit der Computermaus auf den „Gefällt mir“-Button und tritt dann einer politischen Facebook-Gruppe unverbindlich bei. Man tut dabei lediglich seine Überzeugung zu einem bestimmten Thema kund. Weil man bei Facebook nicht selten in Kontakt mit mehreren hundert Freunden steht, tritt ein viraler Effekt ein – die Freunde im Netzwerk tendieren dazu, ebenfalls auf „Gefällt mir“ zu klicken. Ich kann mich auf diese Weise mit einem Klick als Anhänger einer politischen Gruppierung zu erkennen geben, ohne einer politischen Partei beizutreten. Das sieht man an Stuttgart 21, ein Ereignis, das Gegner und Befürworter des Bahnprojektes gleichermaßen mobilisiert. Es sind beide Seiten vertreten und beide versuchen, sich mit einer größeren Zahl von Freunden und Anhängern zu übertrumpfen.

Was folgt daraus für die Medienpädagogik?

Es muss darum gehen, Jugendliche gegen den Medienhype um Facebook auch kritisch zu machen – zum Beispiel bei den eigenen Profileinstellungen, aber auch gegenüber der zunehmenden kommerziellen Vereinnahmung von Facebook.

Heinz Moser ist Dozent an der Pädagogischen Hochschule Zürich und Honorarprofessor an der Universität Kassel. Er lehrt im Bereich der Medienpädagogik und führt das Blog Medienwelten. Seine neue Studie „Facebook und das politische Internet“ erschien 2011 in der Online-Zeitschrift MedienPädagogik. Das Gespräch führte Arnd Zickgraf; die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung aus: Klett Themendienst Schule Wissen Bildung November 2011

Arbeitsbedingungen in der Ausbildung

Am 11. Januar 2012 veranstaltete die GEW eine Fachtagung für Ausbilderinnen und Ausbilder, die um die Frage kreiste: „Was können wir gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen tun?“ *Jochen Nagel* stellte in seiner Begrüßungsansprache die Sparmaßnahmen in der Ausbildung in den Zusammenhang der mit der Schuldenbremse gerechtfertigten anderen Sparmaßnahmen, die die Qualität des Bildungswesens und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern. *Franziska Conrad* vom Referat Aus- und Fortbildung präsentierte die neuesten Berechnungen des Kultusministeriums bezüglich der Arbeitszeit der Ausbilderinnen und Ausbilder: Trotz aller Proteste von allen an Ausbildung Beteiligten und der Argumente des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) wird es bei der drastischen Kürzung der Ressourcen in der Ausbildung bleiben. Für die Ausbildung einer Lehrkraft im Vorbereitungsdienst (LiV) werden 4,75 Zeitstunden pro Woche zugewiesen. Damit sollen alle im Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) und in der Durchführungsverordnung (HLbG-DV) festgelegten Leistungen beglichen werden, inklusive Verwaltungsaufgaben, Qualitätsentwicklung des Studienseminars, Krankheitsvertretung und Personalratsarbeit. Durch den Vergleich mit der „Vergütung“ der gleichen Aus-

bildungsleistungen nach der alten HLbG-UVO und der novellierten HLBGDV wurde deutlich, dass besonders die Zeit für individuelle Beratung um zwei Drittel gekürzt wurde. Auch werden die Modulveranstaltungen jetzt schlechter als nach der alten Verordnung vergütet. Die nach umfangreichen Rückmeldungen vorgenommene Erhöhung der Ressourcen für die Unterrichtsbesuche gehen zu Lasten des Pools, aus dem Seminarentwicklung, Verwaltung, beratende Unterrichtsbesuche, Modulprüfungen, Krankheitsvertretung und Personalratsarbeit „bezahlt“ werden sollen.

Über 50 anwesende Ausbilderinnen und Ausbilder stellten heraus, dass der gekürzte Faktor zu großer Arbeitsverdichtung und zu Arbeitszeiterhöhung bis zu 20% führe. Auch wurde deutlich gemacht, dass Unterrichtsausfall bei Ausbilderinnen und Ausbildern und daher Konflikte mit den Ausbildungsschulen vorprogrammiert seien. Auch werde die Motivation der Schulen, LiV auszubilden, durch die Erhöhung der Anrechnung auf 8 Stunden beeinträchtigt. Heftig kritisiert wurde auch, dass Kultusbürokratie und Amt für Lehrerbildung (AfL) den Faktor bereits für Seminare verpflichtend machten, bevor das Mitwirkungsverfahren mit dem HPRL endgültig abgeschlossen war.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der folgende Forderungen aufgestellt wurden:

- Anrechnungsstunden für Mentorinnen und Mentoren
- keine Streichung von Ausbilderstellen und Ausbildungsaufträgen
- keine Verschlechterung des Zuweisungsfaktors
- keine Arbeitszeiterhöhung für Ausbilderinnen und Ausbilder, sondern Zuweisung von Ressourcen für Ausbildung, die sich an den real zu erbringenden Ausbildungsleistungen und -zeiten orientieren, d. h. Zuweisung von mindestens 5,2 Wochenstunden für die Ausbildung pro LiV und Rücknahme der geplanten Erhöhung des Anrechnungsfaktors pro LiV an den Schulen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung fand eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die

Grünen und Die Linke statt. Die Regierungsfractionen schickten keinen Vertreter. Einmütig sprachen sich *Heike Habermann* (SPD), *Matthias Wagner* (Bündnis 90/ Die Grünen) und *Barbara Cardenas* (Die Linke) gegen Sparmaßnahmen in der Ausbildung aus. Sie kritisierten die chaotische Politik und die Widersprüche zwischen den Regierungsparteien in Sachen Lehrerausbildung. Was die Perspektiven der Lehrerausbildung betrifft, plädierte Matthias Wagner für ein Praxissemester in der 1. Phase der Lehrerausbildung. Heike Habermann dagegen vertrat die Position, dass ein Praxissemester zu teuer sei. Sie rückte den Verzicht auf die zweite Phase zugunsten einer Berufseinstiegsphase in den Blick, in der die Studienseminare einbezogen werden sollen. Barbara Cardenas votierte für eine gleiche Lehrerausbildung für alle Lehrämter und für eine Ausbildung, die die Lehrkräfte befähigt, mit der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler umzugehen und mit allen Institutionen der Jugendarbeit und Jugendpflege zu kooperieren. Auch müsse die Erzieherausbildung auf Hochschulniveau erfolgen.

Als ob es mit den Sparmaßnahmen in der Ausbildung noch nicht genug wäre, landete Ende Januar erneut eine Schreckensbotschaft von Kultusministerium und AfL in den Seminaren: Die Fortbildungsveranstaltungen der Studienseminare seien auszusetzen: „Die frei werdenden Stellenanteile sind in den Unterricht abzuführen.“ Drückt die Sprache dieses Erlasses bereits die Dominanz technokratischer Denke aus, so sind die Folgen für Unterrichts- und Schulentwicklung ähnlich deprimierend. Die Streichung von Fortbildungsangeboten an der Nahtstelle von Theorie und Praxis beispielsweise zur Einführung des kompetenzorientierten Unterrichts und der Inklusion bedeutet Frustration für alle Beteiligten. Da die frei werdenden Ausbilderstunden in die Systeme Ausbildung und Unterricht äußerst kurzfristig eingebaut werden mussten, brachte der Erlass Chaos in die Verwaltung. Und letztlich sind die Schülerinnen und Schüler die Leidtragenden, denn sie hätten von der Verbesserung der Unterrichtsqualität durch Fortbildung profitiert.

Franziska Conrad



Tarifeinigung mit der ASB-Lehrerkooperative

Der Kampf der Beschäftigten der Lehrerkooperative e.V. und ihrer GEW-Gesellschaft für bessere Arbeitsbedingungen reicht viele Jahre zurück. Eine reichlich engstirnige Geschäftsführung des Frankfurter Vereins, der, anders als der Name vermuten lässt, Träger vor allem von Kindertageseinrichtungen ist, tat alles, um das Ziel der Beschäftigten zu torpedieren, die gleichen Bezahl- und Arbeitsbedingungen wie bei der Stadt Frankfurt durchzusetzen. Es kam zu Warnstreiks, endlos zähen Verhandlungsrunden und einem Erzwingungsstreik. Mehr noch: Ein Auto steuerte absichtlich in eine Streikversammlung vor der Geschäftsstelle und verletzte dabei eine Streikende. Eine haltlose Strafanzeige gegen einen Gewerkschafter verlief selbstverständlich im Sande.

Schließlich kam Ende 2010 kurz vor Weihnachten das Aus für die alte Lehrerkooperative, bei der insgesamt knapp 400 Personen beschäftigt waren. Aus dubios anmutenden Gründen meldete die Geschäftsführung Insolvenz an. Eine erhebliche Summe, so die plötzliche Erkenntnis, war in der Vergangenheit aus den Kassen des Vereins verschwunden; bis heute sind die Details dieser Angelegenheit nicht vollständig aufgeklärt.

Nach fast einem Jahr Insolvenzverwaltung, einer Zeit, die natürlich für die Beschäftigten mit großer Unsicherheit verbunden gewesen war und in der viele die Lehrerkooperative verlassen hatten, übernahm der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) in Hessen am 1. November 2011 den Betrieb des Vereins. Allerdings

wurde die Erasmus-Schule im Laufe des Insolvenzverfahrens als eigenständige gGmbH abgetrennt.

Für den ASB geht es seitdem nicht zuletzt darum, das Vertrauen der Beschäftigten in eine gesicherte Zukunft der Lehrerkooperative wiederherzustellen. Auch deshalb gelang es der GEW, mit der neuen Geschäftsleitung der Lehrerkooperative zum ersten Mal überhaupt tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen. Zum 1. November 2011 trat zunächst ein Beschäftigungssicherungstarifvertrag in Kraft, der die Rechte der Arbeitnehmer im Rahmen des Betriebsübergangs verbesserte. Kurz vor Weihnachten einigten sich beide Seiten auf Regelungen zu den Gehältern. Dabei handelt es sich um einen ersten Schritt zu unserem Ziel, dieselbe Bezahlung wie bei der Stadt Frankfurt durchzusetzen. Im Einzelnen verständigten sich beide Seiten nach erfreulich sachlichen Verhandlungen über folgende Punkte:

- Anhebung der Gehälter für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die bisher in der Stufe 5 der alten Bezahlungssystematik eingruppiert sind, um rund 10 % ab 1. Januar 2012
- 240 Euro Einmalzahlung für alle Beschäftigten im Juli 2012 (Teilzeitkräfte anteilig)
- 50 Euro Einmalzahlung für Praktikantinnen und Praktikanten im Juli 2012 (Teilzeitkräfte anteilig)
- Verhandlungen über Gehaltsverbesserungen für die Beschäftigten in den Kitas ab Ende März 2012

Insbesondere in Hinblick auf Kita-Beschäftigte, die bei der Lehrerkooperative schon längere Zeit tätig sind, sieht die GEW-Tarifkommission kurzfristig deutlichen Handlungsbedarf, auch um Abwanderungstendenzen bei Fachkräften entgegenzuwirken. Das sieht die neue Geschäftsleitung bisher allerdings anders. Für Konfliktstoff in den weiteren Verhandlungen ist also gesorgt. Man darf aber nach den bisherigen Erfahrungen mit dem ASB vorsichtig optimistisch sein, dass das bisher in Tarifeinsetzungen übliche Konfliktniveau nicht spürbar übertroffen wird.

Rüdiger Bröhling

Pro und contra Bildungsstandards und Kompetenzorientierung

Die Zweifel wachsen: Spätestens seit dem Kölner Kongress „Bildungsstandards auf dem Prüfstand“ im Juni 2010 befindet sich die Erziehungswissenschaft nach langer Schockstarre im offenen Aufstand gegen den „Bluff der Kompetenzorientierung“. Das Unbehagen an der erzwungenen pädagogischen und schulpolitischen Richtungsänderung wird größer, und entsprechend wächst der Klärungsbedarf. Die Marburger GEW lud die Professoren *Rainer Lersch* (Philipps-Universität Marburg) und *Peter Euler* (Technische Universität Darmstadt) zu einem Streitgespräch ein, das die HLZ in gekürzter Form auf den Seiten 20 und 21 dieser Ausgabe dokumentiert.

Die GEW Marburg bereitet jetzt für den Herbst 2012 eine Vortragsreihe zur Schulreform und zur Kritik der Ökonomisierung des Bildungswesens vor. Die HLZ wird berichten.

- Die GEW-Arbeitsgruppe „Kompetenzorientierung und Bildungsstandards“ trifft sich alle drei Wochen und ist für weitere Mitstreiter offen. Aktuelle Termine erfährt man bei wilfriedmuellerradtke@gmx.de.

**Im Streitgespräch:
Professor Peter Euler und
Professor Rainer Lersch;
in dieser HLZ, S. 20–21**



24. März 2012: Konferenz über „Irrwege der Unterrichtsreform“

Im Juni 2010 hat sich die Gesellschaft für Bildung und Wissen auf ihrer Gründungstagung in Köln insbesondere mit der verordneten Kompetenzorientierung kritisch auseinandergesetzt. Ziel der Nachfolgetagung am 24.3.2012 von 9.30 bis 17.30 Uhr in der Goethe-Universität Frankfurt (Hörsaal V) ist es, eine breite Öffentlichkeit über die aktuellen „Irrwege der Unterrichtsreform“ zu informieren. Referenten sind unter anderen *Professor Andreas Gruschka* (Der neue Methodenwahn), *Dr. Hinrich Lüthmann* (Output-Phantasien), *Professor Konrad Liessmann* (Mythos der Wissensgesellschaft) und *Professor Lutz Koch* (Wissen und Kompetenz).

- Programm und Anmeldung: www.bildung.wissen.de



Foto: Serhat Yalcin



„Kompetenzorientierung ist unerlässlich“

1. In Folge des „mageren“ Abschneidens deutscher Schülerinnen und Schüler bei internationalen Schulleistungsvergleichsstudien hat die Kultusministerkonferenz (KMK) seit 2002 kontinuierlich Beschlüsse zur Qualitätssicherung im Bildungswesen gefasst. Dazu zählt vor allem die Einführung nationaler (!) Bildungsstandards, die seit 2005 in allen Bundesländern verbindlich sind. Diese Standards formulieren die Erwartungen an die Ergebnisse schulischen Lehrens und Lernens in Form von Kompetenzen, also Könnenserwartungen, die auch empirisch überprüft werden können. In Hessen wurden neue Kerncurricula für sämtliche Fächer entwickelt, die seit dem 1.8.2011 in Kraft sind. Diese Kerncurricula enthalten neben sparsam konkretisierten Inhaltsfeldern vor allem verbindliche überfachliche und fachliche Kompetenzerwartungen (Standards). Damit steht fest, dass der Unterricht künftig primär dem Ziel des Erwerbs dieser Kompetenzen verpflichtet ist.

2. Der Erwerb einer Kompetenz zeigt sich in der erfolgreichen Bewältigung variabler Anforderungssituationen (Performanz) wie z. B. Lösen von Aufgaben oder Problemen, situativ korrekte Sprachverwendung, mathematische Modellierung von Alltagsphänomenen, kritische Analyse und Bewertung historischer oder politischer Quellen, in denen die Schülerinnen und Schüler zeigen, dass sie mit ihrem Wissen auch etwas „anfangen“ können. Nun hat es auch bisher schon immer guten Unterricht gegeben, der neben der Vermittlung von Wissen auch um die Förderung entsprechender Fähigkeiten bemüht war. Insofern ist das nunmehr erwartete „neue“ Unterrichtsskript nicht gänzlich unbekannt und schon gar nicht revolutionär – allerdings liegt der Fokus unterrichtlichen Handelns künftig eindeutig auf der Befähigung zu entsprechenden selbstständigen Schülerleistungen.

3. Mit dieser Fokussierung des Unterrichts auf den Erwerb von Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler wird etwas bewirkt, worum wir uns bislang zu wenig gekümmert haben, nämlich uns der tatsächlichen Ergebnisse schu-

lischer Arbeit zu vergewissern. Aus dieser Orientierung am Outcome und aus dessen Controlling jedoch gleich auf eine „Ökonomisierung von Bildung“ und Ausrichtung auf bloße „Verwertbarkeit“ zu schließen, halte ich für vor-schnell und auch falsch und ist wohl eher den in diesem Kontext häufig verwendeten Begrifflichkeiten geschuldet!

4. Denn im kompetenzorientierten Unterricht lernt man wegen der verlangten selbstständigen Schülertätigkeiten auch besonders gut, „sich seines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen“ (Kant) – das Credo der Aufklärung! Auch das Konzept von *Klafki* mit seinen obersten Bildungszielen der „Fähigkeiten zur Selbst- und Mitbestimmung sowie zur Solidarität“ ist kompetenzorientiert und gleichwohl kritisch!

5. Nicht nur wegen seines Bildungspotenzials ist kompetenzorientierter Unterricht „besser“ als die bislang dominierenden Handlungsmuster, sondern weil er wegen seiner Ergebnisorientierung konsequent vom Lernen der Schüler her konzipiert werden muss. Vom angezielten Ende (den Kompetenzen) her sind quasi „rückwärts“ denkend die für die Schüler nötigen Lerngelegenheiten bereitzustellen, damit diese jene Kompetenz erwerben können. Kompetenzen können nicht im herkömmlichen Sinne „gelehrt“ werden – sie müssen von den Schülern eigenaktiv erworben werden, weil man nur dann sagen kann, dass man etwas kann, wenn man es wirklich getan hat! Insofern ist dieser Unterricht besonders schülerorientiert.

6. Wer nichts weiß, ist nicht kompetent – aber wer mit seinem Wissen nichts anfangen kann, auch nicht! Neben der systematischen Vermittlung von Wissen muss dieses zugleich auch permanent situiert, zur selbstständigen An- oder Verwendung durch die Schüler gebracht werden, weil im Kompetenzbegriff „Wissen“ und „Können“ zusammenfallen.

7. Deshalb stehen im Zentrum kompetenzorientierten Unterrichts auch die Performanzsituationen, also Phasen selbstständiger Schülertätigkeit, in die wir die Schüler unentwegt verwickeln

müssen, soll sich so etwas wie Kompetenz überhaupt entwickeln können. Dieser Sachverhalt wird eindrucksvoll bestätigt durch Ergebnisse empirischer Forschung (*Hattie, Hopf*). Dazu brauchen die Schüler Zeit und Gelegenheiten, in denen sie sich selbst und auch anderen gegenüber unter Beweis stellen können, was sie können.

8. Selbstständige Schülerarbeit erfordert viel Zeit. Weil sich aber die zur Verfügung stehende Lernzeit nicht erhöht hat, ist die Philosophie des Kerncurriculums mit seiner Fokussierung auf den inhaltlichen Kern eines Faches auch auf die Entwicklung des Schulcurriculums zu übertragen: Beschränkung auf weniger, exemplarische und fundamentale Inhalte, weil sonst die Zeit fehlt für die Prozesse des Kompetenzerwerbs.

9. Dass die KMK mehr als fünf Jahre nach der Einführung der Bildungsstandards 2009 ihre „Konzeption zur Nutzung der Bildungsstandards für die Unterrichtsentwicklung“ nachschiebt, zeigt, dass sich auf diesem Gebiet bis dahin nur wenig getan hat. Es ist letztlich auch ein Beweis dafür, dass sich Unterrichtsentwicklung nicht administrativ verordnen lässt! Dafür muss man die Lehrerschaft gewinnen und qualifizieren. Insofern wäre es wohl besser gewesen, die Lehrerschaft und ihre Verbände von Anfang an an der Implementierung dieser Reform aktiv zu beteiligen.

10. Didaktische Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte wird nunmehr zur „Kernaufgabe“, ebenso die externe Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung der Schulcurricula. Dafür sind jetzt die nötigen Ressourcen bereitzustellen. Dass diese Reform oft als „Generationenaufgabe“ bezeichnet wird, kann nicht als Legitimation für aktuell unzureichende Unterstützungssysteme herhalten: Denn man kann nicht von heute auf morgen die Standards für verbindlich erklären und dann die Lehrerschaft bei den nötigen Entwicklungsaufgaben alleine lassen! Ohne eine entsprechende Prozessqualität bei der Implementation ist auch keine Qualität der „Produkte“ zu erwarten!

Prof. Dr. Rainer Lersch
Philipps-Universität Marburg

„Ein ungedeckter Scheck“



1. Die neueste Bildungsreform mit kompetenzorientierten Bildungsstandards im Gefolge der Pisa-Ergebnisse ist keine, die die Schule mehr zu dem machen könnte, was sie pädagogisch sein sollte. Im Gegenteil entspringt sie dem massiven Interesse an der **Unterwerfung aller Lebensbereiche unter ökonomische Verwertungsbedingungen**, wodurch Bildungspolitik explizit zu einem Teil der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verkommt. Die Kritiker dieser Reform ergreifen demgegenüber Partei für das Pädagogische in der Schule, für Bildung und Mündigkeit. Die vom Diktat der Ökonomie bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse sind von heftigen Krisen erschüttert und verlangen gerade jetzt gebildete, mündige Individuen, die der „allgemeinen Beratung zur Verbesserung der menschlichen Angelegenheiten“ (Comenius) fähig sind.

2. Die **Rhetorik der Reform** entstammt unverhohlen dem Business, das Instrumentarium aus der Betriebswirtschaftslehre und der pädagogischen Psychologie. Sie verdrängt dadurch die Eigengesetzlichkeit von Bildung und Pädagogik, Begriffe, die im „Unternehmen Bildung“, das der Sicherung und Steigerung der Lerneffizienz verpflichtet ist, veraltete und unbrauchbare Reformkategorien geworden sind.

3. „Kompetenzorientierung“ heißt das **Zauberwort!** Von der bestehenden Unterrichtspraxis zeichnet die Reformpropaganda ein Zerrbild der Inputorientierung und Stofffixiertheit im lehrerzentrierten Unterricht, um von dieser Folie aus die neu ausgerufene „Schülerorientierung“ in hellstem Licht als Lösung alter und neuer pädagogischer Probleme erstrahlen zu lassen. Doch die Kompetenzorientierung ist weder – wie suggeriert wird – wissenschaftlich gesichert, noch politisch neutral. Ihre Plausibilisierung als Schülerorientierung lebt von einer relativ simplen Psychologisierung sachlich viel schwierigerer Bildungs- und Vermittlungsprobleme.

4. Entgegen dem beanspruchten Habitus ist die Kompetenzorientierung auch **alles andere als wissenschaftlich empirisch gesichert**, geschweige denn in

der Wissenschaft Konsens. Das Gegenteil ist der Fall! Schon *Weinert*, dessen Kompetenzdefinition gebetsmühlenartig beansprucht wird, kritisierte vehement das falsch eingeschätzte pädagogisch-unterrichtliche Potenzial psychologischer Erkenntnisse. Die Reformer geben sogar zu, dass sie bislang keine Theorie der Kompetenzentwicklung haben, was die Bedingung z. B. für die Graduierung von Kompetenzen ist, was aber die politische Inkraftsetzung seit 2003 nicht verhindert hat.

5. Die Pisa-Studien erheben lediglich Lernergebnisse, keine unterrichtlich rekonstruierten Lernverläufe und Bildungsprozesse. Aber trotzdem wird aus diesen Lernergebnissen die Kompetenzorientierung als zwingend für die Neuorientierung des Unterrichts gefolgert, das ist schlicht ein ungedeckter Scheck! Unter der Hand geraten nun aber die Basiskompetenzen zum neuen, heimlichen Curriculum.

6. Zweifellos gehören Kompetenzen zur Bildung, aber dies ist nicht der Gegenstand der Auseinandersetzung. **Allerdings geht Bildung nicht in der Summe von Kompetenzen auf.** Gerade die **Mixtur aus diffuser Praxiskritik und dogmatischen Wissenschaftsansprüchen** öffnet die Rede von der Kompetenzorientierung gänzlich der Beliebigkeit, was auch die katechetischen Versprechungen in vielen Broschüren der Befürworter nachdrücklich belegen, weshalb *Geißler* und *Orthey* von einem „Begriff für das verwertbare Ungefähre“ sprechen. Daher muss die pädagogische Kritik einen anspruchsvollen und bildungsrelevanten Begriff der Kompetenz (*Piaget, Chomsky*) vor der Beliebigkeit bewahren, denn ein solcher beschreibt das Verstehen der Sachen als Kern unterrichtlicher Bildungsarbeit. Sachverstehen und Mündigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille!

7. Soll das seit vielen Jahrzehnten – weit vor Pisa – schon kritisierte geringe Verstehen vieler Schülerinnen und Schüler pädagogisch angegangen werden, steht die Differenz von Wissen und Verstehen im Zentrum. Verstehen besteht in der subjektiven Erschließung, Zueignung der Sachen. Genesis und

Geltung, also Herkunft und Begründung, aber auch die Verwendungszusammenhänge machen systematisch das Verstehen aus.

8. Das Plädoyer für das „neue Unterrichtsskript“ wirft dem alten vor, „an der Vermittlung von Inhalten ausgerichtet“ gewesen zu sein (*Lersch*). Da lauert die falsche Alternative, ob der Unterricht an der Sache oder am Schüler orientiert sein soll. Die Rede von Selbstbestimmung und Schülerorientierung verfängt gerne bei Pädagogen, aber entscheidend für ein pädagogisches Verhältnis ist, ob der Unterricht als Veranstaltung begriffen wird, dem Schüler die Sacherschließung zu ermöglichen. Erfolgt dies nicht, ist die Kompetenzorientierung eine leere Formel und in gänzlicher Übereinstimmung mit der neuen Rhetorik vom Input zum Output, vom Lehrer zum Berater oder Coach, vom Lehren zum Lernen, und dann ganz steil: vom Lernen des Lernens, also von einem Lernen, bei dem das Lernen Inhalt ist, also keinen Inhalt mehr hat.

9. Fallen Kompetenzbehauptung und Sachbezug auseinander, setzt die allerorten beobachtbare **Beliebigkeit in der Begriffsverwendung** ein und damit wird keine pädagogische Praxis besser. Dazu passt allerdings der allerorten feststellbare Qualitätsverlust durch die sogenannte Qualitätssicherung.

10. Das **Ende einer unpädagogischen Reform ist überfällig.** Kaum ist irgendwo festzustellen, dass etwas besser geworden ist, aber Verschleiß, Frustration und Resignation sind allenthalben unter den Reformwilligen auszumachen. Notwendig ist eine die Bedingungen des Gelingens von Bildung und Pädagogik ernst nehmende Politik. Das verlangt eine beharrliche, politisch langfristig unterstützte und substanzielle, eben auch fachpädagogische Lehrerbildung und Schulentwicklung, die nur durch solide Zusammenarbeit engagierter Lehrkräfte und Forscherinnen und Forscher vorstellbar ist, nicht als top-down-Prozess eines Konsortiums.

Prof. Dr. Peter Euler
Technische Universität Darmstadt



Schulen für Erwachsene wehren sich

Viele Studierende haben gebrochene Bildungsbiografien

Gegenwärtig lernen über 5.000 Studierende an den Schulen für Erwachsene in Hessen. Es gibt acht öffentliche und ein privates Abendgymnasium, vier Hessenkollegs und zwei private Kollegs, dreizehn Abendrealschulen und acht Abendhauptschulen. An einigen Standorten sind dabei Abendgymnasien, Abendrealschulen beziehungsweise Abendhauptschulen miteinander zu „Abendschulen“ verbunden. Einzelne Schulen haben Außenstellen an anderen Standorten. Somit können Erwachsene inzwischen in Hessen in fast allen Regionen die allgemeine Hochschulreife, die Fachhochschulreife, den Realschul- und den Hauptschulabschluss erwerben.

Zweite oder dritte Chance

Die Situation am Arbeitsmarkt ist für Schulabgänger mit Hauptschul- und oft sogar mit Realschulabschluss nach wie vor schlecht. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund erleben Benachteiligung und die Erfahrung von Exklusion, wenn sie nur eine prekäre Beschäftigung finden oder längerfristig auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Die Schulen für Erwachsene (SfE) bieten Erwachsenen eine zweite oder dritte Chance zum Erwerb von Allgemeinbildung, Berufsfähigkeit oder Studierfähigkeit. Damit eröffnen sie vor allem Menschen aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien den Weg in eine qualifizierte Berufstätigkeit oder ein Studium. Sie leisten so einen wichtigen Beitrag zur Durchlässigkeit des hessischen Bildungssystems und zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften. Insbesondere für die Integration von jungen Erwachsenen aus Zuwandererfamilien erfüllen die Schulen für Erwachsene eine wichtige soziale Funktion.

Viele Studierende der Schulen für Erwachsene haben gebrochene Bildungsbiografien und benötigen daher unterrichtsbegleitend eine individuelle und intensive Betreuung, wenn sie ihre Bildungsziele erreichen sollen. Deshalb ist eine Pädagogik und Didaktik not-

wendig, die sich an den Erfahrungen von zumeist berufstätigen Erwachsenen und mündigen Bürgerinnen und Bürgern orientiert. Genauso wichtig ist eine inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Schulen, die der Tatsache Rechnung trägt, dass die Studierenden auch während ihrer Schulzeit überwiegend berufstätig sind. Deshalb sind an den Schulen für Erwachsene in den letzten Jahrzehnten entsprechende Angebote, nicht zuletzt im Sprachförderbereich, entwickelt worden.

Arbeits- und Lernbedingungen

Auch das Hessische Kultusministerium (HKM) betont in seinen öffentlichen Verlautbarungen die Wichtigkeit lebenslanger Bildungsangebote. Angesichts der bildungspolitischen Weichenstellungen der letzten Jahre scheinen diese jedoch zunehmend unglaubwürdig. Denn schon seit einiger Zeit müssen die Schulen für Erwachsene Kürzungen ihrer Ressourcen und Verschlechterungen der Arbeits- und Lernbedingungen hinnehmen:

- Die schrittweise Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte summiert sich in den letzten 16 Jahren auf insgesamt 30 Prozent.
- Die Umstellung auf jährliche Aufnahme zum ersten Februar hatte zur Folge, dass junge Menschen, die zuvor an vielen Abendgymnasien und Abendrealschulen im Halbjahresrhythmus aufgenommen werden konnten, nun bei Aufnahme und ggf. der Wiederholung eines Semesters unnötige Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.
- 2009 wurde der Zuweisungsfaktor im Bereich Abendhaupt- und Abendrealschulen verschlechtert, so dass seitdem weniger Lehrerstunden für die Abdeckung des Unterrichts zur Verfügung stehen.
- Die Oberstufen- und Abiturverordnung vom 20. Juli 2009 (OAVO) hatte nicht nur Einschränkungen im Wahlbereich zur Folge, sondern führte im Bereich der Sprachförderung für Nicht-Muttersprachler zu einschneidenden Kürzungen. Zudem mussten erfolgreiche Bildungsgänge mit dem Ziel

der Fachhochschulreife (ohne zweite Fremdsprache), die es an verschiedenen Abendgymnasien gab, eingestellt werden.

- In das Hessische Schulgesetz wurde eine Klausel aufgenommen, wonach Abendschulen mit Berufsschulen „verbunden“ werden können. Dies beinhaltet die Gefahr des Verlusts der organisatorischen Selbstständigkeit der Schulen für Erwachsene.
- Seit dem Dezember 2010 unterbindet ein Erlass die Besetzung von Funktionsstellen im gesamten Bereich SfE, wodurch Schulleitungen ausgedünnt und in der Besoldungsstufe herabgestuft worden sind.
- Im Herbst 2011 wurde bekannt, dass der Entwurf der Pflichtstundenverordnung vorsieht, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an den Abendgymnasien weiter zu erhöhen.

Existenz kleiner Schulen bedroht

Kurz vor den Weihnachtsferien erfahren die Schulleitungen der Abendgymnasien von geplanten Maßnahmen, die das Angebot der Abendgymnasien insgesamt gefährden und vor allem die Existenz kleinerer Schulen in strukturschwachen Regionen bedrohen:

Durch eine weitere Verschlechterung des Zuweisungsfaktors sollen noch weniger Lehrerstunden zur Verfügung stehen, um den Unterricht abzudecken. Dies bedeutet Kürzungen um fünfzehn und mehr Prozent der bisher zur Verfügung stehenden Lehrerstunden und damit eine weitere Einschränkung des Angebots an Fächern, an Wahlmöglichkeiten, größere Klassen, kurz eine weitere einschneidende Verschlechterung der Arbeits- und Lernbedingungen.

Die Zahl der Eingangsklassen soll reduziert werden (sogenannte „Deckelung“). Bislang haben die Abendschulen nach dem Bestehen eines obligatorischen Aufnahmetests „Deutsch als Unterrichtssprache“ sämtliche Bewerber aufgenommen. Der neue Erlass setzt jedoch schulspezifische Obergrenzen fest, die erheblich unter den bisherigen Aufnahmezahlen liegen. Das bedeutet, dass eine Aufnahme aller geeigneten

Bewerber nicht mehr möglich ist und die Schulen auch Bewerber, die die genannten Test bereits bestanden haben, abweisen müssen.

Die Schulen für Erwachsene sind keine Pflichtschulen, sondern Angebotsschulen. Wird durch Abweisen von Bewerbern die Schülerzahl gesenkt, so sinkt damit natürlich auch die Zahl der zugewiesenen Lehrkräfte. So werden die Schulen in absehbarer Zeit ausgetrocknet.

Der Vorstoß gegen die SfE erklärt sich durch die Auflage an das HKM, einen Betrag von mehr als fünfzig Millionen Euro einzusparen. Am Unterricht soll nicht gekürzt werden. Streichungen in der Verwaltung und der Lehrerbildung schaffen Probleme. Bei dem relativ kleinen Bereich der SfE rechnet man wohl nicht mit Widerstand. Man argumentiert mit den hohen Abbrecherquoten und meint, man könne diese dadurch reduzieren, dass man die potenziellen Abbrecher erst gar nicht aufnimmt. Dabei ignoriert man, dass ein Erfolg oder Misserfolg in der Abendschule oft nichts mit Willen oder Können zu tun hat, sondern mit der Lebenssituation, mit Beruf und Familie. Der Zwang, den Arbeitsplatz zu wechseln, Familienangehörige zu unterstützen, Geburten und Versorgung von Kindern, Trennung von Partnern, all diese häufigen Gründe für eine Unterbrechung oder einen Abbruch des Bildungsgangs lassen sich kaum aufgrund von Noten, Bewerbungsunterlagen und Leistungen in den Aufnahmetests vorhersehen.

Dass das HKM die Vernachlässigung des Zweiten Bildungswegs in Kauf genommen hat, zeigt sich auch daran, dass seit über zwei Jahren die Stelle des für die SfE zuständigen Referenten im HKM vakant war und es keine fachkompetenten Ansprechpartner gab. Die Landesringe der Abendgymnasien und Hessenkollegs, in denen Leitungen und Kollegiumssprecher aller SfE vertreten sind, haben seit längerem die Einrichtung einer Arbeitsgruppe des HKM mit Vertretern der SfE gefordert. Inzwischen gibt es eine solche Gruppe, in der Vertreter aus den Schulleitungen der SfE und eine Vertreterin aus dem Gesamtpersonalrat ihren Sachverstand einbringen, um das Schlimmste zu verhindern. Dass das HKM dennoch die genannten Maßnahmen beschlossen hat, zeigt, dass es unabdingbar ist, politischen Druck aufzubauen, wenn der Zweite Bildungsweg in Hessen in



ENDLICH! - SCHULDENBREMSSE GREIFT

Zukunft seine Aufgaben noch wahrnehmen soll.

Deswegen haben Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der Schulen für Erwachsene mit Unterstützung von Mitgliedern der Landesfachgruppe der GEW eine Unterschriftenaktion, auch in Form einer „open petition“ im Internet, gestartet, in der sie die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerungen für die Lehrkräfte, der Verschlechterung der Lehrerruhestellung und der „Deckelung“ verlangen.

Open Petition im Internet

An Heiligabend erschienen dazu Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Schon am 2. Januar hat das HKM in einer Pressemitteilung darauf reagiert. Es hat behauptet, die Entscheidungen seien „einvernehmlich“ mit den Vertretern der SfE zustande gekommen. Wichtiger aber ist, dass die Presseerklärung de facto eine Rücknahme der „Deckelung“ für den diesjährigen Aufnahmetermin im Februar beinhaltet. Wenn „aufgrund einer internen Optimierung mit den zugewiesenen Stunden allen Bewerberinnen und Bewerbern ein Platz in einem Vorkurs angeboten werden“ könne, so heißt es da, müsse „keine Bewerberin und kein Bewerber außen vor bleiben.“ Natürlich haben alle Schulen, die vor der Alternative standen, geeignete Bewerber abzuweisen, „optimiert“!

Das zeigt, dass allein schon durch den Beginn der Unterschriftenaktion ein erster Erfolg erreicht worden ist. Auch gab es ein weiteres Echo in der Presse und Unterstützung durch die bildungspolitische Sprecherin der SPD, *Heike Habermann*, und *Harald Fiedler*, den Vorsitzenden des DGB-Region Frankfurt. Der Angriff des HKM auf den Zwei-

ten Bildungsweg ist damit jedoch noch nicht erfolgreich zurückgeschlagen:

- Die Eigenständigkeit des Bereichs SfE ist weiterhin bedroht.
- Der Funktionsstellenerlass ist nicht zurückgenommen.
- Weitere Verschlechterungen der Zuweisungsfaktoren, auch für die Hessenkollegs, sind vorgesehen.
- In der Diskussion ist eine Verschärfung der Aufnahmebedingungen für die Bildungsgänge, die zu Fachhochschulreife und Abitur führen.
- Eine Verordnungsnovelle ist angekündigt, und es ist zu befürchten, dass sie sich mehr an den Einsparungsvorgaben als an dem Bedarf für eine erfolgreiche Arbeit der SfE orientiert.

Man erkennt, dass hier schrittweise, zielgerichtet und nach dem Prinzip „teile und herrsche“ Politik gegen den Zweiten Bildungsweg gemacht wird. Diejenigen, die als Kinder und Jugendliche angesichts der Unterausstattung des allgemeinbildenden Schulwesens in der Schule gescheitert sind, sollen als „lost generation“ abgeschrieben werden.

Um so notwendiger ist es, den Druck zu verstärken, die Unterschriftenaktion erfolgreich weiterzuführen und aus der Defensive in die Offensive zu kommen. Der Landesvorstand der GEW hat seine Unterstützung zugesagt, wenn Lehrkräfte und Studierende dem Ministerpräsidenten in Wiesbaden die Unterschriften übergeben. Die Landesfachgruppe Erwachsenenbildung der GEW plant noch in diesem Schuljahr eine Fachtagung zum Thema: „Wir brauchen die SfE, was brauchen die SfE?“

Kornelia Hafner, Andreas Schwarz

Die Petition wurde bis Mitte Februar von über 4.000 Menschen unterschrieben: www.openpetition.de > Suche: Zweiter Bildungsweg



Geschichtsrevisionismus

Propagandamaterial des Vertriebenenverbandes an Schulen

Das hessische Sozialministerium hat auf Antrag des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Sommer 2011 eine Broschüre des „Vertreibungsforschers“ Alfred de Zayas an hessische Bildungseinrichtungen wie Studienseminare, Abend-schulen und Hessenkollegs in Umlauf gebracht, in der de Zayas Geschichts-revisionismus betreibt. Auf Anfrage bestätigte das Sozialministerium, dass sie mit einem Anschreiben des Ver-bandes über den BdV verteilt und mit 5.100 Euro aus Steuergeldern unter-stützt wurde. Inzwischen haben sich auch der Landtag und ein Unteraus-schuss des Sozialpolitischen Ausschus-ses mit diesem Thema befasst.

De Zayas geht es in seiner Broschü-re „50 Thesen zur Vertreibung“ (Verlag Inspiration, München/London, 2008) vorzugsweise darum, die Bedeutung des Nationalsozialismus für die deutsche Geschichte zu relativieren. Insbeson-dere versucht er zu belegen, dass „der Zweite Weltkrieg zwar der Anlass, nicht aber die Ursache der Vertreibung“ war (Vorwort, S. 6). In These 7 fordert er, die Vertreibung dürfe

„nicht allein aus der Perspektive des 1. September 1939 betrachtet werden. Auch der dynamische slawische Natio-nalismus des 19. Jahrhunderts und die

Beschlüsse der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919 müs-sen als Ursachen mit berücksichtigt wer-den.“

Er behauptet weiter:

„Die weit verbreitete Vorstellung eines gewaltsamen **Drangs nach Osten** (Her-vorhebung im Original) der Deutschen in der Geschichte ist jedenfalls nicht vertretbar, (...) vielmehr existierte ein allmählicher Drang nach Westen der Slawen vor allem im russischen geopo-litischen Kalkül von Zar Peter I. bis Sta-lin.“ (These 2, S. 8)

Er unterschlägt damit unter anderem die Zwangsgermanisierungen in den von Polen bewohnten Teilen des Deut-schen Kaiserreiches, die in Deutschland diskutierten Kriegsziele während des 1. Weltkrieges und erst recht die „Volk ohne Raum“-Phantasien der deutschen Rechten, die die Nazis in ihrem Konzept des „Generalplans Ost“ umzusetzen be-gonnen hatten. Stattdessen kommt der Aggressor aus dem Osten – und zwar schon seit dem 18. Jahrhundert!

Nah an der NS-Terminologie

Auch begrifflich bewegt sich de Zayas nahe an der NS-Terminologie, wenn er den Krieg gegen die Sowjetunion verharmlosend als „Ostfeldzug“ (S.12) bezeichnet. Die während des Krieges von den Deutschen vorgenommenen Ver-treibungen der einheimischen Bevöl-kerung in den osteuropäischen Staa-ten werden kleingeredet und quasi entschuldigt, „als diese Vertreibungen nach 1945 selbstverständlich durch die Rückkehr der Opfer wiedergutmacht wurden“ (These 21).

Die Vertreibungen der Deutschen bezeichnet er dagegen als „Völkermord“ und folgert daraus ein „absolutes Anerkennungsverbot der dabei durchgeführten Enteignungen“ (The-se 25). Nach seiner Auffassung haben alle Vertreibungsoffer „einen Anspruch auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung“ und „auf Rückkehr und Eigen-tumsrückgabe“. Er fordert die Vertriebe-nen auf, diese Rechte auch einzuklagen (These 30 f.). Er behauptet weiter:

„Die Vorstellung, vollzogene Vertreibun-gen seien unumkehrbar, ist weit verbreitet, aber nicht zutreffend. (...) Dieser Befund kann (...) den Ost- und Sudetendeutschen Hoffnung machen.“ (These 17)

Im politischen Bereich müsse „die Su-che nach gangbaren Wegen für einen (...) gerechten Ausgleich auch in der schwierigen Eigentumsfrage intensi-viert werden“ (These 44). In These 38 resümiert de Zayas, die Vertreibung der Deutschen gehöre „zu den folgen-schwersten Ereignissen der neueren Ge-schichte Europas“. Dahinter verschwin-den der Holocaust und der Rasse- und Eroberungskrieg der Nazis, die Deut-schen sind mehr Opfer als Täter. Hier wird versucht, die allgemein anerkannte Geschichtsauffassung zu revidieren, und ist ein Übergang zu rechtsradika-lem Gedankengut.

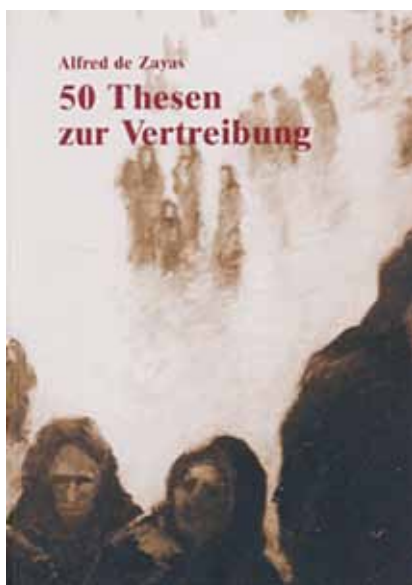
Der Historiker und Migrationsfor-scher Rainer Ohlinger hält deshalb de Zayas Position „gemessen am Standard der etablierten Profession“ für „nicht vertretbar“.

De Zayas Aufforderung nach Eigen-tumsrückgabe und Rückkehr in die „verlorenen Gebiete“ zeugt von ideo-logischer Verbohrtheit und wenig Re-alitätssinn: Wen will er eigentlich da-für gewinnen?

Unterstützung für Steinbach

An diesen wenigen Beispielen wird deutlich, dass die in der Broschüre vertretenen Thesen nicht mit dem Bil-dungs- und Erziehungsauftrag des Hes-sischen Schulgesetzes vereinbar sind. Dort wird in § 2 festgelegt, dass die Schule die Schülerinnen und Schüler dazu erziehen soll, zum friedlichen Zu-sammenleben verschiedener Kulturen beizutragen und ihre Aufgaben als Bür-gerinnen und Bürger in der Europäi-schen Union wahrzunehmen. De Zayas' Thesen stehen diesem Erziehungsziel diametral entgegen.

Die Broschüre und ihre Verbreitung durch das Hessische Sozialministerium können nicht isoliert gesehen werden. Sie dient auch als pseudo-wissenschaft-liche Begründung für Thesen der Ver-



triebenenverbandschefin *Erika Steinbach*, die ebenfalls die Ursachen der Vertreibungen nach dem 2. Weltkrieg in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückverlegt, so noch auf dem jüngsten „Tag der Heimat“ am 28.8.2011 in Berlin, und diese Sichtweise in der zentralen Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin zur Geltung bringen will.

Die geschichtsrevisionistischen Vorstellungen innerhalb des BdV und im Kopf ihrer Vorsitzenden beziehen sich nicht nur auf die Frage nach den Ursachen der Vertreibung, sondern gehen weiter und sind umfassender. So verteidigte Erika Steinbach Thesen des BdV-Funktionärs *Hartmut Saenger* vom 5.9.2009 in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, in denen Saenger die deutsche Kriegsschuld am Ausbruch des 2. Weltkrieges in Frage stellt:

„Der 1. September 1939 gilt als Beginn des Zweiten Weltkriegs. (...) Oft genug geschieht das unter Kurzformeln wie ‚der vom nationalsozialistischen Regime entfesselte Weltkrieg‘. Solche Kurzformeln werfen naturgemäß mehr Fragen auf als beantwortet werden.“

Polen wird quasi zum Aggressor deklariert, der sich „besonders kriegerisch“ aufführte, und die Machtinteressen Englands und der USA werden für die Entwicklung zu einem Weltkrieg verantwortlich gemacht:

„Aber das Deutsche Reich war (...) für England in Europa zu stark geworden. Frankreich und England erklärten am 3. September 1939 dem Deutschen Reich den Krieg. (...) Erst England machte den Krieg um Danzig zu einem weltweit ausgetragenen Krieg, der dann durch den Kriegseintritt der USA wegen seiner (sic!) Interessen am Pazifik zum globalen Krieg ausuferte.“

Hartmut Saenger ist nicht nur aktives Mitglied der CDU, Sprecher der Pommerschen Landsmannschaften und Präsidiumsmitglied im BdV, sondern wurde im Juli 2010 auf Vorschlag des BdV vom Deutschen Bundestag auch als stellvertretendes Mitglied in den Stiftungsrat „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gewählt.

Bezüglich der Kriegsschuldthesen ihres Verbands- und Parteifreundes Hartmut Saenger behauptete Erika Steinbach laut Süddeutscher Zeitung vom 31.7.2010 lapidar, der dargestellte Sachverhalt gehöre „zum Grundwissen eines jeden Zeithistorikers“. Ihre Äußerung im Fraktionsvorstand der CDU am 9.9.2010, sie könne „es leider

auch nicht ändern, dass Polen bereits im März 1939 mobil gemacht hat“, fügt sich in diese Linie ein, wenngleich sie dafür in der Fraktion auf Unverständnis und Kritik stieß.

Konrad Badenheuer, damaliger Chefredakteur der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, in der das Interview mit Herrn Saenger erschien, ist übrigens zugleich Gründer und Geschäftsführer des Verlags *Inspiration Unlimited London/München*, in dem die „50 Thesen“ de Zayas' erschienen. Die „Preußische Allgemeine Zeitung“ (früher: Ostpreußen-Zeitung) kooperiert schon mal mit der „Jungen Freiheit“ und kann der „Neuen Rechten“ zugeordnet werden.

Das Herz der Union

Die Unterstützung der geschichtsrevisionistischen Thesen des BdV durch das Hessische Sozialministerium ist sicher auch eine Unterstützung für den rechten Rand der CDU, der sich jetzt in dem vom hessischen CDU-Fraktionsvorsitzenden *Christean Wagner* mitgegründeten „Berliner Kreis“ formiert und für Erika Steinbach „das Herz der Union“ darstellt (Stern, 20.12.11).

Das Sozialministerium ist aufgefordert, sich in einem Schreiben an die Empfänger der von ihm mit Steuergeldern bezahlten Broschüre von dem Inhalt zu distanzieren und die weitere Verbreitung dieser Thesen zu untersagen.

Werner Michel



Gedenktag für Nazi-Opfer in Bensheim

Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus lud die GEW Bergstraße die Bevölkerung zu einer Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung zum Stolperstein-Mahnmal nach Bensheim. An der Veranstaltung nahmen zudem Vertreter des DGB, der Linken, des Evangelischen Dekanats Bergstraße, der Geschichtswerkstatt Jakob Kindinger und der Initiative gegen Rechtsextremismus teil. Die Rednerinnen und Redner erinnerten nicht nur an den Holocaust, sondern auch an die aktuelle Gefahr von Rechtsaußen,

die spätestens nach dem Auffliegen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ auch von der breiten Öffentlichkeit erkannt wurde. GEW-Kreisvorsitzender *Tony Schwarz* geißelte den Gestus eines *Thilo Sarrazin* („Das wird man ja noch mal sagen dürfen“) und die Vorgänge in Ungarn, wo uniformierte Partei-Milizen durch Roma-Siedlungen ziehen und die dortigen Bewohner bedrohen: „Wer hätte gedacht, dass so etwas im vereinten Europa, 74 Jahre nach der Reichspogromnacht, wieder möglich sein würde?“



„Neuausrichtung“ der Bundeswehr

Von der Verteidigungsarmee zur internationalen Einsatztruppe

Als Verteidigungsminister *Thomas de Maizière* vor wenigen Wochen sein Reformmodell für die Bundeswehr der Zukunft vorstellte, blieben Überraschungen aus. Das Konzept führte im Wesentlichen fort, was unter seinen Amtsvorgängern zu *Guttenberg*, *Jung* und *Struck* in verschiedenen Anläufen bereits auf den Weg gebracht worden war. Medien und Kommunalpolitiker interessierte vor allem, welche Bundeswehrstandorte verkleinert oder ganz geschlossen werden. Gemeinden oder Regionen könnten bei einem Abzug der Soldaten wirtschaftliche Nachteile bei Arbeitsplätzen für Zivilbeschäftigte, Konsumnachfrage und Steuereinnahmen erleiden. Dabei haben – nicht zuletzt in Hessen – zahlreiche Studien gezeigt, dass diese Kommunen bei einer vernünftigen Umwandlung von militärischen Einrichtungen und Liegenschaften in zivil nutzbare Flächen und Gebäude (Standortkonversion) durchaus zu den Gewinnern zählen können.

Was in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig Beachtung findet, ist die Frage: Wohin und zu welchem Ende soll die Bundeswehr transformiert werden? In quantitativer Hinsicht ist die Geschichte der „Transformation“ schnell erzählt: Zunächst war – noch unter zu *Guttenberg* – die Wehrpflicht ausgesetzt worden. Nach außen ein überraschender Schritt,

der aber an Brisanz verliert, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass auch schon vorher die Bundeswehr faktisch eine Freiwilligenarmee war. Die allgemeine Wehrpflicht diente lediglich der Rekrutierung von länger Dienenden und Berufssoldaten. Der Umfang der Bundeswehr wurde auf höchstens 185.000 Soldaten festgelegt. Die Zahl der freiwillig Wehrdienst Leistenden soll zwischen 5.000 und 15.000 betragen. Die bisherige Entwicklung ist aus Sicht des Militärs ernüchternd, sodass fieberhaft an Konzepten zur „Attraktivitätssteigerung“ der Bundeswehr und an Werbestrategien gearbeitet wird. In der „Grobstruktur“ der Bundeswehr ist zudem eine spürbare Verkleinerung des Ministeriums vorgesehen. Zur „quantitativen“ Betrachtung gehört auch die Ankündigung, die Zahl der in längeren Auslandseinsätzen verwendbaren Soldaten von 7.000 auf 10.000 zu erhöhen: Deutschland will damit mehr Auslandseinsätze in aller Welt gleichzeitig realisieren können.

Auf dem Weg zur Einsatzarmee

Wenden wir uns der wichtigeren Frage nach dem politischen Ziel der „Neuausrichtung“ der Bundeswehr zu. De *Maizière* hatte im Vorfeld vier Kriterien für die Standortentscheidungen genannt:

- die „Funktionalität“ der Standorte
- eine „Abwägung der Kosten“
- die „Attraktivität“ eines Standorts
- das Bestreben, „in der Fläche“ präsent zu bleiben

In dem dann vorgelegten Konzept geht es aber nur noch um die „Funktionalität“ der Standorte: Inwieweit tragen sie zur Steigerung der Schlagkraft der Bundeswehr bei? So gesehen ist de *Maizières* Stationierungskonzept tatsächlich nur eine Fortführung des seit langem betriebenen Umbauplans der Bundeswehr von einer Verteidigungs- in eine Einsatzarmee: De *Maizière* will die Bundeswehr für mehr Auslandseinsätze rüsten. Räumlich konzentriert und gestärkt werden infanteristische Kräfte für den Kampfeinsatz im Ausland. Es wird eine „Division Schnelle Kräfte“ gebildet. Ausbildungsziel ist deren „Befähigung zum Kampf“.

Eingesetzt wird die Bundeswehr, wenn „nationale Interessen“ das gebieten. Dabei spielt der „Katastrophenschutz“, den die Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens-Anhalts ins Feld führten, um bestimmte Standorte zu erhalten, ebenso wenig eine Rolle wie die „Schonung“ strukturschwacher Regionen, für die sich Baden-Württembergs Ministerpräsident *Kretschmann* einsetzte. Nach den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom Mai 2011 (1) gehört es zu den deutschen Sicherheitsinteressen, „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“. Dazu werden die Transportkapazitäten, die „Verlegfähigkeit“ der Truppen sowie die Bewaffnung und das Training zur effektiveren Niederschlagung oder Unterstützung von Aufständen ausgebaut und verbessert:

„In jedem Einzelfall ist eine klare Antwort auf die Frage notwendig, inwieweit die Interessen Deutschlands und die damit verbundene Wahrnehmung internationaler Verantwortung den Einsatz erfordern und rechtfertigen und welche Folgen ein Nicht-Einsatz hat. (...) Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“

Wenn wir die nationalen Interessen mit den Interessen der Wirtschaft am freien Zugang zu „natürlichen Ressourcen“ gleichsetzen, dann dient die Bundeswehr nicht mehr der Verteidigung und der Sicherheit des Landes, sondern den Interessen rohstoffabhängiger und -hungriger Konzerne.

Die deutsche Außenpolitik betreibt seit zwei Jahrzehnten, also seit der historischen Zäsur 1989/90, eine Relegitimierung militärischen Denkens in der Politik. Die Kräfte, die sich nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Pakts 1991 eine Friedensdividende erhofft hatten, wurden recht bald auf den Boden der NATO-Realität zurückgebracht. In der Erklärung des NATO-Gipfels von Rom 1991 wurden der internationale Terrorismus (zehn

Mehr als eine „Kampagne“

Auf der Seite der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) www.friedensdienst.de findet man unter „Kampagnen und Projekte“ auch den regelmäßigen Newsletter zu bundeswehrkritischen Veröffentlichungen und Initiativen, auf den die HLZ in Heft 1-2/2012 hingewiesen hat. Die AGDF weist jetzt darauf hin, dass das Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“ mehr sein möchte „als eine Kampagne“ und von der AGDF gemeinsam mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) gestaltet wird.



Jahre vor 9/11!), die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Unterbrechung des freien Welthandels und des Zugangs zu wichtigen Rohstoffen sowie regionale Instabilitäten als neue Risiken und „Herausforderungen“ ausgemacht. Die Bundesregierung beeilte sich, diese Gedanken in eine Neuaufgabe ihrer „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom November 1992 aufzunehmen. Die Gefahr eines großangelegten Angriffs mit Panzerarmeen aus dem Osten war danach endgültig gebannt. Bonn (später Berlin) war nur noch von „Freunden umzingelt“ (*Helmut Kohl*) und die klassische Verteidigung stand nicht mehr auf der Tagesordnung. Das neue „Verteidigungsdispositiv“ lehnte sich eng an die Vorgaben der NATO an und legte die Umwandlung der Bundeswehr in eine Eingriffsarmee nahe.

36 internationale Missionen

Alle folgenden Bundesregierungen und Verteidigungsminister betrieben diese Transformation in eine Interventionsstreitkraft. Die programmatischen Grundlagen lieferten die Weißbücher von 1994 und 2006 sowie – noch unter Verteidigungsminister Struck – die Neuaufgabe der VPR 2003. Juristische Schützenhilfe erhielt die Bundesregierung vom Bundesverfassungsgericht, das in einem denkwürdigen Urteil vom Juli 1994 Auslandseinsätze der Bundeswehr für unbedenklich erklärte, sofern die Bundesrepublik nicht allein, sondern im Rahmen eines Bündnisses „kollektiver Sicherheit“ handle. Dazu zählte es nicht nur Organisationen wie die

UNO oder die OSZE, sondern auch die NATO oder die EU, so dass deutschen Einsätzen in aller Welt kein Hindernis mehr im Weg stand. Auch der vom Verfassungsgericht verordnete Parlamentsvorbehalt stellte in der bisherigen Praxis keine Schranke für Bundeswehreinsätze dar.

In den letzten 20 Jahren war die Bundeswehr in 36 internationalen „Missionen“ aktiv und ist es zum Teil noch. Sie reichen von veritablen Kriegseinsätzen wie dem Kosovo-Krieg 1999 und dem Afghanistan-Krieg seit 2001 bis zu mehr oder weniger „robusten“ Blauhelmeinsätzen à la Libanon (UNIFIL) oder militärisch bewehrten Protektoraufgaben wie in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo. Nun mag jede/r sich selbst ein Urteil bilden,

- ob sich die Bundesrepublik Deutschland mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ein Instrument zur globalen Friedenssicherung geschaffen hat oder ob sie mit ihrer Hilfe an den kommenden imperialen Konflikten um Energie- und andere Ressourcen aktiv teilnehmen will und
- ob Deutschlands Außenpolitik mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes und der Beschränkung der Bundeswehr auf reine Landes- und Bündnisverteidigung (Art. 87a GG) vereinbar ist.

In diesem Licht gerät die Transformation der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ auf eine schiefe Bahn, die sich immer weiter vom Grundgesetz und den in der Verfassung vorgehenden Prinzipien des Völkerrechts entfernt. Muss man dem nicht Einhalt gebieten?

Dr. Peter Strutynski

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Sprecher der AG Friedensforschung Kassel. Auf deren Homepage findet man auch zahlreiche der erwähnten Dokumente im Wortlaut: www.ag-friedensforschung.de

(1) www.bmvg.de Suche: Verteidigungspolitische Richtlinien

Veröffentlichungen des Autors

- Werner Ruf, Lena Jöst, Peter Strutynski, Nadine Zollet, Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig. Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung. Mit einem Kommentar von Paul Schäfer. Karl Dietz Verlag: Berlin 2009
- Maybritt Brehm, Christian Koch, Werner Ruf, Peter Strutynski: 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr. Bilanz, Kritik, Perspektiven. Karl Dietz Verlag: Berlin 2012 (im Erscheinen)

Frankfurter Studierende für Zivilklausel

76,3 % der Studierenden der Universität Frankfurt stimmten Ende Januar 2012 für die Aufnahme einer Zivilklausel in die Grundordnung der Goethe-Universität. Damit fordern sie die Universität auf, keine Kooperationen oder Drittmittelprojekte mit der Rüstungsindustrie oder der Bundeswehr einzugehen (HLZ 1-2/2012). „Wir sind unglaublich begeistert von diesem Ergebnis“, freut sich *Beate Steinbach* vom Arbeitskreis Zivilklausel. „Das ist ein eindeutiges Zeichen für eine friedliche Hochschule und eine klare Absage an Kooperationen mit der Bundeswehr oder Rüstungsindustrie.“ Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatte die Universität über ihren Pressesprecher *Olaf Kaltenborn* verlauten lassen, sie werde die Willenserklärung der Studierenden ernst nehmen. Genau das verlangt nun *Christoph Wiesner* von der GEW-Studierendengruppe: „Nach dem eindeutigen studentischen Votum sind jetzt wieder Senat und Präsidium gefordert. Die Orientierung auf friedliche und zivile Forschung und Lehre, die bereits im aktuellen Hochschulentwicklungsplan verankert ist, muss zügig in die Grundordnung unserer Universität übernommen werden.“

lea-Fortbildung: Zum Thema

Sogenannte „Humanitäre Interventionen“ geraten seit dem Ende des Kalten Krieges mehr und mehr in das Zentrum des internationalen Konfliktgeschehens. Wir wollen sowohl die völkerrechtliche Grundlage solcher Interventionen klären als auch nach deren politischer Opportunität und deren moralischer Legitimität fragen.

- Vom allgemeinen Gewaltverbot zur „Responsibility to Protect“: Über den Sinn und Unsinn „humanitärer Interventionen“. Referent: *Dr. Johannes Schwelm*; Frankfurt, Mittwoch, 21.3.2012, 14–17 Uhr

Anmeldung: lea - Gemeinnützige Bildungsgesellschaft der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Tel. 069-971293-27, Fax: 069-971293-97, E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de, Online-Anmeldung: www.lea-bildung.de

Im Gespräch: Dr. Stefan Mitzlaff

Im Schuljahr 2008/09 führte die Carl-Bantzer-Schule Schwalmstadt ein Projekt unter dem Titel „Frieden ist konfliktreiche Zeit ohne Krieg“ durch. Angeregt wurde es durch den Kasseler Künstler und Soziologen Dr. Stefan Mitzlaff im Zusammenwirken mit Prof. Yoshimi Morishima (Shudo-University Hiroshima). Im Folgenden dokumentieren wir dies als ein praktisches Beispiel von Friedenserziehung heute. Das Gespräch mit Dr. Mitzlaff führte Kollege Ralph-M. Luedtke. Er war in den 1970er Jahren Vorsitzender der Fachgruppe Erwachsenenbildung in der GEW Hessen.



Herr Dr. Mitzlaff, können Sie in wenigen Worten sagen, wie Sie auf den Projektgedanken gekommen sind?

Dr. Mitzlaff: Vor etwa zehn Jahren lernte ich Professor Yoshimi Morishima aus Hiroshima kennen. Er lehrt an der Universität Deutsch und Geschichte und kommt ab und zu nach Kassel, um seine Deutschkenntnisse zu aktualisieren. Auch er hatte wie ich einen Vater, der im Zweiten Weltkrieg Soldat war. Obwohl der Atombombenabwurf der Amerikaner auf Hiroshima und Nagasaki eine besondere Katastrophe war und bis heute in der nun dritten Generation ist, verbinden uns das Schicksal der Menschen im Krieg und das Thema „Konfliktreiche Zeit ohne Krieg“ als Lehr- und Lernstück. Und damit gehört „Aus der Geschichte zu lernen“ zur Allgemeinbildung, auch in den Schulen.

Ist das Motto „Aus der Geschichte lernen“ auch ein Stück Ihrer Biografie auf künstlerischem Sektor?

Kunst und Musik, Bild und Ton können Sprachgrenzen überwinden und das Geschriebene ergänzen. Bild und Ton gehören zum Grundunterricht. In den 1990er Jahren, in der „Wende-Zeit“, machte ich schon Projekte mit Ausstellungen meiner Bilder und Vorträgen zum russischen Literaten und Dichter *Ossip Mandelstam*, der unter *Stalin* umkam, in Prag, Leningrad, in jüdischen Gemeinden in Deutschland und Sibirien, dann in Sarajewo und Mostar.

Im Zentrum des Projekts steht die fächerübergreifende Zusammenarbeit der Disziplinen Kunst, Deutsch, Gesellschaftslehre und Musik – ein reformpädagogischer Gedanke aus Weimarer Zeit. Welche Motive waren für Sie maßgebend, das Projekt so anzulegen?

Das Motiv ist die herrschende „Sprachlosigkeit“ dem Thema gegenüber: Das eine sind die Geschichtsbücher, die in Japan noch so „eng“ sind, wie wir sie in der Bundesrepublik in den 1970er Jahren hatten; das andere ist die Verbindung zum Ich: Was kann oder darf ich sagen und fragen? Das ist bei uns ein Problem, das ist in Japan mit seiner hier bei uns kaum bekannten imperialen Geschichte und deren Folgen ein besonderes. Kunst und Musik fungieren als Ausdrucksmöglichkeit für das Nicht-Ausgesprochene und als „Brücke“. Wir sollten sie als zentrale Fächer der allgemeinen Schulen begreifen und „pflegen“ im Sinne einer aufklärerischen Grundbildung.

Offensichtlich lässt der Plan eine fächerübergreifende Kooperation zu, wenn Lehrer und Schüler das wollen. Dennoch: Welche Schwierigkeiten mussten überwunden werden?

Yoshimi Morishima musste überhaupt erst einmal Schulen in Hiroshima finden, in denen diese Fächer angeboten werden, und dies mit Hilfe des Oberbürgermeisters von Hiroshima, Herrn *Akiba*. Auch in Deutschland haben es die Fächer Kunst und Musik schwer: einerseits vom Schulsystem, andererseits vom nun drängenden Thema der so genannten Multikulturalität her. Und es gibt praktische Probleme: Wollen und können Lehrkräfte der verschiedenen Fächer miteinander kooperieren, gibt

es noch Projektwochen oder wird die Arbeitszeit von Papier „aufgefressen“?

Mittlerweile ist das Projekt zu einem Zwei-Länder-Projekt gereift. Sie haben ihren Kontakt zu Professor Morishima genutzt, um zu einem direkten Austausch von Meinungen, Sichtweisen, künstlerischen Formen der Auseinandersetzung mit der Geschichte des jeweiligen Landes zu kommen. Wie wird in Japan der Frage nach dem Lernen aus der Geschichte nachgegangen?

Die Frage trifft nicht ganz den Punkt. Die Hauptfrage ist nicht „Wie?“, sondern „Ob?“. In Japan sind zum Beispiel die Massenmorde und die Tausenden von Zwangsprostituierten mit ihrer dritten Generation der Koreaner, die bis heute kein Wahlrecht haben, ein Tabu. So hatten wir mit nordhessischen Schülerarbeiten zu Text und Bild „Der Beruf des Soldaten in der Romantik, 1933–1945 und danach“ Sonderausstellungen bei den dortigen Koreanern – eine beachtliche Leistung von Professor Morishima. Das Ergebnis war sehr berührend und Teile der Ausstellung kamen in die Ausbildung künftiger Lehrkräfte. Die Hiroshima City-University, Faculty of Art, hat 2010 eindrucksvoll und ungewöhnlich 100 aktuelle Porträts mit Lebensläufen überlebender, radioaktiv belasteter Bürger („Hibakusha“) publiziert. Mit Schülerinnen und Schülern aus Nordhessen könnten als Fortsetzung des Projekts nun illustrierte Berichte entwickelt werden, etwa unter dem Titel: „Gute und schmerzliche Erlebnisse meiner Familie“. Es lebe die Projektwoche!

Gibt es Informationsmaterial für interessierte Kolleginnen und Kollegen?

Die Carl-Bantzer-Schule in Schwalmstadt, mit der ich das Projekt begann, hat einen schönen Katalog herausgegeben, der über die Grundzüge informiert und die Ergebnisse der Schüler aus Japan und Deutschland dokumentiert (www.cbs-schwalmstadt.de). Auf youtube.com gibt es einen Film über das Projekt „Frieden ist konfliktreiche Zeit ohne Krieg“. Darüber hinaus stehe ich gerne als Informant zur Verfügung oder zeige mein Atelier (0561-3103260).

Vielen Dank für das Gespräch.

Auf den Kopf gestellt



Kampfschrift gegen „Linksextremismus“ für Schulen

Seit September 2011 wird in deutschen Schulen in hunderttausendfacher Auflage, für Lehrkräfte und Schulklassen kostenlos und versandkostenfrei, eine Broschüre mit Unterrichtsmaterialien zu dem Thema „Demokratie stärken. Linksextremismus verhindern“ verteilt, in der es nicht um die Vermittlung sachlicher Informationen geht, sondern um die Diffamierung der gesamten Linken und überhaupt grundsätzlicher Gesellschaftskritik.

Den „Linksextremisten“ wird in vagen Behauptungen unterstellt, zu „schweren Gewalttaten“ bereit zu sein. So wird zum Beispiel behauptet, dass „Linksextremisten“ Brandanschläge auf Autos in Berlin durchgeführt hätten, wofür die Verfasser, die anonym bleiben, keine Beweise vorlegen. Auffällig ist, dass an Stelle der Beweise häufig Verfassungsschutzberichte zitiert werden.

Diese Kampfbroschüre stellt die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik auf den Kopf. Die Neonazigruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ermordete acht türkischstämmige Menschen und einen Mann griechischer Herkunft sowie eine Polizistin, sie bombten und überfielen Banken. Medienberichte diskutieren den Verdacht, dass der Verfassungsschutz in die Verbrechen der NSU verstrickt sein könnte, und die Zurückhaltung der Staatsanwaltschaft, in diese Richtung zu ermitteln, lässt demokratisches Denken und politische Verantwortung vermissen.

Kampf gegen linke Staatsfeinde

Während Terroraktionen in den letzten Jahrzehnten ausschließlich von Neonazis ausgingen, wird in den Schulen diese Broschüre verteilt, die „Linksextremisten“ pauschal zu Staatsfeinden erklärt. Dies ist Teil der politischen Strategie konservativer und reaktionärer Kreise, ihre politischen Sichtweisen in die Köpfe der Lehrerinnen und Lehrer und der Schülerinnen und Schüler zu dreschen. Die Kultusministerien unterstützen die Verteilung dieser Kampfbroschüre und machen sich der Komplizenschaft schuldig.

Die Broschüre erschien im Zeitbild Verlag, der seine Partner mit Erfolg in Politik, Wirtschaft und Medien sucht. Kooperationspartner sind nach der Website des Verlages alle Bundesministerien und der Bundespräsident. *Kristina Schröder*, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, hat das Vorwort verfasst, in dem sie dem „Linksextremismus“ den Kampf ansagt. Eine ihrer ersten Aktivitäten als Ministerin war eine erhebliche Kürzung der finanziellen Mittel für den Kampf gegen den Neofaschismus, den Schröder „Rechtsextremismus“ nennt.

Weitere Partner des Zeitbild Verlags sind zahlreiche Großunternehmen wie die Deutsche Bundesbahn, Lidl und Rewe, Medienunternehmen (Bild der Frau, Handelsblatt, ZDF), das Rote Kreuz und die Welthungerhilfe. Mitglieder im Stiftungsrat der Zeitbild Stiftung sind unter anderem *Prof. Dr. Dieter Stolte*, ehemaliger Herausgeber der rechtsliberalen „Welt“, *Bernd M. Michael*, Präsident des Deutschen Marketing-Verbandes, *Hans-Eberhard Schleyer*, ehemaliger Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, *Harald Weber*, Geschäftsführer der WHP Steuerberatungsgesellschaft, und *Nikolas Woischnik*, Internet-Unternehmer und Mitglied der Geschäftsleitung des Zeitbild Verlages.

Ziel des Zeitbild Verlags, so der Alleingesellschafter *Bernd Woischnik* in der FAZ vom 30. November 2009, sei es, „die Themen der Zeit so einfach aufzubereiten wie in der Bild-Zeitung“. Und genau dies tut die Broschüre für den Unterricht, die kostenlos an Lehrer und Schüler verteilt werden kann, weil interessierte Kreise die Kosten übernehmen.

Beispiele für „linksextremistische Gewalt“ sind unter anderem die Proteste gegen den G8-Gipfel in Rostock, Maidemonstrationen in Berlin und Hausbesetzungen. Über den Grund dieser Proteste wird kein Wort verloren. Einen „Höhepunkt“ der vielen Geschichtsverdrehungen und Halbwahrheiten stellt das Arbeitsblatt „Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus“ dar, das Schülerinnen und Schülern klar ma-

chen soll, dass sozialistische und kommunistische Widerstandskämpfer gegen den Nazifaschismus keine Demokraten gewesen seien. Die sozialistischen Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „Junge Welt“ werden als „linksextremistische Medien“ bezeichnet, die besser nicht gelesen werden sollten.

Bernd Woischnik, der die inhaltlichen Fäden mit seinen Partnern und Geldgebern zieht, beruft sich auf die wissenschaftliche Beratung durch *Eckhard Jesse*, Professor für Politikwissenschaften an der Technischen Universität Chemnitz, der mit aggressivem Antikommunismus die wissenschaftlich schon längst widerlegte Totalitarismusthese „Rot = Braun“ immer wieder belebt und Neofaschisten mit ihren unterschiedlichen Gegnern gleichsetzt.

Es liegt an den Lehrerinnen und Lehrern, die weitere Ausbreitung dieser Kampfbroschüre zu verhindern, um mit demokratischen Unterrichtsmaterialien gesellschaftliche Fragestellungen anzugehen. Sie gehört in den Mülleimer der Geschichte und in den des Lehrerzimmers.

Walter Wöll

DGB-Argumente zum Thema „Extremismus“

Der DGB-Blickpunkt „Extrem demokratisch“ setzt sich kritisch mit dem gegenwärtigen Revival der „Extremismustheorie“ in der politischen Diskussion und medialen Berichterstattung auseinander, die in der „Demokratieerklärung“, die Engagement gegen Nazis unter Generalverdacht stellt, fröhliche Urständ feiert. Diese Ausgabe des Blickpunkts ist eine Argumentationshilfe für betriebliche und außerbetriebliche Interessenvertretungen, Aktive in der Jugendpolitik und Jugendverbandsarbeit und für alle diejenigen, „die sich nicht in ein zu einfaches Gut-Böse-Schema eintüten lassen wollen“.

- Download: www.dgb-bestellservice.de > Extrem demokratisch



Espoir des enfants de la rue

Das Leben von Straßenkindern im Senegal

Angela Schmidt-Bernhardt ist seit über 30 Jahren GEW-Mitglied, war in Frankfurt und in Nordhessen im Schuldienst und ist seit 2003 pädagogische Mitarbeiterin an der Philipps-Uni-

versität Marburg. Im Sommer machte sie mit ihrem Mann eine Reise in den Senegal, wo sie in Entwicklungsprojekten engagierte französische Freunde besuchte.

Makhtar setzt meinen breitkrepigen Strohhut auf, lässt sich lachend damit fotografieren, regt sich auf über die Ungerechtigkeiten der Welt und schwärmt für den großen Marabou *Amadou Bambou*. Der widersetzte sich im Jahr 1895 der französischen Kolonialmacht in Saint Louis, der Hauptstadt Französisch-Westafrikas, wurde von den Franzosen ins Exil nach Gabun geschickt, fand bei seiner Rückkehr sieben Jahre später zahlreiche Anhänger und gründete schließlich die Bruderschaft der Mouriden. Makhtar kämpft für die Straßenkinder in Saint Louis, er kämpft mit Leib und Seele, er schließt alle ins Herz, die ihn darin unterstützen, und wir sind für ihn *Papa bonheur* und *Maman bonheur*. Vor drei Jahren starb seine Mutter, doch jetzt schaut er

mich an und sagt: „Jetzt habe ich wieder eine Mutter.“

Mit seinem Bruder *Daouda* gehen wir in die Daaras. Eigentlich ganz harmlos der Name einer jeden Koranschule, doch hier handelt es sich um die Orte, an denen die Straßenkinder wohnen, sandige Höfe, Bretterverschläge, auf dem sandigen Boden ein oder zwei Matten; zwanzig und mehr Kinder wälzen sich auf den Matten, lachen, als wir kommen, strecken uns zur Begrüßung die kleinen schmierigen Hände entgegen.

Es sind die Talibés, die Straßenkinder von Saint Louis. Sie kommen aus dem Norden, aus Podor, aus Mauretania und Mali: Die Eltern haben sie der Obhut des Marabous anvertraut; manche sind erst fünf Jahre, und werden schon dem Marabou mitgeschickt. Bis zur Volljährigkeit bleiben sie bei ihm, sollen sie bei ihm bleiben. Einige ergreifen die Flucht, versuchen irgendwie nach Hause zu gelangen. „Der kleine Ibou aus dem Daara Nr. 4 ist schon fünfmal weggelaufen“, erzählt Daouda. Talibés, so bezeichnete man ursprünglich die jungen Studenten einer Koranschule, dann wurde der Begriff ausgeweitet auf alle Gläubigen, die einem spirituellen Führer, einem Marabou, folgen. Und schließlich werden im Senegal die Straßenjungen so genannt. Auch wenn das Betteln seit 2005 offiziell verboten ist, besteht das System fort. Viele kleine Talibés kommen heutzutage aus den Nachbarländern Senegal, Mali, Gambia und Guinea, da dort die Kinderschutzgesetze strenger durchgesetzt werden und ihre Eltern sie nicht mehr so unbehelligt einem Marabou überlassen können. Vorsichtige Schätzungen sprechen von zweihundert- bis dreihunderttausend Talibés im Senegal. Daouda ist ein schmaler, hoch aufgeschossener junger Mann in engen Jeans und einem hellen T-Shirt. Wir treffen ihn zunächst im Haus seines Vaters, vormittags, im Süden der Insel

von Saint Louis. Er lässt uns ins Haus, führt uns durch einen ruhigen Innenhof in ein kühles Wohnzimmer mit Ventilator. In riesigen Polstersesseln, die mit Tüchern abgedeckt sind, nehmen wir Platz; vor uns am Boden auf seiner Matte kniet ein älterer Herr im Gebet, den uns Daouda kurz darauf als seinen Vater vorstellt.

Daouda, der ältere Bruder Makhtars, ist 29 Jahre alt. Er arbeitet in einer Fabrik, in der die Eisblöcke, die zum Transport des reichhaltigen Fischfangs von Saint Louis bis in das 265 km entfernte Dakar nötig sind, gepresst werden. Als wir ihn treffen, hat er wegen des Ramadan gerade ein paar Tage Urlaub. So kann er sich ganz der Arbeit mit „seinen“ Kindern in den Daaras widmen.

Drei Jahre ist es her, dass Daouda mit seinem jüngeren Bruder Makhtar und einigen Freunden die *Association espoir des enfants de la rue* gründete. Seitdem haben die jungen Männer ihren Lebensinhalt gefunden: Daouda, der Fabrikarbeiter, Makhtar, der Bäcker, und *Amadou*, der Künstler, wie er sich selbst nennt. Mit einem Freund verkauft Amadou im Herzen von Saint Louis, da wo die Touristen sich tummeln, Holzketten, Skulpturen aus Teak- und Ebenholz und Batikkleidung, alles hergestellt von Amadous Familie. In der Mittagshitze, wenn das Thermometer weit über 35 Grad klettert und die potenziellen Käufer Siesta machen,

Globale Bildungskampagne

Mit weltweiten Aktionswochen vom 22. April bis 10. Juni 2012 will die Globale Bildungskampagne in diesem Jahr auf die Bedeutung der frühkindlichen Bildung aufmerksam machen. Immer noch haben mehr als 200 Millionen Kinder keinen Zugang zu frühkindlicher Bildung und Erziehung. Deren Zahl wird durch das schnelle Bevölkerungswachstum, vor allem in Ländern Afrikas südlich der Sahara, in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Besonders gering ist in den Ländern des Südens die Zahl der Mädchen und der Kinder mit Behinderung in frühkindlichen Einrichtungen. „The Big Picture – das große Bild“ ist das weltweite Motto der diesjährigen Aktionswochen, das Motto der GEW lautet „An die Stifte, fertig, los“.

- *Anmeldungen, Materialien und Stifte: www.bildungskampagne.org*
- *Postkarten zum Ausmalen sind bei der GEW erhältlich: www.gew.de/Weltklasse_An_die_Stifte_fertig_los.html*



verlässt Amadou den Verkaufsstand, greift zur schwarzen Kunststofftasche und macht sich mit Daouda auf den Weg zu den Kindern.

Während Amadou kleine Wunden verarztet, Kinderköpfe entlaust und umsichtig Augentropfen gegen Entzündungen einträufelt, lässt Daouda die Kinder rechnen, beginnend mit einfachsten Additionsaufgaben bis zum Multiplizieren und schließlich dem Dividieren, das nur wenige Kinder ansatzweise beherrschen.

In Saint Louis, einer Stadt von 150.000 Einwohnern, leben, so die Schätzungen, 15.000 Talibés, ausschließlich Jungen zwischen fünf und 18 Jahren, die von ihren Eltern in die Obhut eines Marabous gegeben wurden. Unzählige Marabous leben im Senegal. Für westliche Besucher sind sie schwer zu begreifen. Amary, ein Lehrer aus Kao-lack, gibt uns eine Einordnung: Da sind erstens die Marabous, die als geistliche Autoritäten (Cheikhs) durch ihre besondere Kenntnis des Islam Autorität erworben haben. Die zweite Gruppe der Marabous verfügt über besondere hellseherische und heilende Kräfte. Sie erteilen Rat bei Problemen des familiären und sozialen Zusammenlebens und helfen bei wichtigen Lebensentscheidungen. Jeder Ringkämpfer oder Fußballer holt sich vor dem sportlichen Einsatz Kraft bei seinem Marabou. Politiker und Geschäftsleute tragen unter ihrer Kravatte das *gris gris*, ein Amulett, das ihnen ihr Marabou zum Zeichen seiner Unterstützung gegeben hat. Es gibt Marabous, die einfühlsam und sachkundig ihre Anhänger beraten, die sich sorgsam um die ihnen anvertrauten Talibés kümmern, aber es gibt auch die dritte Gruppe, die Scharlatane, die angeblich Heil bringende Amulette gewinnbringend verkaufen und aus dem Betteln der Talibés Profit ziehen. In der Koranschule, der Daara eines Marabous, leben bis zu 30 Kinder auf engstem Raum. Einzige Beschäftigung ist das Studium des Korans, einziger Besitz eines jeden Kindes ist die Holztafel, auf die die Suren in arabischer Schrift geschrieben werden.

Die kleinen Talibés kennen weder öffentliche Schulen noch regelmäßige Mahlzeiten oder ungefleckte Kleidung. Morgens und abends schickt der Marabou sie mit einer Plastikschaale versehen auf die Straße zum Betteln. Den Armen und Bettelnden etwas zu geben, das ist eine Säule des Islam, darauf stützt sich das Lebensprinzip jedes



kleinen Talibés und seines Marabous. Obwohl per Gesetz im Senegal verboten, soll es immer noch Marabous geben, die die ihnen anvertrauten Talibés schlagen, wenn diese nicht genug Almosen „nach Hause“ bringen.

Über solche Marabous empören sich Makhtar und seine Freunde. Mit solchen Marabous arbeiten sie nicht zusammen. Doch mehr noch, viel mehr noch, empören sie sich über die Eltern, die ihre Kinder weggeben, ohne zu wissen, aber auch ohne wissen zu wollen, was mit ihnen in den Daaras geschieht. Von den 15.000 Talibés erreichen die jungen Männer der *Association espoir des enfants de la rue* gut 150 in insgesamt fünf Daaras bei fünf verschiedenen Marabous. Mit ihrer Arbeit wollen sie

- den Kindern ein soziales und erziehendes Umfeld bieten,
- eine gesundheitlich stabile Basisversorgung und ein entsprechendes Umfeld für die Kinder schaffen
- jedem Kind eine Matratze, eine Decke und Kleidung geben,
- entwicklungsförderliche Orte für die Kinder schaffen,
- sportliche und kulturelle Aktivitäten für die Kinder organisieren und
- den Kindern künstlerisch-kreative Anregungen bieten.

Ein paar Stifte, kopierte Blätter, Schulfefte, Verbandszeug und Jod, all das benötigen sie täglich, wenn sie zwischen 13 und 15 Uhr ihre Runde durch die Daaras machen. Alles kostet Geld; sie zahlen von ihrem Ersparten und sammeln über die Association Spenden. Die Kinder danken es mit Anhänglichkeit, mit Dankbarkeit, mit einem Lächeln in den Augen.

Der Traum der freiwilligen selbst ernannten Krankenpfleger und Erzieher: Ein großer, gut ausgestatteter Mehrzweckraum, in dem die Kinder nicht nur Basiswissen erwerben, sondern auch sportlichen Aktivitäten nachgehen können. Die Unterstützung durch europäische Freunde bringt sie dem Traum ein wenig näher. Das ist auch Makhtars Leben:

„Früher wollte ich wie so viele andere auch ins Paradies nach Europa. Einmal habe ich es mit der Pirogge versucht. Ich bin gescheitert. Jetzt weiß ich, dass ich hier gebraucht werde. Jetzt bleibe ich hier.“

Angela Schmidt-Bernhardt

- Fotos, Texte und Kontaktadressen zur Initiative „Espoir des enfants de la rue“ findet man auf der Homepage www.talibes.atlantik.fr



Gender und Diversity

Vielfalt „benachteiligungsfrei“ gestalten

„Wie feiert Ihr denn Weihnachten?“ Die wohlmeinende Frage kann auch eine Diskriminierung sein, eine subtile. Um diese latenten Formen des Ausschlusses sollte es gehen bei der Afl-Veranstaltung „Gender und Diversity“ im Dezember 2011, um Ausgrenzung aufgrund der Herkunft oder des Geschlechts, betonte als Gastgeberin *Verona Eisenbraun*, Gleichstellungsbeauftragte im Amt für Lehrerbildung Hessen (Afl). Die Veranstaltung stand im Rahmen von „Xenos – Integration und Vielfalt“, einem BMFSJ-Programm, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird. In der jetzigen zweiten „Tranche“, so Afl-Direktor *Frank Sauerland*, will das Amt für Lehrerbildung eine „demokratisch-kommunikative Kultur“ fördern, die – im Lehrerzimmer zum Beispiel – oft durch tradiertes Rollenverhalten behindert werde. Im Umgang miteinander sei das Genderthema von „großer Bedeutung“.

„Das Latente, unbewusste Rollenmuster, nach denen man sich verhält, sind das Schwierige, deshalb bin ich da“, bekannte eine Referendarin aus Frankfurt. Zugewanderte können dazu Geschichten erzählen. „Haben Sie Heimweh?“ wurde ich im Café gefragt, nur weil ich dunkle Haare habe und einen Akzent“, berichtete eine Türkin. Ihre Antwort, auf die sie einiges Nachdenken verwandte: „Ich war nur so kurze Zeit in Thüringen zum Wandern, da hatte ich gar kein Heimweh nach Wiesbaden.“ Mit einer Frage, die freundlich Kontakt herstellen sollte, war das Gegenteil erreicht worden. In der Wahrnehmung der Türkin hatte die Frage ihr Anderssein betont.

Alle Kulturen konstruieren ihre Wahrheit nach dem Muster „normal oder fremd“, erklärte *Peter Döge*, Politikwissenschaftler und Organisationsberater aus Berlin. In diesem Schema erfolgt die Bewertung, das ist eine überkulturelle Konstante. Ist es dann überhaupt möglich, Diskriminierung zu vermeiden?

Es ist eine Frage der Haltung, betonte *Andreas Lenz*, stellvertretender Leiter in der Abteilung I des Hessischen Kultusministeriums. Aber die Anlage von

Haltungen werde in den Elternhäusern vernachlässigt. Kinder seien dort nicht frühzeitig mit Werten konfrontiert, diese Aufgabe falle der Schule zu. Die Integrationsleistung der Schule wiederum hänge von der Kompetenz der Lehrkräfte ab.

Insofern ist das Bewusstmachen des Latenten eine Querschnittsaufgabe – für alle. „Besonders für Schülerinnen und Schüler, als junge Menschen noch nicht gefestigt, ist es schwer, sich auf Fremdheit einzulassen. Es ist aber für alle Altersgruppen ein Wagnis“, sagte *Andreas Lenz*. *Nurgül Altuntas*, neben *Peter Döge* Referentin des Tages, lieferte sofort einen Beleg. Als freigestellte Lehrerin hatte sie in einer Arbeitsgruppe bis in den Abend hinein mitgearbeitet, bis ihr auffiel: „Ich muss nach Hause, mein Mann wartet!“ Sie erntete außerordentlich verständnisvolles Kopfnicken. Das Vorstellungsbild in den Köpfen der Deutschen, die ‚türkische Eheverhältnisse‘ assoziierten, konterkarierte sie ironisch: „Ich muss nach Hause, sonst gibt es Schläge.“

Die echte Begegnung, ohne die alle Offenheit intellektuelle Attitüde bleibt, die *Andreas Lenz* einforderte, ist also gar nicht so einfach herzustellen.

Peter Döge entlastete die beschämten Deutschen. Das Konzept des *Diversity Management* böte Strategien. Vor allem basiere es auf dem Grundsatz „Wie können wir es noch besser machen“, nicht auf der Verurteilung „Ihr habt es falsch gemacht.“

Peter Döge stellte die Frage: Wie lässt sich Vielfalt „benachteiligungsfrei“ gestalten? Hilfreich ist dabei die Suche nach der Entstehung von Stereotypen. Stereotype dienen der Reduktion von Komplexität, so *Döge*. Sie haben eine Wirkung auf unsere Erwartungen. Damit beobachtete Handlungen nicht unserer Erwartung widersprechen, deuten wir sie in unserem Vorstellungsmuster. So werden Stereotype bestätigt. Ein ewiger Kreis? Nein, meinte *Peter Döge*, wir können über diese Schleife nachdenken.

Sehr hilfreich ist dabei, Merkmale wie Habitus, soziale Herkunft, Sprache, Aussehen oder Geschlecht zu hin-

terfragen. „Wie genau?“ muss die Frage lauten. Also nicht: „Ernährst du dich nach islamischen Speisevorschriften?“, sondern: „Was isst du?“ Nicht „Welche Religion hast du?“, sondern „Bist du fromm?“ Nicht nur auf „Migration“, sondern auch auf „sozioökonomischen Status“ schauen, und schon finden sich in einer bestimmten Schülergruppe auch Deutsche. Unterschiede verlaufen dann längs anderer Trennungslinien.

„Begriffe so zu hinterfragen, das war fruchtbar“, so das Fazit einer Lehrerin an einer Darmstädter Fachschule für Sozialpädagogik. Sie hat künftigen Erzieherinnen Praxisaufgaben zu stellen. „Ich muss dann formulieren, auf welche Merkmale zu achten ist, wenn sie Gruppen beobachten. Das werde ich künftig aufmerksamer tun.“

Ideen, die sofort umgesetzt werden können, wurden gesammelt, zum Beispiel: Arbeiten anonymisiert korrigieren – wie bei Bewerbungen ohne Bild und Namen; *Broken Windows* kitten: Wir Lehrkräfte achten auf Sauberkeit und Ordnung, so dass für die Jugendlichen ein beruhigender Rahmen entsteht. Fragen, die Einzelne künftig stellen wollen, lauteten: Wer kommt zu Elternabenden, wer warum nicht? Wer wird in den Klassen 5 und 6 querversetzt? Wem gebe ich eine Gymnasialempfehlung, wem nicht? Mädchen werden benachteiligt, wenn Jungen auf sich aufmerksam machen, auch oft im Unterricht. „Ich werde mich künftig selbst beobachten“, bekannte die Referendarin aus Frankfurt, „ich will wissen, ob auch ich Jungen häufiger zu Wort kommen lasse als Mädchen.“

Birgitta M. Schulte

XENOS – Integration und Vielfalt

Das Bundesprogramm XENOS integriert Aktivitäten gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus an der Schnittstelle zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitswelt: www.esf.de

Dialog der Kulturen

Ein Wettbewerb zur interkulturellen Bildung

Langsam arbeiten sich die Jugendlichen auf ihrem Weg voran, vorbei an grünen Hügeln, immer die Lahn entlang. Ein kleiner stämmiger Esel stupt einen Jungen aus der Gruppe frech an. Seit zwölf Tagen sind die Schüler mit zwei tierischen Begleitern unterwegs. Marburg, das Ziel der Reise, ist fast erreicht.

Die Pilgertour der Förderschüler aus Nordhessen hat einen pädagogischen Sinn. Sie lernen, sich als Gruppe einer Herausforderung zu stellen. Doch es gibt noch einen weiteren Grund: Sie wollen Judentum, Christentum und Islam näher kennenlernen. Die Route führt deshalb vorbei an Moscheen, Synagogen, Kirchen und Friedhöfen. Hier entdecken sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede der drei großen Weltreligionen.

Wie zehn andere Schulen aus Hessen nehmen auch die Pilger am „Dialog der Kulturen“-Schulenwettbewerb der Herbert Quandt-Stiftung teil. Der größte interkulturelle Wettbewerb im Bildungssektor in Deutschland will Schulen aller Schulformen ab Klassenstufe 5 ermöglichen, die Pluralität ihrer Schülerschaft und der Gesellschaft insgesamt zum Thema zu machen und die Verständigung zwischen Judentum, Christentum und Islam zu fördern.

Während die Nordhessen die Vorzüge der freien Natur genießen, sitzen Schülerinnen und Schüler einer Bad Homburger Gesamtschule vor flackernden Computerbildschirmen. Sie arbeiten an der Internetseite www.religio.eu. Die Schule hat an einer früheren Runde des Dialog-Wettbewerbs teilgenommen. Verschiedene Jahrgänge und Zweige der Schule hatten Beiträge zum Jahresmotto „Was glaubst Du denn?“ erarbeitet und sie auf der eigenen gestalteten Internetpräsenz veröffentlicht. Heute führt eine AG der 9. Klassen das Projekt weiter. Auch andere Schulen aus der Region nutzen die Seite als Recherchetool.

Mit der AG hat die Schule erreicht, was der Stiftung mit ihrem Wettbewerb so wichtig ist. Die Auseinandersetzung mit den drei Religionen ist auch nach der Teilnahme im Lehrplan der Schule verankert.

Nicht nur allgemeinbildende, auch Berufsschulen können mitmachen. Schüler einer Frankfurter Modeschule verfolgen mit Spannung, wie Vertreter von Presse, Studienseminaren, Schülern und Religionsgemeinschaften den Zwischenstand ihrer Arbeit betrachten. Lange schon arbeiten sie an dem „Textilen Kulturdenkmal“, mit dem sie die religiösen Wurzeln von Kleidung in unterschiedlichen Kulturen erforschen. Es ist Halbzeit im Wettbewerb und viele Gäste sind zum „Markt der Möglichkeiten“ gekommen. Bei der Veranstaltung lernen die Teilnehmer die Mitstreiter ihres Bundeslandes kennen, holen sich Anregungen und tauschen sich aus.

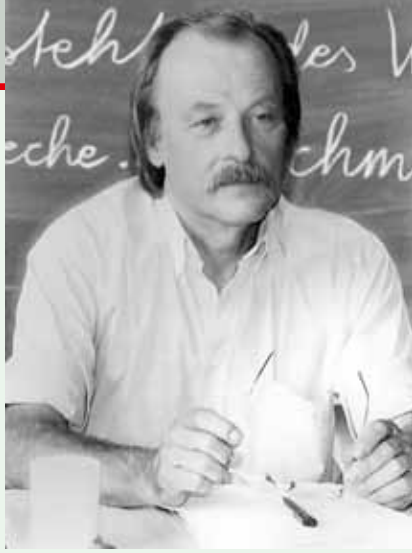
Die Beispiele zeigen: Den Formen der Projektarbeit im „Dialog der Kulturen“-Schulenwettbewerb sind kaum Grenzen gesetzt. Unterrichtseinheiten, Lernspiele, Kunstarbeiten, Ausstellungen, Theaterstücke, Musicals, Filme – das sind nur einige Ideen, die Schulen im Laufe der Jahre realisiert haben. Hessen ist von Anfang an dabei. Das Saarland und Rheinland-Pfalz zogen nach. Ab 2012 können auch Schulen aus Bremen und Hamburg teilnehmen. Bis heute haben rund 25.000 Schüler und über 120 Schulen am Wettbewerb teilgenommen und mit ihren Ideen einen Beitrag zur Integration und zum interkulturellen Lernen

in der Schule geleistet. Die Bewerbungsphase für das Schuljahr 2012/2013 ist gerade angelaufen. Das Motto: „Mensch, Kreatur, Natur – Was sagen Judentum, Christentum und Islam?“

Wer mit seiner Bewerbung erfolgreich ist, kann sich auf 3.500 Euro Startgeld freuen. Mit diesem Geld können die Schulen selbstständig ihre Projekte realisieren – orientiert an den Bedürfnissen von Schülerschaft, Schulform und Region. Im Wettbewerb hält die Stiftung intensiven Kontakt zu den Schulen, lädt sie zum Auftakt ein, macht Schulbesuche, organisiert den „Markt der Möglichkeiten“. Eine unabhängige Jury kürt am Ende die Siegerprojekte, auf die weitere Förderpreise in Höhe von insgesamt 60.000 Euro warten. Gute Chancen hat ein Projekt, das Modellcharakter besitzt. „Die Teilnehmerschulen sollen Vorbild für andere werden“, sagt *Dr. Bernadette Schwarz-Boenneke*, verantwortlich für die Gesamtleitung des Wettbewerbs.

- Weitere Informationen zum Wettbewerb unter www.dialog-schulenwettbewerb.de.
- Eine religionspädagogische Auswertung des Wettbewerbs mit zahlreichen Good-Practice-Beispielen ist im Klett Kallmeyer-Verlag erschienen: *Clauß Peter Sajak (Hg.), Dialogisch lernen. Bausteine für eine interkulturelle und interreligiöse Projektarbeit (mit DVD)*.





Dr. Hartwig Schröder: Eine Ära geht zu Ende

Es klingt pathetisch, doch in diesem konkreten Fall stimmt es einfach: Mit der Verabschiedung von *Hartwig Schröder* in den Ruhestand geht eine Ära zu Ende. Seit mehr als 30 Jahren – genauer seit dem 1. Januar 1981 – ist Hartwig Schröder die personifizierte juristische Kompetenz der hessischen GEW, zunächst als Justiziar, seit 1987 zusätzlich als gewählter Leiter der Landesrechtsstelle mit Sitz im geschäftsführenden Vorstand.

Entsprechend vielfältig sind die Themengebiete, die er bearbeitete. Sein Œuvre sammelt sich in zahlreichen Broschüren, Informationen und auch in der HLZ.

Seine Erfolge in den juristischen Auseinandersetzungen zu Fragen des Personalvertretungsrechts, der Bezahlung der Mehrarbeit bei Teilzeitbeschäftigten und bei der Überprüfung von befristeten Arbeitsverträgen im Schulbereich sind beachtlich und kamen vielen Kolleginnen und Kollegen zugute.

Besonders hervorzuheben ist jedoch der Einsatz von Hartwig Schröder in der Frage des Streikrechts von Beamtinnen und Beamten. Jahrzehntlang war hier die juristische Front geschlossen: Streiks sind mit dem Beamtenrecht unvereinbar.

Bereits 1989 anlässlich des ersten flächendeckenden Streiks von beamteten Lehrkräften in Hessen (und in einem bundesrepublikanischen Flächenstaat) hat Hartwig Schröder in einem Fernsehinterview die Überzeugung formuliert, dass auch die herrschende juristische Meinung mittel- bis langfristig zu Korrekturen gezwungen sein werde, sofern Beamtinnen und Beamte sich immer wieder das Streikrecht nehmen und damit die öffentliche Debatte befeuern.

Nachdem in den letzten Jahren bereits der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte infrage gestellt hatte, gab es im vorigen Jahr nun auch erstmals Urteile von deutschen Gerichten – vor allem ein Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel –, die die

Position der GEW „Streikrecht ist Menschenrecht“ bestätigen. Für diese Erfolge kann Hartwig Schröder zu Recht einen maßgeblichen Anteil für sich in Anspruch nehmen.

In der jahrzehntelangen Arbeit für die GEW ist es ihm in der täglichen Praxis immer wieder gelungen, den Spagat zwischen der Fortentwicklung juristischer Positionen und der konkreten Beratung der Mitglieder in allen „irgendwie“ rechtlichen Fragen erfolgreich zu vollführen.

Leiten ließ er sich dabei stets von der Erkenntnis, dass rechtliche Positionen immer auch gesellschaftliche Machtfragen ausdrücken und nicht als Naturgesetz unveränderbar sind.

Eine ausführliche Würdigung aller von ihm bearbeiteten Themen würde den Rahmen eines HLZ-Artikels sprengen.

Im Alltag in der Geschäftsstelle ist Hartwig Schröder nicht nur für seinen enormen Verschleiß von Diktiergeräten bekannt, sondern auch für die weit gefächerten Interessen, die von der Oper bis zum Skatspielen reichen.

Als allseitig gebildete Persönlichkeit im klassisch Humboldtschen Sinne hat er sich dabei nie auf die reine juristische Materie beschränkt, sondern rechtliche Stellungnahmen immer auch mit Aussagen zu politischen, historischen und pädagogischen Fragen verknüpft.

Nachdem Hartwig Schröder am 1. Februar 2012 65 Jahre alt wurde, geht er nun zum 1. März „in Rente“.

Dies wird aber nicht das Ende aller Aktivitäten für die GEW bedeuten. In den nächsten zwei Jahren wird er als stellvertretender Leiter der Bundesrechtsstelle weiterhin die juristische Auseinandersetzung um das Beamtenstreikrecht vorantreiben können.

Wir danken Hartwig Schröder für die geleistete Arbeit und wünschen ihm endlich mehr Zeit für die anderen angenehmen Dinge des Lebens, für freie Wochenenden, Reisen und Gartenarbeiten.

Ulrich Martin

Antrag zu Jahressonderzahlung stellen

Beschäftigte, für die der TV-H, die entsprechenden Tarifverträge an der Goethe-Universität oder der TUD oder der TVöD gilt, erhielten im November 2011 eine Jahressonderzahlung. Die Höhe bestimmt sich nach der Entgeltgruppe und -stufe. Nach den tariflichen Bestimmungen erfolgt eine Kürzung der Jahressonderzahlung, wenn die Beschäftigung nicht das gesamte Kalenderjahr über ausgeübt wurde. Dann wird die Jahressonderzahlung für jeden vollen Monat, in dem kein Anspruch auf Entgelt beziehungsweise Entgeltfortzahlung bestand, um ein Zwölftel gekürzt. Umstritten ist, ob diese Kürzung auch zu erfolgen hat, wenn die Tarifbeschäftigten im Laufe des Jahres hintereinander mehrere befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst hatten. Die Arbeitgeber meinen, dass die Jahressonderzahlung nur auf der Basis des letzten Arbeitsverhältnisses zu berechnen sei. Hier das Beispiel für ein Kürzung:

- Einstellung in den Schuldienst im August 2010 mit einem Fristvertrag bis zum Unterrichtsende am 24.6.2011, erneuter Fristvertrag ab Anfang August 2011 wieder für ein Schuljahr
- Jahressonderzahlung nur für die Monate August bis Dezember (5/12) statt für die Beschäftigungszeit von 11 Monaten (Januar bis Juni und August bis Dezember).

Bereits im März 2011 hatte die GEW über das Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz (LAG; 8 Sa 579/09) vom 10. Februar 2010 berichtet, wonach eine anteilige Kürzung der Jahressonderzahlung bei mehrfach befristet Beschäftigten um die Zeiten vor einer Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses (z. B. durch die Sommerferien) gemäß § 20 Abs. 4 TV-L unzulässig sei. Das LAG Berlin-Brandenburg hat dagegen am 15.6.2011 (15 Sa 483/11) die Auffassung vertreten, dass Rechte aus einem früheren Arbeitsverhältnis nur dann im Rahmen des aktuellen Arbeitsverhältnisses berücksichtigt werden können, wenn sich dies eindeutig aus dem Wortlaut des Tarifvertrages ergibt. Gegen diese Entscheidung ist ein Revisionsverfahren beim Bundesarbeitsgericht (BAG; 10 AZR 594/11) anhängig.

Da noch keine Entscheidung des BAG vorliegt, berechnen die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes die Jahressonderzahlung allein auf Grundlage des letzten Arbeitsverhältnisses. Zumindest beim Land Hessen gilt dies nur dann nicht, wenn die einzelnen Verträge unmittelbar aneinander anschließen. Wenn die Verträge nur durch ein Wochenende unterbrochen sind, ist dies unschädlich.

Tarifbeschäftigte, die die Jahressonderzahlung nur auf Grundlage des letzten Arbeitsverhältnisses erhalten, sollten den Anspruch auf ungekürzte Sonderzahlung für das Jahr 2011 schriftlich geltend machen. Nur so können sie ihren Anspruch auf „ungekürzte Zahlung“ für den Fall einer positiven Entscheidung des BAG sichern. Beschäftigte, die einen entsprechenden Antrag bereits für die Jahressonderzahlung 2010 gestellt haben, sollten den Antrag auch für 2011 stellen.

Ansprüche aus Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst verfallen, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach ihrer Fälligkeit gegenüber dem Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden. Kolleginnen und Kollegen, deren Jahressonderzahlung für das Jahr 2011 gekürzt wurde, sollten deshalb die restliche Jahressonderzahlung beim Arbeitgeber innerhalb der sechsmonatigen Ausschlussfrist schriftlich geltend machen. **Die Ausschlussfrist endet am 31. Mai 2012.**

Bei Tarifbeschäftigten des Landes Hessen erfolgt die Geltendmachung direkt bei der Hessischen Bezugsstelle in Kassel. Antragsmuster findet man im entsprechenden Info der Landesrechtsstelle auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich).

Die Höhe der Jahressonderzahlung 2011 beträgt in Bereich des TV-H 90 % für die Entgeltgruppen E1 bis E8 und 60 % für die Entgeltgruppen E9 bis E15, im Bereich des TVöD 90 % für die Entgeltgruppen E1 bis E8 (S2 bis S8), 80 % für die Entgeltgruppen E9 bis E12 (S9 bis S18) und 60 % für die Entgeltgruppen E13 bis E15.

Annette Loycke
Landesrechtsstelle der GEW

Fehlstart für selbstständige Schulen

Der Start der 24 neuen „selbstständigen Schulen“ geriet am 1. Februar 2012 zum Fehlstart. GEW Hessen und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) hatten vor dem geplanten Starttermin noch mal ausdrücklich auf die Vorschrift des neuen Hessischen Schulgesetzes hingewiesen, dass für die Einrichtung einer „selbstständigen Schule“ eine Konzeption der jeweiligen Gesamtkonferenz vorgelegt werden muss (§ 127d). Entsprechende Beschlüsse lagen nach Kenntnis der GEW Hessen in den meisten Fällen nicht vor, in einem Fall hatte die Gesamtkonferenz die Teilnahme an dem Projekt sogar explizit abgelehnt. Jetzt stellte das Kultusministerium klar, dass die den „selbstständigen Schulen“ übertragenen Zuständigkeiten bis auf Weiteres keine Gültigkeit haben.

Enttäuschendes Urteil zu Kettenverträgen

„Das Urteil der 2. Kammer des Europäischen Gerichtshofs vom 26.1.2012 zur Zulässigkeit von Kettenarbeitsverträgen kann nur rundherum als enttäuschend bezeichnet werden“, erklärte *Hartwig Schröder*, Justiziar der GEW Hessen. Mit dem Beschluss vom 17.11.2010 hatte das Bundesarbeitsgericht (BAG) dem EuGH die Frage vorgelegt, ob in Bereichen, in denen ständig in erheblichem Umfang Vertretungsbedarf anfällt, eine Abdeckung dieses Bedarfs durch wiederholte befristete Arbeitsverträge mit EU-Recht, das die missbräuchliche Verwendung des Instruments der befristeten Arbeitsverträge verbietet, vereinbar ist. „Das öffentliche Schulwesen ist ein Bereich, in dem Kettenverträge seit Jahrzehnten gang und gäbe sind. Von daher hatten viele Lehrkräfte und die GEW die begründete Hoffnung, der EuGH werde der Kettenvertragspraxis auch im öffentlichen Schulwesen ein Ende setzen. Diese Hoffnung hat getrogen. Dies müssen wir zunächst bedauernd zur Kenntnis nehmen“, erklärte Schröder. Mit dem Urteil werde der „Ball in das Feld der Politik zurückgespielt“. Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltung könnten die unsägliche Kettenvertragspraxis jederzeit beenden. Die GEW werde diese Forderung weiterhin mit Nachdruck vertreten.



Friedel Beyer: 50 Jahre in der GEW

Sigrid Rohleder vom GEW-Kreisvorstand Wiesbaden gratulierte Friedel Beyer zu 50 Jahren GEW-Mitgliedschaft. Er trat 1961 bereits während des Studiums in Weilburg in die GEW ein und arbeitete zunächst an einer Volks- und Realschule in Flörsheim. 1967 begann er trotz Widerständen der Schulleitung ein Aufbaustudium in der Fachrichtung Lernbehindertenpädagogik. 1971 wurde er Konrektor an der August-Hermann-Francke-Schule in Wiesbaden und auf Kreis- und Landesebene in der Fachgruppe Sonderschule aktiv.

1978 übernimmt er als Schulleiter die zweitgrößte Sonderschule Hessens, die Heinrich-Hoffmann-Schule in Frankfurt. Hier beginnt er in Kooperation mit dem italienischen Konsulat in Frankfurt ein Projekt, das die Rückführung von italienischen Kindern in die Regelschule zum Ziel hat. Ab 1986 übernimmt Friedel die Schulleitung der Blücherschule, einer Grundschule mit Förderstufe in Wiesbaden, und führt dort in Zusammenarbeit mit dem Kollegium den Gemeinsamen Unterricht ein. 1998 wird er Schulamtsdirektor im Staatlichen Schulamt Wiesbaden mit der entsprechenden Generalia-Aufgabe. Seit 2005 im Ruhestand beteiligt er sich weiter an Veranstaltungen der GEW insbesondere zur sonderpädagogischen Förderung und ist dabei ein kompetenter Ansprechpartner.

Wir wünschen ihm alles Gute in seiner weiteren (GEW-)Zeit und sind sicher, dass er noch so manchem Kollegen und mancher Kollegin hilfreich zur Seite stehen wird.

Wir gratulieren im März ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Doris Ahlgrim, Karben
 Gudrun Blümel-Büff, Baunatal
 Karin Bökel, Lahnau
 Monika Buchholz-Werner, Marburg
 Hans-Jürgen Demetz, Frankfurt
 Norbert Dietrich, Bad Hersfeld
 Christiane Fuchs, Burghaun
 Lieselotte Gebelein-Hammer, Staufenberg
 Karen Lisbeth Geisler, Wiesbaden
 Reinhard Geister, Kassel
 Hans Gerstmann, Schwalmstadt
 Wolfgang Grebe, Kassel
 Ulrich Grönegress, Frankfurt
 Fritz Hempfing, Bebra
 Karl Honikel, Schenklengsfeld
 Rudolf Hopf, Marburg
 Gerhard Hosemann, Schwalmstadt
 Josefa Hulsmeier, Ronneburg
 Margrit Jaxt, Rödermark
 Jürgen Kaucher, Wiesbaden
 Rudolf Kauer, Meinhard
 Helga Kaufmann, Offenbach
 Hans Peter Kemmler, Hauneck
 Hannelore Kuster, Buseck
 Hildegard Maier, Frankfurt
 Dietlind Maier-Metz, Marburg
 Prof. Dr. Ingeborg Maus, Frankfurt
 Werner Michel, Wiesbaden
 Gisela Mohr, Limburg
 Klaus Müller, Mörfelden-Walldorf
 Prof. Dr. Bernhard Nagel, Kassel
 Siegfried Nicklas, Frankfurt
 Otfried Niederauer, Worms
 Wolfgang Petermann, Frankfurt
 Hans Dieter Pfaue, Wehretal
 Manfred Rosenbaum, Wettengel
 Marina Roß, Wiesbaden
 Klaus Peter Salber, Heringen
 Marion Schacht-Sprenger, Frankfurt
 Elisabeth Schneider, Bad Sooden-Allendorf
 Christa Statjeva, Marburg
 Gudrun Steinwender, Kassel

Martin Steuber, Korbach
 Christian Strohbach, Frankfurt
 Beate Tiranno-Rötzel, Frankfurt
 Theo van Dieken, Dreieich
 Hans Dieter van Holst, Frankfurt
 Ludger Vogelbein, Marburg
 Wolfgang Weigand, Baunatal
 Valentin Wiedemann, Frankfurt
 Birgit Wunderlich, Gudensberg

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Karl-Christoph Lingelbach, Marburg
 Peter Römer, Kassel
 Dieter Zeller, Frankenberg

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Ulrich Eckel, Fulda
 Friedhelm Listmann, Kelsterbach
 Ingeborg Mähle, Schauenburg
 Klaus Tümmeler, Felsberg

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Horst Mikula, Seeheim-Jugenheim

... zum 75. Geburtstag:

Horst Bender, Kassel
 Dr. Wolfgang Christian, Offenbach
 Heinrich Hainmüller, Buseck
 Renate Hechler, Lautertal
 August Jäger, Kassel
 Peter Kleemann, Löhnberg
 Heidelore Lauer, Rauschenberg
 Klaus Lindemann, Kassel
 Klaus Mengler, Buseck
 Marianne Michaelsen, Rosbach
 Geoffrey Roberts, Oberursel
 Konrad Rüssel, Alsfeld
 Dieter Zeller, Frankenberg

... zum 85. Geburtstag:

Magdalena Runte-Krajnovic,
 Wächtersbach

... zum 90. Geburtstag:

Adelheid Schultz, Darmstadt

Sommerakademie in Masuren

Polnischlernen an masurischen Seen, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft Solidarnosc, die Deutsch lernen wollen – das und vieles mehr bietet die Sommerakademie Masuren vom 21.7. bis 1.8.2012 in Nowa Kaletka. Seit 1995 führt die GEW gemeinsam mit der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Fortbil-

dungs- und Begegnungsprojekt in Masuren durch, das rund 40 Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Polen für zwei Wochen zusammenbringt.

• Der Teilnahmebeitrag beträgt pro Person 700 Euro (Einzelzimmer) bzw. 550 Euro (Doppelzimmer). Anmeldung bis 31.3.: GEW-Hauptvorstand, Karin Gaines, Tel. 069-78973311

Das globalisierte Klassenzimmer

Mirko Niehoff und die Kasseler Lehrerin *Emine Üstün* sind Herausgeber des lesenswerten Buchs „Das globalisierte Klassenzimmer“ über „Theorie und Praxis zeitgemäßer Bildungsarbeit“. Migrationsbedingte Heterogenität ist in vielen Klassenzimmern in Deutschland mittlerweile eher Regelfall denn Ausnahme. Die Beiträge beschreiben und reflektieren theoretische Überlegungen, Zugänge und Ansatzmöglichkeiten einer Pädagogik im globalisierten Klassenzimmer und konkrete Praxismodelle und -beispiele. Einzelbeiträge befassen sich mit den Themen Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung und interkulturelle Geschichtsbetrachtung am Beispiel Nationalsozialismus und Antisemitismus.

- *Prolog-Verlag, Immenhausen bei Kassel, 181 S., 23,80 Euro, Bestellung im Buchhandel oder über den Prolog-Verlag: info@prolog-verlag.de, www.prolog-verlag.de, Tel. 05673-925067*

Verein auf Gegenseitigkeit

Die Debeka ist der größte Verein auf Gegenseitigkeit (VVaG) in Deutschland, ihre Kunden sind – ähnlich einer Genossenschaft – Mitglieder des Vereins. Jeder Euro, den die Debeka einnimmt, kommt den Versicherten unmittelbar oder mittelbar wieder zugute – sei es in Form von Versicherungsleistungen, Beitragsrückerstattungen, Alterungsrückstellungen oder Eigenkapital, das letztlich auch den Versicherten gehört.

Die private Krankenversicherung nutzt das Kapitaldeckungsverfahren, bei dem in jungen Jahren Beitragsanteile der Versicherten für das Alter zurückgelegt und verzinslich angesammelt werden. Die Mitglieder profitieren darüber hinaus von den stabilen Beiträgen.

Georg Büchner: 1813 bis 1837

Georg Büchner wurde nur 23 Jahre alt und zählt doch zu den weltweit bedeutendsten Dramatikern. Unter dem Motto „Büchner 12/13“ erinnert das Land Hessen an Georg Büchner, den genialen Autor, hochbegabten Naturforscher und demokratischen Revolutionär. Er starb vor 175 Jahren, am 19. Februar 1837. Geboren wurde er vor bald 200 Jahren, nämlich am 17. Oktober 1813, im südhessischen Goddelau. Informationen zu Veranstaltungen in ganz Hessen findet man unter www.buechner1213.de.

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule
März bis April 2012
Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne, interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

Politische Bildung

- Debattieren lernen (9.3.)
- Risiko Rating-Agenturen (4.4.)

Naturwissenschaften

- **Bernhard Grzimek:** ...rettete den Frankfurter Zoo (12.3.), ...erzählt von Nashörnern (13.3.), ... erzählt von Wanzen (14.3.)
- Rhythmen der Natur: Frühling (20.3.)
- Biodiversität (21.3.)
- Bärlauch, Schnittlauch und Co (5.4.)

Ethik und Religion

- **Todsünden:** Hochmut in der Mediengesellschaft (26.3.), Bonuszahlungen und Börsenkrach – Habgier heute (27.3.), Wollust zwischen sexueller Befreiung und Missbrauch (28.3.), Hooligans, Amok, Gewaltausbrüche – Früchte des Zorns (29.3.), Neid in der Leistungsgesellschaft (30.3.), Völlerei als Sünde gegen die Gesundheit (2.4.), Trägheit als aller Laster Anfang (3.4.)
- Podcast-Angebote „Wissenswert“ unter www.hr2-kultur.de; weitere Informationen, die aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte unter www.wissen.hr-online.de
- Sendungen der letzten Jahre „Wissenswert“ zum Downloaden für Schule und Unterricht beim „Bildungsserver Hessen“ als MP3-Datei unter <http://lernarchiv.bildung.hessen.de/hr/>
- Den wöchentlichen Newsletter mit Programminformationen zu „Wissen und mehr“ im hr-fernsehen und zu „Wissenswert“ in hr2-kultur kann man unter folgender E-Mail-Adresse beziehen: manfred@poepperl-online.de

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Sendungen für die Schule
Montag bis Freitag, 9.30 bis 10.15 Uhr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 45-minütige Sendestrecke, die nach §47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Kommentierte Programme erhalten Sie auf der Internetseite www.wissen.hr-online.de.

Geschichte

- **Videolexikon:** Keltisches Hessen (9.3.), Saalburg (13.3.), Römisches Wiesbaden (3.4.)
- **Die Stadt im späten Mittelalter:** Höllenangst und Seelenheil (8.3.), Mauern, Brunnen, Galgenstricke (15.3.), Handel, Handwerk, Marktgeschehen (22.3.), Gassen, Ghetto, Baubetrieb (29.3.), Frauen, Fortschritt, Vorurteile (5.4.)

Kunst, Musik und Neue Medien

- **Lesetipps:** Bergmann, Weber, Walser (23.3.), Seghers, Caner, Willemsen (30.3.)

Pädagogik

- **Future Kids:** Was Kinder prägt (12.3.), Was Kinder brauchen: Die Betreuung der Zukunft (19.3.), Kinder machen Zukunft – Chancen und Visionen (26.3.)

Psychologie

- **Gezeichnete Seelen:** Fisch am Haken (13.3.), Wahnsinnig zwanghaft (20.3.), Unsichtbar werden (27.3.), Immer und immer (und immer) wieder (3.4.), Ein Fremder auf dem Schulhof (10.4.), Blutige Tränen (17.4.)

Philosophie, Religion und Ethik

- **Die Zehn Gebote:** Banker's Blues (22.3.), In Gottes Namen (29.3.), Sonntagsmelodie (5.4.)

Weitere Reihen

- **Ich mach's** – Vorstellung von Berufen: jeden Mittwoch, 10-10.15 Uhr
- **Wissen macht Ah!** jeden Dienstag, 9.50-10.15 Uhr
- **Die Hauptstadtpraktikanten:** jeden Freitag, 9.30-9.55 Uhr

Bildung für Nachhaltigkeit

Horst Peter, Klaus Moegling und Bernd Overwien stellen eine praxiserprobte Konzeption politischer Bildung für nachhaltige Entwicklung vor, die an der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) orientiert ist. Die Geschichte des Verhältnisses der Menschen zur Natur führt zu einem gesellschaftspolitischen Verständnis der Nachhaltigkeit, das in Kontakt zu Fragen von Macht, Herrschaft, Konflikt und Interesse zu bearbeiten ist. Zahlreiche Beispiele aus der Unterrichtspraxis zeigen, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung konkret aussehen kann. Hierbei wird vor allem das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie im Unterricht thematisiert. Neben einer Analyse und Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklung stehen vor allem die Begegnung mit interaktiven Ernstfällen und deren gelingende Gestaltung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit im politikdidaktischen Fokus. Ein umfangreicher Dokumententeil mit Originaldokumenten aus der Nachhaltigkeitsdiskussion und den UN- bzw. UNESCO-Initiativen zu BNE rundet den Band ab.

• Horst Peter, Klaus Moegling und Bernd Overwien: *Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Bildung im Spannungsfeld von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie.* 290 Seiten, 28,80 Euro; Direktbestellung beim Prolog-Verlag über info@prolog-verlag.de oder www.prolog-verlag.de

Freizeit Aktiv — KLASSENFAHRTEN —

BERLIN	3 x ÜF	ab	92 €
FERIENPARK NORDSEE	4 x Ü	ab	115 €
LONDON	4 x ÜF	ab	115 €
CAORLE/VENEDIG	4 x Ü	ab	94 €
GARDASEE	4 x Ü	ab	88 €
TOSKANA	4 x Ü	ab	92 €
ROM	4 x ÜF	ab	108 €
CÔTE D'AZUR	4 x Ü	ab	82 €
PRAG	3 x ÜF	ab	66 €
COSTA BRAVA	4 x Ü	ab	99 €
KROATIEN	4 x Ü	ab	86 €

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

- ☉ Alle Preise exkl. Anreise. Individuelle Reisekosten a.A.
- ☉ Weitere interessante Ziele mit Bus-, Bahn- oder Low cost-Flug-anreise
- ☉ Verlängerungstage möglich
- ☉ Reiserücktrittsversicherung
- ☉ Attraktive Lehrer-Info-Reisen
- ☉ Bonus bei Buchung von 3 Klassen!
- ☉ Je 25 Schüler 1 Freiplatz
- ☉ Behindertengerechte Unterkünfte!

Fordern Sie unseren Katalog 2012 an!

Freizeit Aktiv Studienreisen GmbH
Postfach 1155 · D-64659 Alsbach
Fon: 0 62 57-9 98 19-0 · Fax: 9 98 19-25
info@freizeit-aktiv.de · www.freizeit-aktiv.de

Weiterbildung Freinet-Zertifikat

Die Freinet-Kooperative bietet unter der Schirmherrschaft von Enja Riegel eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung „Theorie und Praxis der Freinet-Pädagogik“ an, die im Dezember 2012 beginnt.

• Infos und Anmeldung: Freinet-Kooperative e.V., Siehwall 45, 28203 Bremen, Tel. 0421-344 929, mail@freinet-kooperative.de, www.freinet-kooperative.de

Stellentausch/Stellensuche

Hier könnte Ihre Anzeige stehen: Interessiert?

**Mensch & Leben
Verlagsges. mbH**

Tel.: (061 72) 95 83-16
Fax: (061 72) 95 83-21

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

8.

TRIALOG DER KULTUREN



SCHULEN WETTBEWERB

zu europäischer Identität und kulturellem Pluralismus

Mehr als 100 begeisterte
Schulen in sieben Jahren –

kreative Projekte zum
friedlichen Miteinander:

Der Trialog-Schulenwettbewerb
der Herbert Quandt-Stiftung
zeigt, wie Integration in
der Schule gelingt.

Das Motto des
Wettbewerbs 2012/2013:

Mensch, Kreatur, Natur
– was sagen Judentum,
Christentum und Islam?

- Machen Sie mit!
- Bewerben Sie sich mit Ihrer Schule für die Runde 2012/2013.
- Es winken je 3.500 Euro Startgeld und insgesamt 60.000 Euro Preisgeld.

**BEWERBUNGEN
BIS ZUM
30. APRIL 2012**

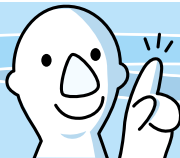
HERBERT QUANDT-STIFTUNG



INFOS: www.trialog-schulenwettbewerb.de oder ☎ 06172 404-505



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Pf. 3136 · 46314 Borken-Weseko

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
 Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH
 Esz. 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178150-25
 info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mit Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Tel. 0039 0547 672727, Fax 0039 0547 672767
 Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia
www.real-tours.de, E-mail: info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

NEU * Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug *** NEU**
 Nach Barcelona, nach Madrid, nach Sevilla, nach Spanien/Katalonien, nach Cesenatico

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 218,- HP

Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **Berlin**, nach **München**

Individuell für Lehrer und Begleiter:
 Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2012.

Weitere Informationen auch bei:
 R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
 Telefon (08322) 800 222, Fax (08322) 800 223



Klinik am Leisberg
 BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom
Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
 Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

BARCELONA

Spaniens Preishit!



ab **289 €**

5-tägige Flugreise



Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-8140 | spanien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Anzeigenschluss für die HLZ 4/2010: 15.3.2012

Klassenfahrten nach Berlin

(incl. Transfer, Unterbringung, Programmgestaltung nach Absprache)
kontakt@berlin-mit-biss.de, www.berlin-mit-biss.de

biss, Fichtestraße 30, 10967 Berlin, Tel. (030) 6936530

FRANKFURTER ARBEITSKREIS FÜR PSYCHOANALYTISCHE PÄDAGOGIK

3-jährige berufsbegleitende Weiterbildung in Psychoanalytischer Pädagogik

- Theorie der PsaPäd
- Supervision der beruflichen Praxis
- Gruppen-Selbsterfahrung

Beginn der nächsten Weiterbildungsgruppe: Frühjahr 2012 – Bewerbung ab sofort möglich

Nähere Informationen: Tel.: 069-701655, E-Mail: sekretariat@fapp-frankfurt.de Siehe auch: www.fapp-frankfurt.de

Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



Für Klubs, Schul-/ Jugendgruppen, Incentives oder Einzelteilnehmer

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
 tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

www.segeln.nl



BARCELONA

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 € p.P.**

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Routinen und Rituale für Lerner und Lehrer | 15-03-12, Frankfurt |

Hartz IV im Überblick für Lehrkräfte | 19-03-12, Frankfurt |

Gesund bleiben im Lehrerberuf – Strategien gegen Burnout | 21-03-12, Bad Zwesten |

Vom allgemeinen Gewaltverbot zur „Responsibility to Protect“ | 21-03-12, Frankfurt |

Aufbaukeramik | 22-03-12, Fulda | Vom Fingerspiel zum Tanzlied | 26-03-12, Marburg |

Heterogenität – bewährte Arbeitsformen und ihre Grenzen | 26-03-12, Wiesbaden |

2 + 2 macht 4 – Mengen und Zahlen bei Vorschulkindern | 26-03-12, Frankfurt |

Einführung in das entwicklungspädagogische Konzept (ETEP) | 26-03-12, Darmstadt |

Schulrecht – (k)ein Buch mit sieben Siegeln? | 27-03, 26-04 und 23-05-12, Frankfurt |

Poetry-Slam-Workshop – Moderne Poesiewettkämpfe | 16-04-12, Frankfurt |

Filzen für Anfänger | 19-04-12, Seeheim-Jugenheim | Neurowissenschaft und Lernen

| 19-04-12, Darmstadt | Mythen, Sagen und Märchen rund ums Felsenmeer | 20-04-12,

Lautertal-Reichenbach | Die Vorbereitung auf das 1. Schuljahr | 24-04-12, Weilburg |

Tanzen in der Grundschule | 25-04-12, Mörfelden-Walldorf | Besuch einer Moschee

in Frankfurt/Main – Exkursion in eine Parallelgesellschaft? | 25-04-12, Frankfurt |

Brauner Marsch durch die Institutionen? | 26-04-12, Kassel |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12

60325 Frankfurt/Main